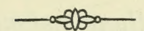

3 1761 0707 4691 4



Banque du Commerce de Genève

1845–1907



Inaugural-Dissertation
der
staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich
zur
Erlangung der Würde eines Doctor œconomiæ publicæ
vorgelegt von

Robert Debes aus Elberfeld.

Genehmigt auf Antrag von Herrn Prof. Dr. G. Bachmann
am 19. Dezember 1908.

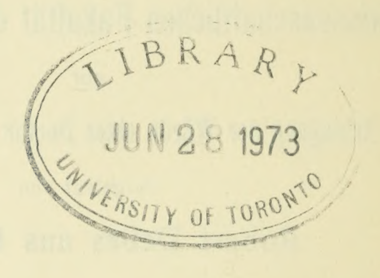
St. Gallen.
Honegger'sche Buchdruckerei.
1909.

Die staatswissenschaftliche Fakultät gestattet hiedurch die Drucklegung vorliegender Dissertation, ohne damit zu den darin ausgesprochenen Anschauungen Stellung nehmen zu wollen.

ZÜRICH, den 19. Dezember 1908.

Der Dekan der staatswissenschaftlichen Fakultät:

Prof. Dr. A. Egger.



Inhaltsangabe.

Seite

Vorwort 1

Literatur-Nachweis 2

Erster Teil: Einführung.

Kap. 1: Geschichtliches 3

„ 2: Gesetzliche Bestimmungen 9

„ 3: Die Statuten 13

„ 4: Die Jahresberichte 23

„ 5: Buchführung und Bilanzen 24

Zweiter Teil: Betriebsmittel.

I. Die eigenen Gelder.

Kap. 6: Das Aktienkapital 26

„ 7: Die Reserven 30

II. Die fremden Gelder.

Kap. 8: Die Banknoten 35

„ 9: Fremde Guthaben 54

Dritter Teil: Anlagen.

I. Kassa.

Kap. 10: Der Kassenbestand 60

„ 11: Die Barschaftsbezüge 62

„ 12: Die Silberdrainage 70

II. Wechsel.

Kap. 13: Die Diskontwechsel 77

„ 14: Die Diskontpolitik 84

„ 15: Die Inkassowechsel 93

„ 16: Die Konkordate 97

III. Schuldner.

Kap. 17: Ausländische Debitoren in laufender Rechnung 100

„ 18: Tägliches und Ultimo-Geld 101

IV. Wertschriften.

Kap. 19: Entwicklung und Zusammensetzung der Anlage-Effekten 103

V. Immobilien.

Kap. 20: Bankgebäude 106

Vierter Teil: Verlust und Gewinn.

Kap. 21: Die Aufwandposten 107

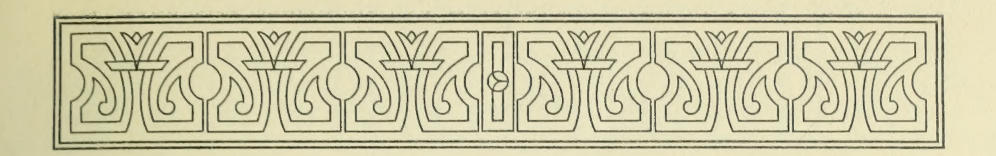
„ 22: Die Ertragsposten 110

„ 23: Dividenden und Aktienkurse 112

Fünfter Teil: Die Liquidation.

Kap. 24: Die Liquidation 114

Schlusswort 120



Vorwort.

Der 20. Juni 1907 bildet einen Markstein in der Geschichte des schweizerischen Bankwesens: die Nationalbank öffnete dem Publikum ihre Schalter; gleichzeitig trat die Banque du Commerce in Genf in Liquidation.

Damit verschwand ein Finanzinstitut, das während mehr als 60 Jahren nicht nur im Wirtschaftsleben des Westens, sondern der ganzen Schweiz eine bedeutende Rolle gespielt hat, und es verlohnt sich deshalb wohl, seine Geschichte als Beitrag zur Geschichte des schweizerischen Notenbankwesens niederzuschreiben.

Der Stoff ist so angeordnet, dass nach einem kurzen geschichtlichen Überblick die Entwicklung der einzelnen Geschäftszweige an Hand der Jahresberichte und Bilanzen behandelt wird; die Zahlen in den Tabellen sind stets in 1000 Franken angegeben, wobei Beträge unter 500 Franken nach unten, über 500 Franken nach oben abgerundet wurden.

Herr Direktor Paul Appia war mir bei der Beschaffung des Materials in liebenswürdiger Weise behülflich; es sei ihm auch hier bestens gedankt, ebenso Herrn Professor Dr. G. Bachmann für die wertvollen Anregungen und Winke, durch die er mich bei meiner Arbeit unterstützte.

St. Gallen, im Sommer 1908.

Der Verfasser.

Literatur-Nachweis.

Statuts de la Banque du Commerce 1846—1907.

Rapports de la Banque du Commerce 1846—1907.

Rapports de la Chambre de Commerce de Genève 1865—1906.

Berichte des Komitees der schweizerischen Emissionsbanken 1904—1907.

Bericht des Bundesrates über die Goldtarifierung, Basel 1854.

A. L. Prevost-Martin: Des Banques, Genève 1847.

E. Pictet: Des Banques de Circulation en Suisse, Genève 1863.

Ph. Kalkmann: Untersuchungen über das Geldwesen der Schweiz, St. Gallen 1901.

P. Gygax: Kritische Betrachtungen über das schweizerische Notenbankwesen, Zürich 1901.

J. E. Lombard: Du système monétaire à Genève et en Suisse, Genève 1843.

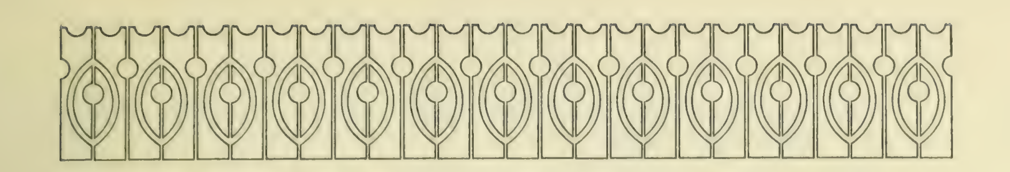
H. Custer: Die Tarifierung der französischen Goldmünzen in der Schweiz, Bern 1854.

C. Cramer-Frey: Die Münzfrage, Zürich 1881.

Georg Friedrich Knapp: Staatliche Theorie des Geldes, Leipzig 1905.

Julius Landmann: Das schweizerische Bankgesetz, Zürich 1905.

H. Ernst: Eine schweizerische Bundesbank, Winterthur 1904.



Erster Teil: **Einführung.**

Kapitel 1. Geschichtliches.

Während in den Hauptstädten der deutschen Schweiz in rascher Folge vom Jahre 1834 ab Notenbanken ins Leben gerufen wurden, zuerst in Bern, dann in Zürich und St. Gallen 1836, in Basel 1844, entbehrte die Westschweiz noch zu Beginn der zweiten Hälfte des 5. Jahrzehnts eines solchen Instituts. Allerdings zirkulierten schon von Privathäusern ausgegebene Noten; so schreibt A. L. Prevost-Martin in „Des Banques“, veröffentlicht aus Anlass des Verfassungsvorschlages betreffend Titel XII, Art. 140/141 über Errichtung von zwei neuen Banken S. 7 ff.:

> Quelquefois ces papiers (billets) ont été émis par de simples maisons de commerce. On en voit circuler de ce genre à Genève, mais pour que les billets inspirent une confiance générale, il faut qu'ils soient livrés au public par des établissements, revêtus d'une forme prescrite, tels qu'une société anonyme reposant sur de grands capitaux ou bien une banque nationale à laquelle on accorde certains privilèges à condition qu'elle offre au public toutes les garanties nécessaires.

Über die Höhe dieses Notenumlaufs äusssert er sich wie folgt:

> A l'heure qu'il est, les banques de Genève, tant celle du commerce que les maisons particulières ont une circulation d'environ douze cent mille francs de billets.

Da die Banque du Commerce Ende 1846 ca. Fr. 800,000.— Noten in Umlauf hatte, so blieben für Noten von Privatfirmen noch ungefähr Fr. 400,000. — übrig. Diese Noten zirkulierten nicht nur in anderen Kantonen, sondern sogar ausserhalb der Schweiz:

> Il est vrai que quelques banquiers genevois émettent des billets qui sont payables dans diverses villes d'Europe, sous déduction de la commission prélevée par celui qui est chargé de les acquitter, excepté à Genève et à Paris, où ils sont payables au pair. La cir-

culation de ces billets ne va pas à ce qu'on nous assure, au delà de 4 à 500 mille francs.

Infolge dieser Pari-Einlösung der Noten in Paris kam es vor, dass bei einem französischen Wechselkurse über pari solche billets dorthin geschickt wurden zum Nachteil der ausgebenden Bankiers, welche dadurch einen tatsächlichen Verlust erlitten und sich deshalb weigerten, in derartigen Fällen Noten zu liefern.

Prevost-Martin weist in seiner Bekämpfung obigen Verfassungsvorschlages darauf hin, wie wenig berechtigt die Annahme der Verfechter des Projektes war, nach der die Noten der neuen Banken vorzugsweise auch im benachbarten Frankreich zirkulieren würden, wo die Banken Noten über einen geringeren Betrag als Fr. 250.— nicht ausgeben durften, und daher der Umlauf kleinerer Abschnitte einer ausländischen, die nationalen Interessen schädigenden Bank sehr bald unmöglich gemacht werden würde.

Von ganz anderen Gesichtspunkten gingen die Gründer der Banque du Commerce aus. Dem Wortlaut ihres ersten Rundschreibens gemäss sollte das Institut geschaffen werden

„pour faciliter et développer les affaires générales de la place"

„pour mettre à la disposition de la place pour l'escompte du papier de commerce des capitaux plus considérables et à meilleur marché et procurer des facilités plus grandes aux négociants pour le règlement de leurs comptes entre eux, et au public pour ses paiements journaliers."

Da demnach die Bank in erster Linie dem Handel dienen sollte, so gab man ihr, um dies auch in der Firma zum Ausdruck zu bringen, den Namen

„BANQUE DU COMMERCE".

Zum ersten Male versammelten sich die Begründer der Bank, welche sich aus den angesehensten Kreisen der Kaufmannschaft zusammensetzten, am 24. November 1845 in einem Saale des Casino de Saint-Pierre in Genf, um als Zeichner von 1500 Aktien der neuen Bank, auf welche 25 % einbezahlt waren, den ersten Verwaltungsrat zu wählen.

Es wurden zu Verwaltungsräten ernannt:

Elie Duvillard.	*Ph. Scherer.*
P. F. Bonna.	*Fr. Favon.*
Octave Chaponnière.	*J. L. Wessel.*
Alexandre Lombard.	*Vouant-Ramu.*

und zu Rechnungsprüfern:

André Terond.
Ed. Dufour.
J. L. Moré.

Ferner wurde beschlossen, die Geschäfte des rühmlichst bekannten, alten genferischen Bankhauses Revilliod & Mare, das auf Ende des Jahres in Liquidation treten sollte, fortzuführen und durch Zirkular vom 1. Januar 1846 das Publikum hiervon in Kenntnis gesetzt.

Im Schosse des Verwaltungsrates bildeten sich verschiedene Kommissionen, deren Aufgabe es war, für Beschaffung eines geeigneten Lokals, Anfertigung der Banknoten und Anstellung tüchtiger Beamter zu sorgen. Zweimal wöchentlich trat das gesamte Kollegium zusammen, um über jeden Gegenstand zu beraten.

Nach langem, fruchtlosem Suchen beschloss man, sich vorläufig in den bisher von der Caisse Revilliod & Mare benutzten Räumlichkeiten einzurichten, aber schon im Laufe des Jahres gelang es, ein besser geeignetes Lokal ausfindig zu machen an der place de petite Fusterie, bei dem nouveau pont de la machine, im Hause von Frau Repingon-Mestral, das zu sehr günstigen Bedingungen gemietet wurde. Anfang April 1847 verlegte man den Sitz der Bank dorthin.

Die Herstellung der Banknoten erlitt eine unangenehme Verzögerung; infolgedessen musste der Beginn der Geschäfte hinausgeschoben werden; als die Noten aber endlich fertig gestellt waren, machten die wohl gelungenen Scheine dem Genfer Künstler Auguste Bovet, der in zwei Monaten Zeichnung und Stich verfertigt hatte, alle Ehre.

Die Direktion der Bank wurde J. Revilliod-Faesch anvertraut, der sich bei der Caisse de Dépots et Virements Revilliod & Mare gründliche Kenntnisse der Bankgeschäfte im allgemeinen und der Verhältnisse auf dem Platze Genf im besonderen erworben hatte. Gemeinsam mit dem Präsidenten des Verwaltungsrats unternahm er eine Reise nach Lyon, um dort die Organisation der „Banque“ zu studieren und war bei seiner Rückkehr des Lobes voll über die Einrichtung der Bank und das freundliche Entgegenkommen ihrer Beamten, die ihm wertvolle Auskünfte und Fingerzeige mancherlei Art bereitwilligst gegeben hatten.

Auf die Mitarbeit des Bankiers Mare musste man seines hohen Alters wegen verzichten, in Anerkennung der hervorragenden Dienste, welche er in einer mehr als 40-jährigen Tätigkeit der Stadt Genf geleistet hatte, wurde ihm ein jährliches Ruhegehalt in Höhe von Fr. 1000.— ausgesetzt.

In dem Vize-Direktor Labarthe, der die Leitung des Wechsel-Portefeuilles erhielt, dem Oberbuchhalter Gay und J. Dutrembley, der nach zehnjähriger Tätigkeit bei der Caisse Revilliod & Mare als Hauptkassierer bei der neuen Bank angestellt wurde, erhielt der Direktor tüchtige und erprobte Hülfskräfte.

Direktor und Vize-Direktor übernahmen statutengemäss je 25 Aktien der Bank.

Nachdem so die vorbereitenden Schritte getan waren, wurden die Aktionäre am 6. Januar 1846 aufgefordert, restliche 75 % ihrer Einzahlung spätestens bis zum 24. Januar zu leisten, und am Abend dieses Tages konnte dem Staatsrate die Mitteilung gemacht werden, dass die Aktionäre den satzungsmässigen Verpflichtungen nachgekommen und das Aktienkapital voll eingezahlt sei. Hierauf traf schon wenige Tage nachher, am 28. Januar 1846, von der obersten Landesbehörde die Nachricht ein,

> „que dès lors la Société anonyme de la Banque du Commerce se trouve définitivement constituée au capital social de quinze cent cinquante mille francs et qu'elle peut commencer ses opérations.“

Wenn auch schon am nächsten Tage mit dem Diskont von Wechseln begonnen wurde, so musste doch mit der Aufnahme aller Geschäfte wegen der nicht rechtzeitig erfolgten Fertigstellung der Noten gewartet werden, und erst am 12. März 1846 wurden Aktionäre und Publikum benachrichtigt, dass die Bank vom 16. März ab die Ausgabe ihrer Noten und ihre übrigen Geschäfte beginnen würde.

Anfänglich erregten einige Ordnungsmassregeln der Direktion die Unzufriedenheit des Publikums, das sich beim Verwaltungsrate beschwerte und die Beseitigung der zu weit getriebenen Vorsichtsmassregeln bewirkte; den übrigen im Interesse der Sicherheit unerlässlichen Vorschriften passte sich der Verkehr rasch an.

In eine schwere und bewegte Zeit fiel die Gründung der Bank: 1846 Revolution in Genf, 1847 Sonderbundskrieg, 1848 Sturz Louis Philipp's in Paris, Kriege und Revolutionen in fast allen Ländern Europas, die eine Finanzkrisis allerschärfster Art im Gefolge hatten. Nur magere Dividenden konnten verteilt werden, und auch der Hinweis auf ähnlich schwierige Verhältnisse in den ersten Jahren des Bestehens der Banque de Lyon konnte die Aktionäre nicht beruhigen. Es ist daher nicht verwunderlich, dass im Oktober 1848 einige von ihnen die Liquidation der Bank forderten, was vom Verwaltungsrate einstimmig abgewiesen wurde,

1. weil der Augenblick nicht geeignet sei, den Aktionären ihre Gelder zurückzugeben, für die sie keine andere Anlage finden würden;
2. um den Kanton nicht eines Kreditinstitutes zu berauben, das durch erfolgreiche Überwindung einer schweren Krisis seine Existenzberechtigung bewiesen habe;
3. wegen der bestimmten Hoffnung, dass die Bank berufen sei, dem Platze Genf noch wertvolle Dienste zu leisten.

Bemerkenswert sind folgende Sätze aus dem Bericht der Rechnungsprüfer über das Jahr 1848, S. 14:

„Si le passé fut ruineux, si le présent est encore couvert de nuages, cependant nous pouvons nourrir des espérances pour des jours meilleurs, où renaîtront, avec le calme, l'activité et la confiance. La Banque du Commerce rendra alors tous les services pour lesquels elle fut fondée. Administrée par des Régents comme ceux qu'elle possède, dont l'expérience et les lumières égalent le zèle et le désintéressement, nous pouvons croire que les vœux sincères que nous formons tous pour la prospérité de cet utile établissement seront entièrement accomplis."

Und so kam es. Mit dem Eintritt geordneter Verhältnisse stellte sich auch ein Aufschwung des gesamten Wirtschaftslebens ein. Bald genügten die gemieteten Räume dem gesteigerten Verkehr nicht mehr, und 1852 machte die Bank von der ihr im Art. 26 der Statuten gegebenen Ermächtigung Gebrauch, indem sie die Errichtung eines eigenen Gebäudes auf der unter vorteilhaften Bedingungen erworbenen Baustelle des abgebrochenen Hauses Pelletier beschloss. Das neue Bankgebäude wurde bis Ende 1853 im Rohbau fertig gestellt und konnte im folgenden Jahre bezogen worden. Die Herstellungskosten beliefen sich auf ungefähr Franken 310,000. —; ein grosser Teil des Hauses wurde auf Grund langfristiger Verträge derart vermietet, dass sich ein Brutto-Ertrag von 6 % ergab.

Um die Bank in Misskredit zu bringen, wurden zu jener Zeit falsche Gerüchte in Umlauf gesetzt, wonach sie in mehr als zulässiger Höhe Darleihen auf Effekten gewähre, während in Wirklichkeit das gesamte Portefeuille, getreu den Anschauungen der Gründer der Bank, sich zu 70 % aus Geschäftswechseln zusammensetzte. Im Jahre 1854 musste sich die Bank gegenüber weiteren ungerechtfertigten Beschuldigungen aus Anlass der Zahlungsschwierigkeiten der Caisse d'Escompte in sehr energischer Weise verteidigen; sie wies nach, dass die wirkliche Ursache der Ver-

wicklungen dieses Instituts darin bestand, dass es einer gewissen Kategorie von Kunden zu hohe Kredite eingeräumt hatte.

Das nächste Jahr brachte dann in Anbetracht des Aufschwunges im geschäftlichen Leben, der sich mit dem Bau der Eisenbahnen einstellte und vor allem auch eine vermehrte Bautätigkeit zur Folge hatte, die schon lange in Erwägung gezogene Verdoppelung des Gesellschaftskapitals.

Von den äusseren Ereignissen, welche in diesem kurzen geschichtlichen Überblick nicht vergessen werden dürfen, ist der am 1. Juli 1867 aus Alters- und Gesundheits-Rücksichten erfolgte Rücktritt des ersten Direktors und hervorragenden Mitbegründers der Bank J. Revilliod zu erwähnen. In Anerkennung seiner grossen Verdienste wurde er in den Verwaltungsrat gewählt, dem er bis kurz vor seinem Tode im Jahre 1873 angehörte. Sein Nachfolger in der Leitung der Bank war Charles Martin.

1872 wurde eine weitere Kapitalerhöhung, welche schon 1864 erfolglos vorgeschlagen worden war, um Fr. 1,900,000.— beschlossen, der wenige Jahre später, 1878, eine abermalige Verdoppelung des Kapitals folgte, das sich nunmehr nominell auf Fr. 10,000,000. — belief, jedoch erst mit dem 1. April 1882 voll einbezahlt war.

Um dem immer dringender sich fühlbar machenden Bedürfnis nach Erweiterung der Geschäftsräume zu entsprechen, ging der Verwaltungsrat dazu über, an der Ecke der Rue Petitot ein Grundstück zu erwerben und dort durch den Architekten Reverdin, dessen Vater der Erbauer des alten Bankgebäudes war, ein modernes, allen Anforderungen gerecht werdendes Geschäftshaus zu errichten. Das Gebäude konnte am 9. Oktober 1876 bezogen werden; die Kosten beliefen sich auf Fr. 385,000. — unter Einrechnung der Ausgaben für die Innen-Ausstattung.

Von ganz besonderer Bedeutung für die Bank war das Jahr 1881, das endlich durch das Bundesgesetz über die Ausgabe und Einlösung von Banknoten eine einheitliche Regelung des schweizerischen Emissionswesens brachte. Eine der hauptsächlichsten Bestimmungen dieses Gesetzes war die, dass die Notenemission einer Bank nie das Doppelte des einbezahlten Grundkapitals übersteigen durfte. Als daher Ende der 80er Jahre und besonders 1890 die Bank der Notennachfrage nicht mehr genügen konnte, sah sie sich gezwungen, abermals ihr Kapital zu erhöhen und zwar um Fr. 2,000,000.— Im gleichen Jahre legte Ch. Martin, der ca. 25 Jahre lang mit grosser Umsicht die Geschäfte der Bank leitete, sein Amt nieder; in Würdigung seiner Verdienste wurde er, gleich wie sein Vorgänger, in den Verwaltungsrat gewählt, dessen Mitglied er bis zum Jahre 1901 blieb,

um dann in den wohlverdienten Ruhestand zu treten. Zu seinem Nachfolger wurde Alfred Jouvet von Genf ernannt, der 1898 einem ehrenvollen Rufe als Direktor des Schweizerischen Bankvereins nach London folgte. Als Direktor der Banque du Commerce ersetzte ihn Paul Appia, welcher gemeinsam mit dem Vize-Direktor Jaquerod und nach dessen Tode mit dem zum Vize-Direktor ernannten Eugène Mussard, jetzigem Direktor der Schweizerischen Nationalbank in Genf, und unterstützt von den Prokuristen Félix Béraud und Ami Dufour die Bank bis zu ihrer Liquidation leitete. Von ihm konnte man rühmen (Bericht 1907, S. 9):

„La conception très élevée qu'il s'était formée du rôle de Directeur d'une Banque Suisse d'Emission lui avait valu la confiance et la considération de tous ceux avec qui ses fonctions l'avaient mis en rapport."

Neben den Männern, in deren Händen im Laufe von mehr als 60 Jahren die Leitung der Bank lag, sei hier noch all derer gedacht, die als Mitglieder des Verwaltungsrates ihr bestes Wissen und Können der Bank widmeten, vor allem Elie Duvillard, der von 1846—1849 erster Präsident des Verwaltungsrates war, sodann Octave Chaponnière, sein Nachfolger und endlich Ernest Pictet, welcher den Präsidentenstuhl von 1871 an bis zur Liquidation inne hatte. Alle diese Namen sind mit der Banque du Commerce unvergänglich verknüpft und mit goldenen Lettern in ihrer Geschichte eingegraben.

Kapitel 2. Gesetzliche Bestimmungen.

Eidgenössische und kantonale Gesetze haben mehrfach tief in die Verhältnisse der Bank eingegriffen.

Während der ersten 30 Jahre kamen nur kantonale Gesetze in Betracht. Bei der Gründung waren die Vorschriften des Code de Commerce français von 1807, der bei der 1814 erfolgten Trennung von Frankreich beibehalten wurde, über die société anonyme massgebend; hiernach musste unter Vorlegung der Statuten die Genehmigung zum Geschäftsbeginn beim Grossen Rat eingeholt werden. Wie in den übrigen Kantonen, so existierte auch in Genf kein besonderes Notenbankgesetz; neben dem Code de Commerce galten die Art. 141/142 der Verfassung der Republik und des Kantons Genf vom 24. Mai 1847, welche lauteten:

Art. 141. Les autorisations pour les sociétés anonymes ayant pour objets des entreprises de commerce, de banque, d'industrie,

d'agriculture ou autres du même genre, continueront à être données suivant les dispositions des lois à cet égard.

Art. 142. Les autorisations pour les fondations mentionnées à l'article 139,*) ou pour les sociétés anonymes, ne peuvent être données à perpétuité.

Le temps de leur durée sera toujours indiqué, mais elles pourront être retirées avant terme par les pouvoirs qui les ont accordées, si les fondations et les sociétés qu'elles concernent, venaient à s'écarter de leurs statuts ou de l'objet de leur institution.

Eine Änderung vorstehender Bestimmungen wurde herbeigeführt durch das Gesetz über die Gesellschaften vom 29. August 1868 und 13. Januar 1869. Dieses verordnet in Titel III:

Art. 13. L'autorisation du Conseil d'Etat est supprimée, soit pour la constitution des sociétés anonymes, soit pour les modifications qui seront apportées à l'avenir aux statuts des Sociétés anonymes actuellement existantes.

Art. 14. Les sociétés anonymes sont administrées par un ou plusieurs mandataires à temps, révocables, salariés ou gratuits. Elles ne peuvent être contractées pour un temps excédant trente ans;

Art. 19. L'assemblée générale désigne chaque année, et pour l'exercice suivant, un ou plusieurs commissaires-vérificateurs, associés ou non, chargés de faire un rapport à l'assemblée sur la situation de la Société, sur le bilan et sur les comptes présentés par les administrateurs. La délibération contenant approbation des comptes et du bilan est nulle, si elle n'a pas été précédée du rapport des commissaires.

Art. 20. Huit jours au moins avant la réunion de l'assemblée générale, le rapport des commissaires-vérificateurs doit être déposé au siège social et au greffe du Tribunal de commerce avec une copie du bilan résumant l'inventaire.

Toute partie intéressée peut prendre communication de ces deux pièces.

Am 1. Januar 1883 erfolgte die Einführung des eidgenössischen Obligationenrechtes mit seinen für die ganze Schweiz geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und kurz vorher die des auf Grund von Art. 39 der Bundesverfassung erlassenen Bundesgesetzes über die Ausgabe und Einlösung von Banknoten vom Jahre 1881.

*) Art. 139. Aucune fondation d'utilité publique ou de bienfaisance agissant en nom collectif, ne peut être établie sans l'assentiment du Grand Conseil.

Anlass zur Ausarbeitung dieses Gesetzes hatte die Geldkrisis von 1870 gegeben. Damals erhoben sich von allen Seiten Stimmen, welche eine eidgenössische Regelung des Notenumlaufswesens forderten, weil man allgemein erkannt hatte, dass die bestehenden Verhältnisse verbesserungsbedürftig waren.

Bei vielen herrschte allerdings die Ansicht, dass es empfehlenswerter sei, auf dem Wege freier Vereinbarungen zwischen den Notenbanken Reformen durchzuführen, als ein Monopol zu Gunsten einer oder mehrerer Kreditinstitute zu schaffen, welches eine Krisis ähnlich der vom Sommer 1870 nicht nur nicht verhindern, sondern sie sogar noch verschärfen würde.

So schreibt der Genfer Handelskammerbericht 1870, S. 13:

„Il nous parait que pour réaliser un progrès véritable sur ce point, il faudra sortir de la compétence cantonale le droit d'émission de billets de banque, pour la donner à la Confédération, tout en insistant pour sauvegarder le principe de la liberté et de la pluralité des banques d'émission; une loi fédérale ne devant avoir d'autre but que de fixer les conditions que doit remplir toute banque qui veut émettre des billets au porteur."

Bei Diskussion des bezüglichen Verfassungsprojektes wurde auf die Gefahr hingewiesen, dass, gestützt auf diesen Artikel, die metallene Zirkulation unterdrückt werden könne, was zweifellos 1870 geschehen wäre, wodurch der schweizerische Kredit einen starken Stoss erlitten haben würde.

Dennoch äussert sich der Bericht der Bank vom 9. Februar 1874, in Erwartung eines solchen auf Grund von Art. 39 erlassenen Spezialgesetzes, S. 8:

„Elle ne pourra que confirmer les principes qui sont à la base de notre organisation actuelle et auxquels nous devons le développement de nos affaires avec les autres cantons."

Das erste Projekt entsprach durchaus nicht den Erwartungen der Bank, die in einer Ausdehnung des Konkordats mehr Vorzüge sah, als in einem solchen Bankgesetz.

„Le moment serait bien choisi pour chercher à obtenir par une entente tout à fait libre quelques-uns des progrès que la loi aurait voulu réaliser d'un seul coup." (Bericht vom 8. Februar 1875, S. 11.)

Nachdem dann wirklich 20 Emissionsbanken dem neuen Konkordat beigetreten waren, bemerkt der Bericht (12. März 1877, S. 6):

„Au reste, si le concordat du 15 juillet a offert au public bien plus d'avantages que ne pourra jamais lui présenter une loi fédérale

sur les billets de banque, il n'a réalisé jusqu'à présent, du fait de la liberté, qui est à sa base, aucun des dangers qu'on se plaisait à prévoir."

Die Bank glaubte, dass eine gesetzliche Regelung, wie sie geplant war, einer gedeihlichen Entwicklung nur hinderlich sein würde. So schreibt sie kurz vor Inkrafttreten des neuen Gesetzes im Bericht vom 14. Februar 1881, S. 4:

„La Banque a cherché à étendre toujours davantage le cercle de ses opérations, et si elle a pu se tenir constamment, et en pleine sécurité, à la hauteur des modifications et des progrès des affaires, c'est que, d'une part, les principes qui ont présidé à sa création étaient simples, justes, conformes à la nature des choses, et que, de l'autre, elle n'a pas été entravée jusqu'ici dans son développement normal par aucune intervention exceptionnelle de la loi."

Nachdem sie dann mit dem neuen Gesetz als mit einer Tatsache zu rechnen hatte, weist sie nochmals darauf hin, dass in Genf stets volle Freiheit auf diesem Gebiete geherrscht habe; es klingt aus ihren Worten wie verhaltener Groll, wenn sie fortfährt:

„Ce régime qui n'a jamais eu chez nous aucun inconvénient, et que nous tenons encore pour le meilleur, n'a pas trouvé grâce devant l'assemblée fédérale." (Bericht 20. Februar 1882, S. 4.)

Das Bankgesetz von 1881 bedeutete zum Teil eine Kodifizierung bestehender Zustände; es stellte neue Normen auf hinsichtlich Ermächtigung zur Notenausgabe, Deckung und Garantie, Betrag und Formulare, Umlauf und Einlösung, Bundeskontrolle, Kontrollgebühren und Besteuerung.

Über die durch dieses Bundesgesetz herbeigeführten, zum Teil tief einschneidenden Veränderungen, lässt sich die Verwaltung wie folgt aus:

„Nos opérations pourront devenir parfois moins faciles ou plus onéreuses pour nos clients, par suite de deux dispositions restrictives de la loi. La première, c'est l'obligation d'avoir constamment en caisse un stock de numéraire égal aux 40 % de la circulation de nos billets; la seconde, c'est la limite mise à l'émission des billets, laquelle ne pourra pas dépasser le double de notre capital versé. (Bericht 20. Februar 1882, S. 5.)

„Dass man den Banken oft eine Grenze der Notenemission setzt," sagt Knapp in „Staatliche Theorie des Geldes", S. 168/169, „ist an sich nicht nötig, solange die Bank auf sichere Geschäfte beschränkt und die Leitung der Anstalt in guten Händen ist. Man will damit nur eine desto grössere

Sicherheit erzielen, während in der Einlösbarkeit der Noten allein bereits eine genügende Sicherung liegt."

Von dem ihm zustehenden Recht der Notenbesteuerung machte Genf, dem Beispiele der übrigen Kantone folgend, durch Gesetz vom September 1886 Gebrauch, welches die Notensteuer auf 3 ‰ der Notenemission festsetzte.

Aus diesem Anlass klagt der Bericht vom 14. Februar 1887, S. 5:

„Cette intervention de nos autorités cantonales dans les affaires de la Banque était d'autant moins opportune que chacun sait combien certaines dispositions de la loi fédérale de 1881 pèsent lourdement sur les banques d'émission de notre catégorie, c'est-à-dire celles qui n'ont d'autre activité que l'escompte du papier à deux signatures."

Immerhin war diese Massregel begreiflich, da der kantonale Fiskus, auf der Suche nach neuen Einnahmequellen nur das tat, wozu andere Kantone schon lange, zum Teil schon vor 1881, übergegangen waren.

Zu einer Revision des Bankgesetzes, die schon kurz nach seinem Inkrafttreten gewünscht wurde, kam es nicht, da bald der Gedanke einer Zentralbank mehr und mehr Anhänger gewann und schliesslich zur Annahme des dritten Projektes und des Bundesgesetzes über die schweizerische Nationalbank vom 6. Oktober 1905 führte.

Kapitel 3. Die Statuten.

Neben den gesetzlichen Vorschriften sind die Satzungen der Gesellschaft von der grössten Bedeutung für die Organisation der Bank.

Notenbanken haben in erster Linie dafür zu sorgen, dass dem Publikum die nötigen Garantien geboten werden; diese sind nach Ernest Pictet (Des banques de circulation en Suisse, Genève 1863. S. 4):

„Au reste, l'importance des garanties que doit présenter une banque de circulation, qu'elle ait ou non un privilège, n'échappe à personne.

Aussi s'est-on toujours attaché dans la création de ces établissements à circonscrire d'une manière très précise le champ de leurs opérations."

Leider sind die ursprünglichen Statuten nicht mehr vorhanden; die älteste Sammlung ist aus dem Jahre 1865, betitelt: „Nouveaux Statuts

de la Banque du Commerce". An Hand der hier und dort in den Berichten zerstreut sich findenden Bemerkungen, lassen sich aber die ältesten Satzungen wieder aufbauen. Sie zählten nicht weniger als 105 Artikel, deren ursprüngliche Formulierung zehnmal geändert worden ist.

Schon wenige Jahre nach Gründung der Bank zeigte sich die Notwendigkeit, die alten Artikel 18, 21 und 23, nach denen nur Wechsel mit drei Unterschriften diskontiert werden konnten, fallen zu lassen; denn während früher solches Papier leicht zu bekommen war, machte sich als Folge der Krisis von 1848 eine grosse Knappheit an Wechseln fühlbar, ausserdem war eine dritte Unterschrift nur schwer beizubringen. Um die flüssigen Gelder anlegen zu können, war man gezwungen, sich in Zukunft mit zwei Unterschriften zu begnügen, wie es die anderen genferischen Banken auch taten. Diese erste Satzungsänderung wurde gemäss Art. 97 dem Staatsrate zur Genehmigung unterbreitet, welche am 15. Februar 1849 eintraf.

Eine weitere Änderung genehmigte die Generalversammlung am 14. Februar 1854. Sie betraf die Artikel 13 und 17. Nach Artikel 13 durften nur Devisen auf Paris, Lyon und Turin hereingenommen werden; vermittelst dieses Portefeuilles konnten von jenen Plätzen Fünf-Frankentaler zur Aufrechterhaltung der statutarischen Kassenbestände bezogen werden. Inzwischen hatten sich aber ganz veränderte Verhältnisse herausgebildet: Die Bank von Frankreich hatte in fast allen Departements-Hauptstädten Comptoirs errichtet, und die Bank von Turin eine Filiale in Genua. Es musste daher die durch Art. 13, § 5, gezogene Schranke beseitigt werden, nicht um Kursspekulationen zu begünstigen, sondern ausschliesslich, um die Beschaffung von Hartgeld zu erleichtern.

Art. 17 enthielt Bestimmungen über die Höhe der einzelnen Noten, welche für die Bankverwaltung unter Umständen zu lästigen Fesseln werden konnten; es wurde auch hier mehr Freiheit gefordert, namentlich die Ermächtigung, auch Abschnitte über Fr. 20.— und Fr. 50.— ausgeben zu dürfen, unter Hinweis darauf, dass Neuemissionen nur nach reiflicher Prüfung vorgenommen werden würden.

Ein Jahr später wurde infolge der beschlossenen Kapitalerhöhung die Dauer der Gesellschaft, ursprünglich auf 20 Jahre festgesetzt, um 10 Jahre bis zum 10. November 1875 verlängert, und gleichzeitig die Gewinnverteilung in folgender Weise neu geregelt:

Von dem 2 % des Aktienkapitals übersteigenden Halbjahrsgewinn wurden, solange die Reserve noch nicht den dritten Teil des ursprünglichen

Kapitals erreicht hatte, $^2/_3$ an die Aktionäre verteilt, ausser dem Zins von 2 %, den sie für ein halbes Jahr bekamen; das restliche Drittel war der Reserve zu überweisen, bis diese $^1/_3$ des Anfangskapitals erreicht haben würde; erst dann gelangte der ganze Ueberschuss zur Ausschüttung. Die im alten Art. 9 mit Fr. 500,000. — festgelegte Maximalhöhe der Rücklagen blieb die gleiche.

Endlich wurde noch der praktisch fast undurchführbare Inhalt des Art. 96, welcher Änderungen in der Gesellschaftsdauer von dem einstimmigen Beschluss abhängig machte, so gefasst, dass in Zukunft die durch Art. 72 verlangte Mehrheit als ausreichend erachtet wurde.

Noch zehn Jahre blieben die ersten nur in wenigen Punkten abgeänderten Statuten in Kraft, dann aber liess sich eine Generalrevision nicht länger aufschieben. Die Aktionäre wurden auf den 2. Oktober 1865 zu einer ausserordentlichen Generalversammlung einberufen, in der Ernest Pictet im Namen des Verwaltungsrates die Gründe darlegte, aus denen die Vorschläge der Verwaltung entsprungen seien und u. a. ausführte (Procès-Verbal de l'assemblée Générale Extraordinaire du 2 octobre 1865, S. 5):

> „L'obligation pour la Banque du Commerce de rester fidèle à des statuts qui, dans bien des cas, n'étaient plus en harmonie avec les besoins et les exigences du jour, risquait donc de compromettre la position qu'elle avait acquise par vingt années d'activité et de bonne administration."

Die von der Generalversammlung einstimmig angenommenen und am 10. Oktober 1865 vom Staatsrate gutgeheissenen Änderungen waren in der Hauptsache die folgenden:

1. Die *Dauer der Gesellschaft* wird bis zum 10. September 1895, d. h. bis zum gesetzlichen Maximum von 30 Jahren, verlängert;
2. *Kapitalerhöhungen* bis zu Fr. 6,000,000. — sind in Art. 5 vorgesehen, da die stets wachsenden Geschäfte in kürzerer oder längerer Zeit eine Vermehrung der eigenen Gelder erheischen können;
3. Der Höchstbetrag der *Reserven* wird auf Fr. 500,000. — festgesetzt mit der Bestimmung, dass bei Kapitalerhöhungen über Fr. 5,000,000.— das Maximum auf $^1/_{10}$ des jeweiligen Aktienkapitals steigt;
4. Der *Geschäftskreis* wird im Art. 10 erweitert:
   a) durch Annahme verzinslicher Depositen,
   b) durch die Ermächtigung, mit anderen schweizerischen Emissionsbanken in Kontokorrent-Verkehr zu treten, zwecks Notenaustausch,

Diskont von Warenwechseln und Kompensation von Forderungen durch Giroüberträge;

5. Zu den Noten von Fr. 100. —, 500. — und 1000. — kommen noch solche von Fr. 20. — und 50. —;
6. Der Betrag der *Anlagen in Effekten und Immobilien* wird reduziert auf 1/10 (früher 1/3) des Aktienkapitals zuzüglich Reserven,

   „convaincus qu'un établissement comme le nôtre ne doit pas exposer ou immobiliser ses capitaux dans des placements qui sortent de ses affaires courantes“ (Procès-Verbal S. 8).
7. Bezüglich *Verwaltungsrat und Direktion* wird bestimmt:
   a) Aufhebung der stellvertretenden Rechnungsprüfer,
   b) Verwaltungsräte und Direktoren sollen Schweizerbürger, nicht wie bisher nur Genfer sein,
   c) Mitglieder des Diskontkomitees brauchen nicht mehr dem Verwaltungsrat anzugehören; es genügt, dass sie Aktionäre sind,
   d) der erforderliche Eigenbesitz an Aktien der Gesellschaft wird für den Direktor herabgesetzt von 25 auf 15, für den Vize-Direktor von 25 auf 5 und für Verwaltungsräte und Rechnungsprüfer auf 4 Pflichtaktien;
8. Für die *Generalversammlung* gelten nachstehende Bestimmungen:
   a) sie ist vor Ende Februar abzuhalten,
   b) Berechtigung zur Stimmabgabe gewährt der mindestens dreimonatliche Besitz auch nur einer Aktie,
   c) kein Aktionär kann mehr als 20 Stimmen aus seinem *Eigen*besitz auf sich vereinigen, unbeschadet des Rechts, noch weitere 20 Aktien *vertreten* zu dürfen;
9. Vereinfachung des *Wahlmodus.*

Im Hinblick auf das allfallsige Inkrafttreten des Bundesgesetzes über die Banknotenausgabe hatte der Verwaltungsrat Anfang 1876 einen neuen Satzungsentwurf ausgearbeitet, den er trotz der Ablehnung jenes Gesetzes in der Volksabstimmung vom 20. April 1896 doch der Generalversammlung zur Annahme vorschlug, da verschiedene Satzungsänderungen erwünscht waren:

1. Das genferische Gesetz von 1868 über die Gesellschaften hob die Überwachung durch den Staatsrat auf; oberstes Organ der Bank war hinfort die Generalversammlung; ihre Hauptfunktionen waren:
   a) Genehmigung der Bilanz,
   b) Entlastung der Verwaltung,
   c) Beschlussfassung über die Gewinnverteilung;

2. Die alten Statuten verlangten bei Diskontwechseln zwei Unterschriften von Personen, die im Kanton Genf wohnten, oder einer Person in Genf und zwei Personen im Ausland; den neuen Bedürfnissen Rechnung tragend, wird nunmehr bestimmt, dass nur der Wechsel-Einreicher in Genf wohnen muss;
3. Stimmberechtigt soll in Zukunft jeder sein, dessen Namen im Aktienbuch eingetragen ist; ferner wird das Maximum der Stimmen, welche ein Aktionär im eigenen und fremden Namen abgeben kann, auf 100 erhöht;
4. Vermehrung des Verwaltungsrates um zwei Mitglieder, die wie die übrigen, ihre Funktionen ehrenamtlich bekleiden;
5. Es wird die Kapitalerhöhung auf Fr. 10,000,000. — beschlossen, die Einzahlung auf die neuen Aktien indes nur teilweise gefordert; da hierdurch zwei Kategorien von Aktien entstanden, so wurde eine Neuordnung der Gewinnverteilung vorgenommen. Es gelangten zunächst bis zu 6 % Dividende von den eingezahlten Beträgen zur Ausschüttung, an einem etwaigen Überschuss nahmen alle Aktionäre gleichmässig teil. Der Reserve wurden nach Beschluss der Generalversammlung 5—10 % vom Reingewinn überwiesen; auch konnte die Generalversammlung über eine Verzinsung der Rücklagen von Fall zu Fall bestimmen.

Durch Erlass des Bundesgesetzes von 1881 waren wieder verschiedene Modifikationen geboten, vor allem musste gemäss Art. 16 des Gesetzes die im Art. 3 der Statuten gegebene Erlaubnis zum Kauf von Immobilien aufgehoben, und demzufolge auch der Inhalt von Art. 13 und 16 geändert werden. Ferner wurde in Art. 4 der Statuten die gesetzliche Deckungsvorschrift des Art. 10 aufgenommen.

1887 zeigte sich die Notwendigkeit einer zweiten Generalrevision, um die Satzungen mit den Vorschriften des neuen Obligationenrechtes in Einklang zu bringen; erwähnenswert ist hier besonders die Aufnahme der Minoritätsrechte gemäss den gesetzlichen Bestimmungen, Oblig.-Recht Art. 645, und die Festsetzung und Auszahlung der Dividende, welche von jetzt ab ungeteilt, unter Wegfall der a conto Zahlung am 2. Januar, spätestens vier Wochen nach der Generalversammlung gezahlt wurde. Ausserdem setzte man den Höchstbetrag der ordentlichen Rücklagen auf Fr. 500,000. — fest, gab aber der Generalversammlung das Recht, die Speisung ausserordentlicher Reserven zwecks Dividendenregulierung zu beschliessen.

Zwei weitere Änderungen wurden 1891, aus Anlass der erfolgten Kapitalerhöhung, und 1893 vorgenommen; letztere betraf Art. 3, Ziff. 7, der in seiner Ziffer 9 am 3. Februar 1896 einer abermaligen Modifikation unterlag.

Damit ist die Reihe der Satzungsänderungen erschöpft, und die bis zur Liquidation der Bank in Kraft befindlichen Statuten hatten laut Neudruck aus dem Jahre 1896 nachstehenden Wortlaut:

STATUTS

de la

BANQUE DU COMMERCE

1896

CHAPITRE Ier

Dénomination, siège, durée et objet de la Société

Article premier. La Société anonyme, fondée à Genève le 10 novembre 1845, sous la dénomination de *Banque du Commerce*, et dont le siège demeure fixé à Genève, est désormais régie par les présents statuts.

Article 2. La durée de la Société est indéterminée.

Article 3. Les opérations de la banque consistent:

1° A émettre des billets à vue et au porteur;

2° A émettre des effets de change à ordre, ou au porteur, payables à un certain nombre de jours de date ou de vue déterminé, des mandats et des chèques;

3° A recevoir des dépôts avec ou sans intérêt;

4° A se charger du recouvrement des effets payables à Genève;

5° A faire des avances sur dépôts de lingots, matières d'or et d'argent et effets publics ayant cours régulier;

6° A recevoir à la garde des dépôts de titres ou autres valeurs;

7° A escompter des effets de change à l'échéance de quatre mois au maximum et revêtus d'au moins deux signatures de personnes solvables, dont l'une domiciliée en Suisse, la seconde signature pouvant au besoin être remplacée par un dépôt en nantissement;

8° A faire venir des espèces de l'étranger, à s'y faire ouvrir dans ce but des comptes courants et à se charger pour cela de mandats, chèques ou délégations à vue même à une seule signature;

9° A acheter, comme placement de fonds, des effets publics, et à faire des prêts sur hypothèques, mais seulement jusqu'à concurrence du fonds capital versé et du montant de la réserve;

10° La Banque est autorisée à entrer en relations d'affaires avec les autres banques d'émission de la Suisse pour l'échange réciproque des billets, l'escompte des effets de commerce, et, en général, pour toute compensation de numéraire par le moyen de comptes courants, de virements ou autrement;

11° La Banque s'interdit les opérations mentionnées à l'article 16 de la loi fédérale de 1881 sur l'émission et le remboursement des billets de banque.

Article 4. Quarante pour cent de la circulation effective des billets de banque doivent être constamment couverts par une encaisse métallique (art. 10 de la loi fédérale susdite).

Le tiers des autres engagements à vue doit toujours être représenté par des espèces en caisse, ou exigibles à vue des autres banques suisses d'émission.

CHAPITRE II

Fonds social, Actions

Article 5. Le capital social est fixé à la somme de *douze millions* de francs, et se divise en *douze mille* actions de *mille* francs chacune entièrement libérées.

Article 6. Les actions de la Banque sont nominatives.

Elle sont inscrites sur les registres sous le nom et avec indication du domicile de celui qui justifie d'en être le propriétaire, et il est délivré à ce dernier un seul certificat signé par un des Administrateurs et le Directeur.

Article 7. La transmission des actions s'opère sans frais par une déclaration de transfert. Cette déclaration est signée par le propriétaire cédant ou par son représentant légal.

La Banque peut exiger toutes les justifications qu'elle croit nécessaires.

Les actions sont indivisibles vis-à-vis de la Société et ne peuvent être inscrites qu'au nom d'une seule personne.

Article 8. Les actionnaires ne sont responsables des engagements de la Banque que jusqu'à concurrence du montant nominal de leurs actions.

Article 9. La qualité d'actionnaire emporte pour celui à qui elle appartient, ses héritiers ou ayants droit, adhésion aux présents statuts et acceptation des décisions de l'Assemblée générale et du Conseil d'administration régulièrement prises dans leur compétence respective.

CHAPITRE III

Administration

Article 10. La Société est administrée par un Conseil composé de dix Administrateurs, tous choisis parmi les actionnaires suisses et nommés par l'Assemblée générale.

Article 11. Chaque Administrateur doit posséder au moins dix actions, inaliénables pendant la durée de son mandat.

Les certificats de ces actions sont déposés dans la caisse sociale.

Les fonctions d'Administrateur sont gratuites.

Ne peuvent être ensemble Administrateurs deux frères, un père et son fils ou deux associés.

Article 12. Les Administrateurs sont nommés pour cinq ans et sont indéfiniment rééligibles.

En exécution des décisions de l'Assemblée générale de 1876, il a été établi par la voie du sort un tableau de roulement qui a fixé, à raison de deux par année, l'ordre de sortie des Administrateurs à réélire ou à remplacer.

L'Administrateur nommé à la suite d'une vacance n'est élu que pour le temps pendant lequel celui qu'il remplace devait exercer encore ses fonctions.

Article 13. Le Conseil d'administration est investi des pouvoirs les plus étendus pour gérer les affaires de la Société et disposer de son actif dans la limite des présents statuts.

Il représente la Société et, en général, fait pour elle tout ce qui n'incombe pas aux Commissaires-vérificateurs et à l'Assemblée générale.

Le Conseil d'administration a, notamment, les pouvoirs les plus complets pour acheter tous immeubles destinés au service de son administration ou à la sauvegarde de ses droits hypothécaires, pour les revendre, pour acheter, vendre, céder et transférer tous titres nominatifs ou au porteur, pour donner main-levée et consentir la radiation de toutes les inscriptions hypothécaires ou privilégiées, avant ou après payement, ainsi que pour exercer toutes actions judiciaires, avec faculté de substituer tout ou partie de ces pouvoirs.

Article 14. Le Conseil d'administration choisit chaque année parmi ses membres, son Président, son Vice-Président et son Secrétaire, lesquels sont rééligibles.

Article 15. Le Conseil d'administration s'assemble au moins une fois par semaine.

Il délègue chaque mois deux de ses membres pour faire avec le Directeur le service quotidien de l'escompte.

Il peut être convoqué à l'extraordinaire, soit par le Directeur (art. 20), soit sur la demande de trois de ses membres.

Ses décisions se prennent à la majorité des membres présents, lesquels doivent être au moins au nombre de cinq.

En cas d'égalité de suffrages, la voix du Président est prépondérante.

Article 16. Si les délibérations du Conseil sont relatives à l'un des objets suivants, ses décisions ne sont valables qu'autant qu'elles ont été votées par six Administrateurs au moins:

1° La nomination et la révocation du Directeur et du Sous-Directeur;

2° Des propositions ayant pour but de modifier les statuts ou de liquider la Société;

3° L'achat ou la vente d'effets publics, ou des immeubles mentionnés à l'article 13, ainsi que les prêts hypothécaires.

Article 17. Le procès-verbal de chaque séance du Conseil d'administration est transcrit sur un registre spécial et signé par le Président et le Secrétaire ou leur suppléant.

Article 18. Toute convention authentique, dans laquelle la Banque du Commerce intervient comme partie contractante, est signée au nom du Conseil d'administration par deux de ses membres délégués à ces fins, et par le Directeur ou le Sous-Directeur.

Article 19. Les membres du Conseil d'administration ne contractent en raison de leur gestion aucune obligation personnelle relativement aux engagements de la Société; ils ne répondent que de l'exécution de leur mandat.

CHAPITRE IV

Direction

Article 20. La gestion des affaires de la Banque du Commerce est confiée, sous la surveillance du Conseil d'administration, à un Directeur qui a la signature sociale.

Il peut, en outre, être créé une place de Sous-Directeur.

La nomination ou la révocation du Directeur et du Sous-Directeur appartiennent au Conseil d'administration, qui détermine leurs fonctions, leur traitement et l'étendue de leurs pouvoirs.

Le Directeur et le Sous-Directeur doivent posséder chacun au moins dix actions de la Banque, lesquelles sont inaliénables pendant toute la durée de leurs fonctions et dont les certificats sont déposés dans la caisse sociale.

Le Directeur assiste avec voix consultative aux séances du Conseil et peut y être chargé des fonctions de Secrétaire.

CHAPITRE V

Des Commissaires-vérificateurs

Article 21. L'Assemblée générale annuelle nomme un ou plusieurs Commissaires-vérificateurs chargés de lui faire (l'année suivante) un rapport sur la situation de la Société, sur le bilan et sur les comptes présentés par le Conseil d'administration.

CHAPITRE VI

De l'Assemblée générale

Article 22. L'Assemblée générale des actionnaires doit être réunie à Genève au moins une fois par année dans le premier trimestre.

Les convocations doivent porter l'ordre du jour et être insérées au moins deux fois dans la *Feuille des avis officiels* et dans l'un des journaux du canton, la première fois dix jours au moins avant la réunion.

Les actionnaires sont aussi convoqués directement, au moins dix jours d'avance, par lettres recommandées, avec l'ordre du jour et l'avis que le Bilan, le compte de Profits et Pertes et le rapport des Commissaires-vérificateurs sont à leur disposition.

L'Assemblée se réunit en outre extraordinairement toutes les fois que le Conseil d'administration en reconnaît la nécessité, ou lorsque la demande en est adressée par écrit au Conseil, soit par des actionnaires représentant le dixième au moins des actions émises, soit par les Commissaires-vérificateurs.

Article 23. L'Assemblée générale des actionnaires se compose de toutes les personnes qui possèdent à leur nom une ou plusieurs actions.

Article 24. Les membres de l'Assemblée générale y votent soit en personne, soit par leur représentant légal (mari ou tuteur), soit par leur fondé de pouvoir.

Ce dernier doit être lui-même actionnaire et porteur d'un pouvoir spécial, qui devra être déposé au siège de la Banque trois jours au moins avant la séance.

Chaque actionnaire a autant de voix qu'il a d'actions ou qu'il en représente, sans qu'il puisse en aucun cas réunir entre ses mains plus du cinquième des droits de vote qui se trouvent représentés dans l'Assemblée générale.

Article 25. L'Assemblée n'est régulièrement constituée, même dans les cas prévus à l'article 627 du Code fédéral des Obligations, que lorsque les membres présents ou représentés possèdent entre eux le quart au moins du nombre des actions émises.

Toutefois, si ce chiffre du quart n'est pas atteint à une première assemblée, il est procédé deux semaines plus tard, sans changer l'ordre du jour et sous avis spécial, à une nouvelle assemblée dont, cette fois, les décisions sont valables quel que soit le nombre des actions représentées.

Article 26. Lorsque l'Assemblée est appelée à délibérer sur des mesures qui entraîneraient une modification aux statuts, les décisions ne sont valables qu'autant que les membres qui forment la majorité possèdent entre eux tous, directement ou par représentation, plus du tiers des actions émises.

Article 27. L'Assemblée est présidée par le Président du Conseil d'administration ou, à son défaut, par un autre Administrateur.

Le Président désigne le Secrétaire et deux Scrutateurs choisis de préférence parmi les plus forts actionnaires en dehors du Conseil d'administration.

Le Président, le Secrétaire et les Scrutateurs constituent le Bureau et signent en cette qualité le procès-verbal des délibérations de l'Assemblée.

Article 28. L'Assemblée générale est souveraine.

Elle délibère et prononce sur toutes les propositions qui lui sont soumises régulièrement; les décisions sont prises à la majorité des voix, sauf l'exception prévue par l'article 26.

En cas de partage, la voix du Président est prépondérante.

Article 29. Ne peuvent être soumis à l'Assemblée générale que les objets mis à l'ordre du jour par le Conseil d'administration, et les propositions qu'un ou plusieurs actionnaires représentant au moins le dixième du capital social auront signées et transmises au Conseil d'administration un mois au moins avant la séance.

Article 30. Dans la réunion ordinaire annuelle, l'Assemblée:

1° Entend le rapport du Conseil d'administration, qui doit comprendre le compte rendu des opérations de la Société et être accompagné du Bilan;

2° Entend le rapport des Commissaires-vérificateurs nommés dans l'Assemblée annuelle précédente;

3° Discute, et approuve ensuite, s'il y a lieu, les comptes de l'exercice, en donnant décharge au Conseil de sa gestion;

4° Fixe le dividende à répartir;

5° Nomme, à la majorité absolue des voix, les Administrateurs et les Commissaires-vérificateurs;

6° Statue enfin sur les autres objets qui lui sont régulièrement soumis.

CHAPITRE VII

Comptes annuels, Fonds de réserve, Dividende

Article 31. L'année sociale commence le 1er janvier et finit le 31 décembre.

Les produits nets, déduction faite de toutes les charges, constituent les bénéfices.

Sur ces bénéfices, il est prélevé en premier lieu, pour former un fonds de réserve jusqu'à concurrence de 500,000 francs, une somme qui ne peut être inférieure au 5 % desdits bénéfices.

Après ce prélèvement et ceux que l'Assemblée peut décider en faveur d'une réserve spéciale, le bénéfice net est réparti par parts égales entre toutes les actions.

Le payement du dividende, tel qu'il a été fixé par l'Assemblée générale, a lieu en une seule fois, au plus tard un mois après ladite réunion.

Les réserves, ordinaire ou extraordinaire, peuvent servir avec l'approbation de l'Assemblée à accroître ou à compléter le dividende de l'exercice.

Article 32. Les publications émanant de la Société doivent être insérées dans la *Feuille des avis officiels* et dans l'un des journaux du canton.

CHAPITRE VIII

Dissolution et liquidation, Contestations

Article 33. L'Assemblée générale des actionnaires peut en tout temps, à la majorité des voix, composée comme il est dit à l'article 26, décider la dissolution de la Société.

Dans ce cas, elle arrête elle-même le mode de liquidation de la Banque.

Article 34. Les contestations qui pourront s'élever pendant la durée de la Société, ou lors de sa liquidation, soit entre les actionnaires et la Société, ou les Administrateurs ou Commissaires-vérificateurs, soit entre les actionnaires eux-mêmes et à raison des affaires sociales, seront jugées souverainement et sans appel par des arbitres nommés amiablement par les parties, sinon par le Tribunal compétent.

Kapitel 4. Die Jahresberichte.

Art. 30 der Statuten lautet:

„Dans la réunion ordinaire annuelle l'assemblée entend le rapport du Conseil d'Administration qui doit comprendre le compte rendu des opérations de la Société et être accompagné du Bilan."

Allein der Berichterstatter folgte nicht nur den Buchstaben der Satzung, er gab vielmehr in einem allgemeinen ersten Teil seines Berichtes einen Überblick über die Lage von Handel und Industrie, der es ermöglichte, die „courbe de l'activité économique" Genfs und der Schweiz zu verfolgen; ein zweiter besonderer Abschnitt enthielt die statistischen Angaben über den Gang der einzelnen Geschäftszweige der Bank, von denen lobend hervorzuheben ist, dass sie durch die Regelmässigkeit ihrer Anordnung zur Erleichterung von Vergleichen mit den Vorjahren bedeutend beitrugen.

Dem Berichte des Verwaltungsrats folgte derjenige der Rechnungsprüfer, von dem 1853 ausdrücklich gesagt wird, dass er ihr persönliches Werk ist und der Aufsichtsrat erst durch die Verlesung in der Generalversammlung davon Kenntnis erhält. In den veröffentlichten Berichten schliessen sich hieran an ein Auszug aus dem Sitzungsprotokoll über die Generalversammlung, statistische Tabellen über die seitherigen Geschäftsergebnisse, denen später eine Aufstellung über den durchschnittlichen Jahresdiskont und die französichen Wechselkurse in Genf beigefügt wurde.

Der Bericht von 1904 bringt zum ersten Male eine vergleichende Tabelle über den Stand der hauptsächlichsten ausländischen Notenbanken, die mit grosser Sorgfalt von Direktor P. Appia ausgearbeitet ist. An Hand dieser Zusammenstellung lässt sich die Zu- oder Abnahme der verschiedenen Positionen der wöchentlichen Bankausweise leicht verfolgen und damit die allgemeine Tendenz des Geldmarktes ermitteln.

Die durch Statutenrevision von 1865 gegebene Ermächtigung zum Ankauf von Effekten machte es wünschenswert, auch über die Zusammensetzung dieser Anlagen Aufschluss zu geben. Ursprünglich geschah es in der Weise, dass ein Verzeichnis der im Besitze der Bank befindlichen Wertschriften in der Generalversammlung auflag, das seit 1888 im „Schweizerischen Handelsamtsblatt“ veröffentlicht und vom Jahre 1893 an auch dem Jahresbericht beigegen wurde.

Als wichtigster Bestandteil der Berichte sind endlich zu nennen die Bilanzen mit der Verlust- und Gewinn-Rechnung, welche durch den alten Art. 48

> „Le compte rendu annuel est imprimé et remis à la chancellerie, à la Chambre de commerce, au greffe du Tribunal de commerce et à chaque actionnaire“

von Anbeginn der weitgehendsten Publizität unterworfen waren.

Kapitel 5. Buchführung und Bilanzen.

Im Interesse eines geordneten Rechnungswesens schrieben die Satzungen die Methode der doppelten Buchhaltung vor.

Bis zum Jahre 1877 wurden Semesterbilanzen aufgestellt, je auf Ende eines Kalenderhalbjahres; die Erfolgsbilanzen zeigten in den ersten Jahren bald das Bild einer Verlust- und Gewinn-Rechnung *vor* der Gewinnverteilung, bald einer solchen nach Ausschüttung des Gewinns. Ein vollständig neues Bilanzschema brachte die Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über Ausgabe und Einlösung von Banknoten von 1881, welches in Art. 14 bestimmte:

> Für die im Art. 43 des Bundesgesetzes vorgesehenen, durch die Emissionsbanken einzureichenden periodischen Ausweise und Bilanzen werden die Formularien festgestellt wie folgt:
>
> Für die Wochensituationen: Formular V der Beilage;
>
> Für die Monatsbilanz: Formular VII.
>
> Das Finanzdepartement ist ermächtigt, das Formular für die Jahresrechnung festzustellen und allenfalls notwendige Modifikationen an obgenannten beiden Formularien vorzunehmen.

Das entsprechende Formular wurde seit 1892 von der Bank benutzt. Über einige Punkte äussert sich die Verwaltung folgendermassen:

> „Nous groupons dans le Bilan sous la rubrique: Créances sur effets de change en Portefeuille toutes les valeurs susceptibles de

représenter, aux termes de la loi, la partie de la circulation de nos billets non couverte par des espèces, soit au minimum le 60 % de ce chiffre. Viennent ensuite les rescriptions municipales qui ne sont pas admises à faire partie de notre Portefeuille de couverture et nos fonds publics et obligations . . . . (Bericht, 14. Februar 1887, S. 12) und 1893 im Bericht vom 13. Februar, S. 12 und 13:

Dans l'actif de notre bilan, les chiffres sont groupés un peu différemment des années précédentes. Nous avons voulu suivre dans ce document la même forme que nous sommes appelés à donner à nos bilans mensuels envoyés à l'Inspectorat des Banques qui désire s'assurer ainsi plus facilement de la pleine exécution de l'art. 15 de la loi fédérale de 1881 qui limite aux seuls effets de change et aux billets des autres Banques d'émission l'emploi des 60 % de nos billets qui ne sont pas couverts par des espèces.

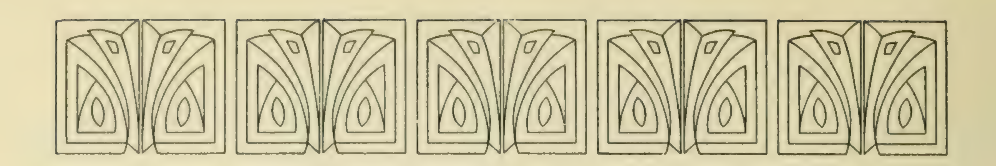
Eine entsprechende Anordnung weist auch die Verlust- und Gewinn-Rechnung auf, die vom Jahre 1892 ab ausserdem noch die sehr interessanten Angaben über die Höhe des Rückdisconts am Anfang und am Schluss des Jahres enthält.

Über die Bilanzsummen gibt nachstehende Tabelle No. 1 Aufschluss:

Bilanzsummen.

No. 1.

Jahr	Betrag in Fr. 1000. —	Jahr	Betrag in Fr. 1000. —	Jahr	Betrag in Fr. 1000. —
	Fr.		Fr.		Fr.
1846	3,422	1867	9,272	1887	36,395
1847	3,878	1868	9,859	1888	36,388
1848	6,278	1869	10,731	1889	35,128
1849	5,190	1870	13,867	1890	36,793
1850	6,257	1871	14,334	1891	38,276
1851	6,221	1872	16,571	1892	40,111
1852	6,369	1873	21,632	1893	40,708
1853	6,873	1874	25,295	1894	41,712
1854	7,866	1875	25,326	1895	41,811
1855	9,196	1876	27,983	1896	41,160
1856	11,237	1877	32,045	1897	41,434
1857	11.456	1878	33,407	1898	41,510
1858	11,667	1879	33,836	1899	42,081
1859	11,242	1880	31,935	1900	42,853
1860	12,012	1881	36,028	1901	42,725
1861	12,087	1882	36,097	1902	41,579
1862	12,335	1883	35,517	1903	41,771
1863	11,364	1884	35,290	1904	44.203
1864	8,358	1885	35,782	1905	44,005
1865	8,935	1886	35,509	1906	42,703
1866	9,693				



Zweiter Teil: **Betriebsmittel.**

I. Die eigenen Gelder.

Kapitel 6. Das Aktienkapital.

Das Aktienkapital sollte in erster Linie als Garantiebetrag dienen, es konnte daher auch statutengemäss im Falle vollständig in erstklassigen Effekten angelegt werden.

Ursprünglich bestand zwischen Aktienkapital und Notenemission kein gesetzlich festgelegtes Verhältnis; das wurde 1881 anders. Das Bankgesetz bestimmte nämlich, dass der Notenumlauf den doppelten Betrag des einbezahlten Aktienkapitals nicht überschreiten durfte. Hierdurch sollte eine weitere Sicherheit für die Bankgläubiger geschaffen werden. Nach Ansicht der Begründer der Bank lag aber die Sicherheit der Gläubiger weniger im Aktienkapital als in der Höhe der Barvorräte und in der Zusammensetzung des Portefeuilles. Von diesen Grundsätzen gingen sie auch 1845 aus, als sie die Zahl der Aktien über je Fr. 1000. — auf 1500 festsetzten; daneben stellten sie dem Verwaltungsrate noch 300 weitere Aktien zur Verfügung, von denen aber nur 50 Stück, je 25 vom Direktor und Vize-Direktor, statutengemäss übernommen wurden, so dass bei Eröffnung der Bank das voll eingezahlte Aktienkapital sich auf Fr. 1,550,000. — belief. Allein schon bald zeigte es sich, dass der allgemeine, wirtschaftliche Aufschwung eine Vermehrung der eigenen Mittel erforderlich machte. So beschloss denn die ordentliche Generalversammlung vom 21. August 1855, das Gesellschaftskapital zu verdoppeln.

Die Modalitäten, unter denen die Ausgabe der neuen Aktien vor sich ging, waren die folgenden:

> Le capital de la *Banque du Commerce* est doublé.
>
> Il est créé 1550 nouvelles actions, de 1000 francs chacune.
>
> Chaque actionnaire actuel a le droit de souscrire *au pair* un nombre d'actions égal à celui qu'il possède. Les actions non souscrites

deviennent la propriété de la *Banque du Commerce,* qui en dispose dans l'intérêt de la Société.

Il sera fait un appel de 500 francs par action immédiatement après l'autorisation donnée par le Conseil d'Etat à l'émission ci-dessus.

MM. les actionnaires en seront informés par un article inséré dans la Feuille d'Avis de Genève.

Ce versement devra être effectué dans les *quinze jours* qui suivront cet avis.

Ces quinze jours expirés, l'actionnaire en retard est mis en demeure par un avertissement inséré dans la Feuille d'Avis de Genève.

Trente jours après cette mise en demeure, il est déchu de son droit de souscription. Les actions sur lesquelles le versement n'aura pas été fait deviennent la propriété de la *Banque du Commerce,* qui en dispose dans l'intérêt de la Société.

Pour chaque jour de retard, l'actionnaire mis en demeure est tenu de bonifier l'intérêt à raison de 6 % l'an.

Le Conseil d'Administration de la *Banque du Commerce* est autorisé à appeler tout ou partie des derniers 500 francs lorsqu'il le jugera convenable; toutefois, aucun nouvel appel de fonds ne pourra avoir lieu qu'après un avertissement préalable de trois mois.

L'art. 7 des Statuts est applicable aux retardataires.

Il sera alloué au versement de 500 francs, fait en 1855, un intérêt de 5 %, à dater du jour de l'appel jusqu'au 31 décembre de cette année. A partir du 1er janvier 1856, les nouvelles actions auront droit au dividende, conformément à l'art. 10 des Statuts, et au prorata du capital versé.

Le fonds de réserve acquis au bilan du 31 décembre 1855 appartiendra aux nouvelles comme aux anciennes actions.

Es wurde nicht gleich der ganze Betrag eingefordert, die Verwaltung wollte sich erst davon überzeugen, ob die ersten 50 % gewinnbringende Anlage fänden. Somit entstanden zwei Kategorien von Aktien, deren Teilnahme am Gewinn in oben angegebener Weise geregelt wurde.

Unglücklicherweise liess der gute Geschäftsgang bald nach, daher fiel die Dividende, welche nunmehr unter einer grösseren Zahl von Aktien verteilt wurde, stark. Es ist deshalb begreiflich, dass der Vorschlag einer abermaligen Kapitalerhöhung Anfang 1865 abgelehnt wurde, weil die schlechten Erfahrungen nicht ermutigend wirken konnten (Bericht vom 14. Februar 1865, abgedruckt im Bericht vom 14. Oktober 1872):

„Nous estimons qu'il est plus sage d'ajourner l'opération du doublement de notre capital jusqu'à ce que la nécessité en soit clairement démontrée et, tout au moins, d'attendre, pour y procéder, l'époque où le compte de réserve sera complète, ce qui aura lieu probablement vers la fin de 1867."

Das Maximum der Reserve wurde jedoch später erreicht als erwartet. Ein neuer Antrag zwecks Kapitalvermehrung erlitt das gleiche Schicksal wie 1865. Erst am 14. Oktober 1872 wurde den Aktionären wieder eine Erhöhung der eigenen Gelder vom Verwaltungsrat vorgeschlagen, indem er ausführte:

„Il est évident que nos clients, ceux qui nous déposent gratuitement de l'argent ou qui prennent nos billets à la place de numéraire, comme aussi, à plus forte raison, ceux qui nous apportent leurs lettres de change à l'escompte, ont un grand intérêt à voir les ressources de la Banque s'augmenter, à voir sa surface s'étendre; . . . il est naturel qu'ils manifestent le désir de voir le capital de notre établissement tour à tour leur débiteur et leur créancier devenir plus considérable." (Bericht vom 14. Oktober 1872, S. 5 und 6.)

Es kam ferner in Betracht, das die Verwaltung die feste Überzeugung besass, diese Gelder vorteilhaft verwenden zu können. Als Beweis hiefür wurde die starke Steigerung der Dividenden betont, als Folge des regeren Geschäftslebens, das, wenn es auch zum Teil auf die kriegerischen Ereignisse der letzten Jahre zurückzuführen sei, dennoch aller Voraussicht nach besonders für Genf von Dauer sein würde.

Es sollten für Fr. 1,900,000. — junge Aktien ausgegeben werden, um damit das Gesellschaftskapital auf Fr. 5,000,000. — abzurunden. Auf fünf alte Aktien entfielen daher drei neue, die übrig bleibenden 40 Aktien übernahm die Bank zum Emissionskurse von Fr. 1250. — Zu diesem Kurse wird bemerkt:

„Le prix d'émission, qu'il nous a paru équitable de vous proposer, est celui de 1250 francs, cette prime de 250 francs ne sera nullement un sacrifice pour les propriétaires des nouvelles actions. Le prix de 1250 francs ne dépassera en réalité la valeur intrinsèque de l'action que de 50 francs, lesquels sont amplement justifiés par la position acquise de la Banque." (Bericht vom 14. Oktober 1872, S. 9 und 10.)

Zwar waren die meisten Aktionäre darin einig, dass eine Vermehrung der Mittel erforderlich sei, über das Wie gingen aber die Meinungen sehr

auseinander. Alt-Direktor Revilliod konnte ein dringendes Bedürfnis für Kapitalvermehrung nicht finden, nach ihm sollte die Bank das Diskontgeschäft mit den ihr gratis zur Verfügung gestellten fremden Geldern betreiben; wenn aber durchaus die Mittel erhöht werden sollen, so schlage er die Ausgabe mässig verzinslicher Obligationen mit festem Verfall vor, wie solche von der Bank in Zürich ausgegeben seien, da durch sie die Interessen der Aktionäre nicht in dem Masse beeinträchtigt würden, wie durch Emission neuer Aktien. Ausserdem bestände bei Erhöhung des Aktienkapitals in schwierigen Zeiten für die Bank die Versuchung, ihre unbeschäftigten Gelder in Geschäften zweifelhafter Art anzulegen. Trotzdem wurde der Antrag der Verwaltung mit 1864 Ja gegen 257 Nein angenommen.

Von ganz besonderer Bedeutung war das Jahr 1876, brachte es doch neben der Statuten-Änderung und dem Einzug in das neue Bankgebäude den Abschluss eines Generalkonkordats mit den übrigen Notenbanken und eine beträchtliche Kapitalvermehrung. Die im Jahre 1872 der Bank neu zugeflossenen Mittel hatten schnell nutzbringende Verwertung gefunden; dieser Umstand und die Tatsache, dass die Vorschläge für ein Bankgesetz immer deutlicher erkennen liessen, dass in Kürze Aktienkapital und Notenemission auf gesetzlichem Wege in gewisse Beziehungen gebracht werden würden, führten zu dem Beschluss, das Gesellschaftskapital auf Fr. 10,000,000. — zu erhöhen. Über die eigenartige Weise, wie die Teilzahlung auf die jungen 5000 al pari ausgegebenen Aktien geleistet wurde, sagt der Bericht vom 18. November 1876, S. 10:

> „Pour le moment, le versement du premier quart sur les 5000 actions nouvelles n'en sera, pour ainsi dire, pas un. C'est, en effet, la répartition en titres de notre réserve et du dividende du second semestre de 1876; si le montant de ce dernier n'atteint pas, il est vrai, 50 francs, le solde à payer en espèces sera sans doute — sauf imprévu — peu de chose. Il n'en sera pas de même des 750 francs restant à verser à intervalles d'au moins trois mois et par sommes ne dépassant pas 250 francs à la fois."

Die Emission wurde den Vorschlägen der Verwaltung entsprechend durchgeführt, und die Bilanz auf Ende 1877 weist ein Aktienkapital von Fr. 10,000,000. — auf, dem für Resteinzahlung Fr. 3,750,000. — gegenüberstehen. Am 1. Juli 1881, 1. Januar und 1. April 1882 wurden die restlichen 75 % in gleichen Raten von je Fr. 250. — eingefordert, so dass gemäss den Bestimmungen des Bankgesetzes von 1881 nunmehr die Bank auf Grund ihres voll einbezahlten Aktienkapitals ein Notenemissionsrecht

von Fr. 20,000,000. — besass. Und doch fragte man sich: „Ce chiffre suffira-t-il à l'extension de notre clientèle et aux besoins de sa circulation", was auf die Dauer verneint werden musste. Schon 1889 zeigte es sich, dass zu wiederholten Malen die Notenvorräte der Bank nicht genügten; es war daher 1890 eine Kapitalerhöhung erwogen worden, weil aber die Aussichten für Anlage dieser Gelder sehr schlecht waren, so hatte man von der Ausführung Abstand genommen. Das folgende Jahr brachte neben weiteren Beweisen für die Dringlichkeit einer Kapitalerhöhung, die von anderen grossen Banken bereits durchgeführt worden war, die Gewissheit, dass die Tätigkeit der Bank voraussichtlich noch lange nicht durch Errichtung einer Zentralbank mit Notenmonopol ihr Ende erreichen würde, denn die Erörterung der Frage, ob Staatsbank oder Aktienbank, liess erkennen, „que la Banque du Commerce n'était point à la veille de disparaître." Daher wurde ein Beschluss über Erhöhung des Kapitals um Fr. 2,000,000. — gefasst. Die neuen Aktien wurden vom 10. bis 25. Februar 1891 zur Zeichnung aufgelegt; auf fünf alte entfiel eine neue, die Verwertung der Spitzen übernahm die Bank. Dividendenberechtigt waren diese jungen Aktien ab 1. Januar 1891. Gemäss Art. 618, Obligationen-Recht, wurde über das Ergebnis der Zeichnung in der folgenden Generalversammlung vom 8. Februar 1892 ein notarielles Protokoll aufgenommen.

Damit hatte das Aktienkapital die Höhe von Fr. 12,000,000. — erreicht, auf der es sich unverändert bis zur Liquidation hielt.

Kapitel 7. Die Reserven.

Die Rücklagen zerfallen in ordentliche und ausserordentliche; für beide galt Art. 31 der Statuten:

„Les produits nets, déduction faite de toutes les charges, constituent les bénéfices.

Sur ces bénéfices il est prélevé, en premier lieu, pour former un fonds de réserve jusqu'à concurrence de 500,000 francs, une somme qui ne peut être inférieure au 5 % desdits bénéfices. Après ce prélèvement et ceux que l'assemblée peut décider en faveur d'une réserve spéciale, le bénéfice net est réparti par parts égales entre toutes les actions.

Les réserves, ordinaire ou extraordinaire, peuvent servir avec l'approbation de l'assemblée à accroître ou à compléter le dividende de l'exercice."

Da diese Reserven nicht getrennt verwaltet wurden, so sind sie nur rechnungsmässige Grössen, darum aber keineswegs eine Fiktion; ein Teil der Rücklagen ist in jedem Aktivum zu finden. Wo die Buchwerte der Wirklichkeit entsprechen, da ist auch der Fonds tatsächlich vorhanden und im Bedarfsfalle realisierbar. So lange keine Überbewertung der Aktiven vorliegt, erfüllen die rechnungsmässigen Reserven denselben Zweck wie die bedeckten, abgesonderten „Fonds“.

Dotiert wurden beide Rücklagen aus dem jährlichen Reingewinn, der ordentliche Reservefonds ausserdem noch im Jahre 1872 mit dem Agiogewinn, der bei Ausgabe der neuen Aktien erzielt wurde.

Neben diesem sichtbaren, unverteilten Reingewinn verfügte die Bank noch über beträchtliche versteckte oder stille Reserven, da verschiedene Aktivposten, besonders Effekten und Immobilien weit unter Wert in der Bilanz figurierten.

Über den Bestand sämtlicher offenen Reserven nach Verbuchung der Überweisungen und der Entnahmen gibt Tabelle No. 2 Aufschluss.

Reserven.

No. 2.

Jahr	Überweisungen		Entnahmen		Bestand	
	Statutarische Reserven	Ausserordentliche Reserven	Statutarische Reserven	Ausserordentliche Reserven	Statutarische Reserven	Ausserordentliche Reserven
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
1846	—	—	—	—	—	—
1847	2,325	—	—	—	2,325	—
1848	—	—	2,325	—	—	—
1849	3,875	—	—	—	3,875	—
1850	3,875	—	—	—	7,750	—
1851	8,525	—	—	—	16,275	—
1852	13,175	—	—	—	29,450	—
1853	20,150	—	—	—	49,600	—
1854	29,450	—	—	—	79,050	—
1855	34,100	—	—	—	113,150	—
1856	43,400	—	—	—	156,550	—
1857	44,950	—	—	—	201,500	—
1858	24,800	—	—	—	226,300	—
1859	16,275	—	—	—	242,575	—
1860	24,025	—	—	—	266,600	—
1861	38,750	—	—	—	305,350	—
1862	26,350	—	—	—	331,700	—
1863	31,000	—	—	—	362,700	—
1864	46,500	2,000 J *)	—	—	409,200	2,000 J
1865	23,250	1,000 J	—	—	432,450	3,000 J
1866	12,400	1,500 J	—	—	444,850	4,500 J
1867	10,075	—	—	—	454,925	4,500 J
1868	4,650	600 J 14,050 R **)	— —	— —	459,575	5,100 J 14,050 R

*) J = Immobilienreserve. **) R = Reserve für «Risques en cours»,

Jahr	Überweisungen		Entnahmen		Bestand	
	Statutarische Reserven	Ausserordentliche Reserven	Statutarische Reserven	Ausserordentliche Reserven	Statutarische Reserven	Ausserordentliche Reserven
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
1869	8,525	—	—	2,900 R 2,100 J	468,100	3,000 J 11,150 R
1870	17,825	6,225 R	—	—	485,925	3,000 J 17,375 R
1871	14,075	2,500 R 1,000 J	—	9,875 R	500,000	4,000 J 10,000 R
1872	500,000	1,000 J	—	6,000 R	1,000,000	5,000 J 4,000 R
1873	—	—	—	2,000 R	1,000,000	5,000 J 2,000 R
1874	—	5,000 J	—	2,000 R	1,000,000	10,000 J
1875	—	50,000 R	—	—	1,000,000	10,000 J 50,000 R
1876	—	10,000 Install.	—	10,000 Install.	1,000,000	10,000 J 50,000 R
1877	42,800	—	1,000,000	50,000 R	42,800	10,000 J
1878	45,740	—	—	—	88,540	10,000 J
1879	47,260	600 J 10,000 R	—	—	135,800	10,600 J 10,000 R
1880	49,390	5,000 J	—	10,600 J	185,190	5,000 J 10,000 R
1881	71,960	75,000 a.R.*)	—	—	257,150	5,100 J 10,000 R 75,000 a.R.
1882	95,700	30,000 R 40,000 a.R.	—	—	352,850	5,000 J 40,000 R 115,000 a.R.
1883	42,350	—	—	40,000 R 35,000 a.R.	395,200	5,000 J 80,000 a.R.
1884	41,760	—	—	55,000 a.R.	436,960	5,000 J 25,000 a.R.
1885	45,710	—	—	—	482,670	5,000 J 25,000 a.R.
1886	17,330	30,000 a.R.	—	5,000 a.R.	500,000	5,000 J 50,000 a.R.
1887	—	—	—	—	500,000	5,000 J 50,000 a.R.
1888	—	—	—	—	500,000	5,000 J 50,000 a.R.
1889	—	—	—	—	500,000	5,000 J 50,000 a.R.
1890	—	—	—	50,000 a.R.	500,000	5,000 J
1891	—	—	—	—	500,000	5,000 J
1892	—	—	—	—	500,000	5,000 J
1893	—	—	—	—	500,000	5,000 J
1894	—	—	—	—	500,000	5,000 J
1895	—	—	—	—	500,000	5,000 J
1896	—	—	—	—	500,000	5,000 J
1897	—	—	—	—	500,000	5,000 J
1898	—	—	—	—	500,000	5,000 J
1899	—	—	—	—	500,000	5,000 J
1900	—	—	—	5,000 J	500,000	—
1901	—	25,000 J	—	—	500,000	25,000 J
1902	—	—	—	25,000 J	500,000	—
1903	—	80,000 a.R.	—	—	500,000	80,000 a.R.
1904	—	—	—	—	500,000	80,000 a.R.
1905	—	—	—	—	500,000	80,000 a.R.
1906	—	—	—	—	500,000	80,000 a.R.
1907	—	—	—	—	—	—

*) a. R. = ausserordentliche Reserve i. e. S.

a) Die ordentlichen Reserven.

Durch jährliche Überweisungen wuchsen sie bis zum Jahre 1871 auf Fr. 500,000. — an, um durch den Mehrerlös bei der Ausgabe der neuen Aktien 1872 auf Fr. 1,000,000. — zu steigen. Als Grund für diese aussergewöhnliche Dotierung führt die Bank an (Bericht 14. Okt. 1872, S. 9):

> Il nous a paru désirable à tous égards de ne pas nous en tenir au minimum indiqué par les statuts du moment que nous pouvions former ce supplément de Réserve, et par conséquent, de ressources permanentes, sans recourir à de nouvelles retenues annuelles, ce qui aurait été alors tout à fait contraire au paragraphe 2 de l'article 7.

Dieser Posten figuriert unter den Passiven bis zum Jahre 1877; dann wurde der ganze Betrag in der Weise verteilt, dass jedem Aktionär die auf die einzelnen Aktien entfallenden Fr. 200. — a conto der auf die neuen 5000 Aktien von ihm zu leistenden Einzahlung gutgeschrieben wurden. Aus dem Reingewinn des Jahres wurde der Reservefonds durch Überweisung von Fr. 42,800. — neu gespeist; er erreichte im Jahre 1886 wieder die Höhe von Fr. 500,000. —, auf welcher er seither unverändert erhalten blieb.

b) Die ausserordentlichen Reserven.

Sie zerfallen in:

1. Immobilien-Reserve;
2. Reserve für „Risques en cours“;
3. Ausserordentliche Reserve i. e. S.

1. Die Immobilien-Reserve besteht seit 1864; es wurden ihr jährlich kleinere Beträge überwiesen und bei Bedarf entnommen. 1900 diente der ganze Fonds zur Deckung der durch den Ausbau der Kassenschalter erwachsenen Kosten. Die aufgezehrten Rücklagen erfuhren im Jahre 1901 eine Neu-Dotierung von Fr. 25,000. — Diese Summe stellte 50 % der auf Fr. 50,000. — veranschlagten Auslagen für Einrichtung feuer- und diebessicherer Kassetten in den Kellergewölben der Bank dar; sie wurde im folgenden Jahr nebst weiteren Fr. 9000. — für diese neuen Anlagen auf Immobilienkonto übertragen, welches hierdurch auf Fr. 400,000. — anwuchs.

2. Die Reserve für „Risque en cours“ erscheint zum ersten Male 1868 mit einem Betrage von Fr. 14,050. —, welcher 1877 auf Fr. 50,000. — angewachsen war, von denen nach Tilgung der entstandenen Verluste Fr. 27,762. 95 der Verlust- und Gewinn-Rechnung wieder gutgeschrieben werden konnten. Seit dem Jahre 1883 erscheint diese Reserve für das Risiko an notleidenden Wechseln nicht mehr als besonderer Bilanzposten.

3. Zum Zwecke der Dividendenregulierung wurde im Jahre 1881 eine besondere ausserordentliche Reserve geschaffen. Der Verwaltungsrat befürchtete nämlich durch Einführung der Bundessteuer, sowie infolge der durch Herstellung der neuen Banknoten verursachten Kosten eine Schmälerung des Ertrags, und hielt es für angebracht, für diesen voraussichtlichen Ausfall in einem guten Jahre Rückstellungen für schlechtere Zeiten vorzunehmen. Wegen der Anfang Februar erfolgten Zahlungseinstellung zweier Kunden der Bank, von denen sich viele Wechsel im Portefeuille befanden, glaubte man diesen Betrag auf Fr. 75,000. — festsetzen zu müssen, der durch weitere Überweisungen im nächsten Jahre auf Fr. 115,000. — wuchs und 1883 eine beträchtliche Steigerung dadurch erfuhr, dass der beim Verkaufe des alten Bankgebäudes über den Buchwert erzielte Mehrerlös ebenfalls der ausserordentlichen Reserve zugeführt wurde. Vom Gesamtbetrage, einschliesslich Wiedereingänge abgeschriebener Forderungen, verblieben nach Abzug der Umtauschkosten für alte Noten noch Fr. 160,257.65; hiervon wurden Fr. 80,257. 65 zur Aufbesserung der Dividende für das Jahr 1883 benutzt und die verbleibenden Fr. 80,000. — auf neue Rechnung vorgetragen. 1884 entnahm man ihnen weitere Fr. 55,000. — zwecks Dividendenergänzung, zwei Jahre später Fr. 5000. — für Noten-Anfertigung und -Stempel und überwies im gleichen Jahre Fr. 30,000. —, um 1890 den ganzen verfügbaren Betrag von Fr. 50,000. — als Superdividende zur Ausschüttung zu bringen. Damit war die ausserordentliche Reserve für 13 Jahre aus den Bilanzen verschwunden, erst 1903 wurde eine Neu-Dotierung erforderlich. Die diesbezügliche Rücklage rechtfertigt der Bericht mit den Worten (S. 17):

„Cette ouverture d'un compte de réserve extraordinaire ne se justifie que trop par les écarts énormes qui se produisent d'une année à l'autre dans le coût de nos importations d'espèces."

Weitere Zuwendungen wurden in den nächsten Jahren nicht mehr nötig, da durch die Verteilung dieser Kosten auf sämtliche Notenbanken und den günstigeren Wechselkurs auf Paris diese Auslagen auf ihre normale Höhe zurückgingen.

Nicht immer wurden Rücklagen vorgenommen durch Öffnung oder Speisung von Reserven; zuweilen wurde auch ein Teil des Reingewinns zurückbehalten und als Saldo der Verlust- und Gewinn-Rechnung vorgetragen. So bemerkt der Bericht 1848 zu dem allerdings recht unbedeutenden Betrag von Fr. 7967. 75, dass er vorgetragen sei

„pour parer aux pertes éventuelles sur notre portefeuille et sur les effets encore en souffrance.“

Dass aber dieser zurückbehaltene Gewinn auch recht ansehnlich sein konnte, zeigt ein Blick auf die der Verlust- und Gewinn-Rechnung beigegebene Tabelle.

II. Die fremden Gelder.

Kapitel 8. Die Banknoten.

Zwei Hauptquellen liefern die fremden Mittel einer Emissionsbank; hierüber sagt Ernest Pictet in „Des banques de circulation en Suisse“ (S. 15):

„En empruntant, soit du public au moyen de ses billets, soit des négociants au moyen de leurs dépôts, la banque se crée un capital que nous pouvons appeler gratuit et qui sera d'autant plus important que son crédit sera mieux établi et que le champ ouvert à son activité sera plus fécond et plus vaste.“

Statutengemäss war die Bank zuerst nur zur Ausgabe von Noten à Fr. 100. —, 500. — und 1000. — ermächtigt; hierzu kamen 1865 noch Abschnitte von Fr. 20. — und 50. — Die Deckungsvorschrift enthielt:

Article 15. „Le numéraire existant matériellement en caisse ne pourra pas être inférieur au tiers du montant des billets de banque cumulé avec celui des sommes dues par la Banque en comptes courants payables à vue.“

Ernest Pictet nennt das Deckungsverhältnis „un des points délicats de la théorie des banques“ und fragt weiter:

„Y a-t-il en effet avantage à fixer statutairement une proportion de cette nature? et, s'il y a convenance à le faire, qu'elle devra être cette proportion?“

In diesem Punkte weichen die verschiedenen Bankorganisationen am meisten von einander ab. So hat z. B. bei der Banque de France und bei der Bank of England der Kassenbestand, statutarisch gesprochen, mit dem Betrage der umlaufenden Noten nichts zu tun; hier muss jede Note, die eine bestimmte Minimalemission übersteigt, in bar gedeckt sein, dort lassen die Satzungen hinsichtlich der Höhe der Notenemission der Verwaltung vollkommen freie Hand, da die Zahlen, welche die Grenze für die absolute Summe ihrer Noten bezeichnen, nie eine eigentliche Bedeutung

für die Bank besassen, weil jedesmal dann, wenn man sich dieser Maximalsumme näherte, diese hinaufgesetzt wurde.

Die meisten schweizerischen Notenbanken, und zu ihnen gehört auch die Banque du Commerce, hatten dagegen statutarisch die sogenannte Dritteldeckung eingeführt, d. h. nur $^1/_3$ aller kurzfälligen Verbindlichkeiten musste in bar, der Rest aber in sicheren und leicht realisierbaren Werten angelegt sein. Im übrigen, meint Ernest Pictet, kümmere man sich sehr wenig um diese Spezialpunkte der Organisation einer Bank, deren Gläubiger man durch Annahme ihrer Noten werde; das Vertrauen des Publikums beruhe auf dem Kredite, d. h. auf dem guten Ruf der Verwaltung, der Art und dem Gang ihrer Geschäfte, sowie der Publizität ihrer Geschäftsführung und der sich daraus ergebenden Kontrolle. Über den Wert dieser Dritteldeckung ist man auch heute geteilter Meinung; so äussert sich neuerdings Georg Bernhard gelegentlich der Besprechung des Reichsbankausweises im „Plutus" 1907, No. 45, folgendermassen:

„Mit der Möglichkeit der Erreichung der Dritteldeckungsgrenze muss man in erregten Zeiten immerhin rechnen. Zweifellos würde die Lahmlegung der Zentralnotenbank im Falle einer Krisis die allgemeine Turbulenz nur noch vermehren, und das Ende vom Liede würde doch sein, dass man die betreffende Bestimmung des Bankgesetzes aufzuheben gezwungen wäre. Es fragt sich denn doch, ob man nicht bei Zeiten darangehen sollte, das Bankgesetz zu ändern und eine geringere Deckung vorzuschreiben, denn man ist sich heute doch wohl so ziemlich einig darüber, dass die vorgeschriebene Notendeckung in Wirklichkeit Sicherheit nicht zu geben vermag. In ruhigen Zeiten würden 10 % vollkommen genügen, in erregten Zeiten sind auch $33^1/_3$ % viel zu wenig."

Eine Beschränkung des Notenumlaufs war bei der 1848 gegründeten Banque de Genève dadurch gegeben, dass er nach den Statuten nie mehr als das Doppelte des Aktienkapitals betragen durfte; diese Bestimmung wurde durch das Gesetz von 1881 auf alle Banken ausgedehnt, im Gegensatz hierzu schrieb die 1852 eröffnete Bank in Glarus überhaupt kein bestimmtes Verhältnis vor. Eine einheitliche Regelung brachte das Bankgesetz von 1881 durch

Artikel 10:

Vierzig Prozent der jeweiligen Notenzirkulation einer Bank müssen stets durch einen Vorrat an Barschaft gedeckt sein, und

Artikel 11:

Als Bestandteile dieser Bardeckung sind zulässig:

a) Gold- und Silbermünzen gesetzlicher Währung, mit Ausschluss der Silberscheidemünzen;

b) Goldmünzen fremder Währung, die zum Umlaufe in der Schweiz tarifiert sind, so lange diese Tarifierung zu Recht besteht.

Für die restlichen 60 % bestimmte

Artikel 12:

Sechzig Prozent der Notenemission sollen gedeckt sein:

a) entweder durch Hinterlage von Wertschriften oder die Garantie desjenigen Kantons, auf dessen Gebiet die Anstalt ihren Hauptsitz hat;

b) oder durch den Bestand des Wechselportefeuilles, sofern die betreffende Anstalt sich dem in Art. 16 erwähnten beschränkten Geschäftsbetriebe unterzieht.

Es blieb den Notenbanken anheimgestellt, welchen Weg sie beschreiten wollten; für die Banque du Commerce kam nur die Verpfändung ihres Wechselportefeuills in Betracht. Infolgedessen galt für sie die Einschränkung der Geschäfte von

Artikel 16:

Den Emissionsbanken, welche weder Sicherheit durch Hinterlage von Wertschriften leisten, noch die Garantie eines Kantons beibringen, sind untersagt:

a) Gewährung von ungedecktem Kredit;

b) Kauf und Verkauf von Waren oder Wertpapieren für eigene oder fremde Rechnung auf Termin oder Gutsprache für die Erfüllung solcher Geschäfte;

c) Erwerb von Grundeigentum, sofern letzteres nicht zum eigenen Geschäftsbetrieb dient;

d) industrielle, gewerbliche und Handels-Unternehmungen und Gründungen, ausgenommen Handel mit edeln Metallen;

e) Versicherungsgeschäfte;

f) Aktien- und Anleihen-Emissionen mit Übernahmspflicht, ausgenommen für schweizerische Staats- und Gemeindeanleihen;

g) Beteiligung bei Firmen, welche solche untersagten Geschäfte betreiben.

Ausser der Banque du Commerce gehörten Ende 1906 die Bank in St. Gallen, die Bank in Basel und die Banque commerciale neuchâteloise dieser Gruppe der „Banken mit beschränktem Geschäftsbetriebe“ an.

Die Entwicklung der Notenzirkulation lässt sich an Hand von Tabelle No. 3 verfolgen.

Die bis zum Jahre 1855 aufsteigende Linie zeigt, dass der Gebrauch der Noten mehr und mehr Anklang beim Publikum fand. Ganz besonders stark wuchs der Notenumlauf 1848, wofür der Bericht die wenig durchsichtige Erklärung gibt: „due sans doute en partie à la stagnation des affaires et au peu de mouvement des capitaux." Der ganze Notenvorrat wurde ausgegeben; dennoch wartete man mit der Herstellung neuer Noten günstigere Zeiten ab, da gegenwärtig die nutzbringende Anlagemöglichkeit für die verfügbaren Gelder sehr gering war. Die grosse Nachfrage nach 100 Fr.-Noten, von denen 1849 bei einer Emission von 1,5 Millionen Franken für 1,4 Millionen Franken = $^3/_4$ der Gesamtnotenzirkulation in Umlauf waren, veranlasste die Anfertigung weiterer Fr. 1,000,000. —

Notenzirkulation (in 1000 Franken). *No. 3.*

Jahr	Maximum			Minimum			Durchschnitt
	Tag		Betrag	Tag		Betrag	
			Fr.			Fr.	Fr.
1846	Dezember	31.	797	—	—	—	—
1847	„	28.	945	—	—	—	793
1848	August	16.	2,472	—	—	—	2,308 } nur
1849	November	13.	2,258	Juni	30.	1,493	1,910 } II. Sem.
1850	Juli	3.	2,192	Dezember	6.	1,744	1,993
1851	Dezember	29.	2,240	April	21.	1,629	1,817
1852	„	28.	2,430	Mai	10.	1,615	1,910
1853	„	27.	2,807	November	20.	1,993	2,246
1854	Januar	11.	2,763	„	17.	2,038	2,263
1855	Dezember	29.	2,752	Dezember	3.	1,895	2,309
1856	Januar	9.	2,671	März	17.	1,813	2,164
1857	„	14.	2,609	Mai	12.	1,642	1,932
1858	Dezember	31.	2,187	Juni	21.	1,628	1,917
1859	April	9.	2,359	September	23.	1,490	1,804
1860	Januar	4.	2,139	August	28.	1,348	1,584
1861	„	4.	1,850	Juni	26.	1,175	1,438
1862	Juli	30.	1,848	März	19.	1,121	1,470
1863	Dezember	30.	1,883	„	26.	1,261	1,498
1864	Februar	3.	1,939	Juni	21.	1,107	1,392
1865	Juni	—	1,798	Dezember	—	1,173	1,401
1866	August	—	2,420	März	—	1,238	1,735
1867	Februar	—	2,157	„		1,394	1,752
1868	April	—	2,209	September	—	1,314	1,698
1869	Januar	—	2,466	Juni	—	1,500	1,837
1870	Dezember	—	3,195	„	—	1,409	2,108
1871	Juli	—	4,232	September	—	2,739	3,402
1872	Dezember	—	5,729	Mai	—	2,625	3,612

Jahr	Maximum			Minimum			Durchschnitt
	Tag		Betrag	Tag		Betrag	
			Fr.			Fr.	Fr.
1873	Dezember	—	9,374	Februar	—	5,146	6,535
1874	"	—	13,164	März	—	7,049	9,686
1875	"	—	13,750	"	—	9,825	11,507
1876	"	—	14,812	Juni	—	10,767	12,685
1877	Januar	—	14,465	"	—	10,054	11,625
1878	"	—	12,732	September	—	10,171	11,150
1879	Dezember	—	13,328	März	—	9,294	10,879
1880	"	—	16,214	Februar	—	10,766	12,257
1881	November	—	17,382	Mai	—	12,008	14,074
1882	Dezember	—	17,869	Juni	—	13,188	14,752
1883	"	—	18,713	Februar	—	14,144	15,973
1884	"	30.	19,847	März	21.	13,111	15,091
1885	"	30.	19,813	Juni	19.	14,559	16,472
1886	November	9.	19,976	März	26.	14,795	16,800
1887	Dezember	30.	19,956	September	22.	16,073	18,268
1888	Januar	4.	19,931	August	27.	14,087	16,447
1889	Dezember	3.	19,962	März	27.	15,420	17,602
1890	November	7.	19,919	Juni	23.	16,061	17,718
1891	Dezember	30.	21,005	"	13.	15,108	17,199
1892	"	30.	22,635	März	29.	14,950	18,372
1893	November	14.	23,055	August	28.	17,793	20,518
1894	Dezember	29.	23,872	"	24.	19,919	21,216
1895	November	22.	23,889	März	22.	20,941	23,169
1896	"	12.	23,709	"	18.	20,949	22,957
1897	Januar	5.	23,719	April	24.	18,588	21,113
1898	Dezember	30.	23,626	August	27.	12,942	17,208
1899	"	30.	23,904	März	22.	20,812	22,611
1900	"	29.	23,903	"	16.	17,573	21,608
1901	Januar	2.	23,775	"	26.	20,118	21,827
1902	November	6.	23,929	April	11.	21,110	22,547
1903	Dezember	30.	23,762	Mai	20.	21,738	22,350
1904	"	30.	23,825	"	21.	22,045	22,930
1905	August	31.	23,865	März	23.	22,438	23,248
1906	Dezember	29.	23,916	"	21.	22,271	23,184

dieser Abschnitte. Um Verwechslungen vorzubeugen, wurden bei dem Neudruck die 100er-Noten auf gelbem, die 500er-Noten auf blauem Papier hergestellt.

Mitte der 50er Jahre machte sich eine starke Abnahme der umlaufenden Noten bemerkbar. Der Grund hiefür war einmal die zunehmende Konkurrenz anderer Notenbanken, dann aber und vor allem das infolge der grossen Goldfunde Ende der 40er Jahre in Kalifornien und 1850 in Australien immer stärker werdende Auftreten von Goldmünzen. Um gegen letztere anzukämpfen, suchte man beim Staatsrate die Erlaubnis zur Ausgabe kleinerer Abschnitte über Fr. 20. — und Fr. 50. — nach, wie sie

bereits der Banque de Genève und der Banque Générale Suisse erteilt worden war. Allein diese Ermächtigung wurde verweigert.

Beunruhigt durch das stete Fallen der Zirkulation ersuchte der Verwaltungsrat die Aktionäre, doch auch ihrerseits mit allen Kräften für Ausdehnung des Notenumlaufs einzutreten. Alles war ohne Erfolg; fortwährende Abnahme bis zum Jahre 1865, wo der Durchschnitt 1,4 Millionen betrug. Umsonst wies Ernest Pictet darauf hin, dass die Schweiz das $3^1/_2$-, ja das 4-fache an Noten aufnehmen könne, musste er doch selbst zugeben: „L'utilité directe des billets de banque est peut-être moins palpable depuis que l'or est venu prendre la place des écus de cinq francs dans la plupart des transactions."

Über die Verteilung der in Umlauf befindlichen Noten Ende 1864 auf die verschiedenen Abschnitte gibt nachstehende Zusammenstellung Aufschluss.

Es waren ausgegeben seit Gründung der Bank:

5 Serien von 250 Noten à Fr. 1000. —	=	Fr. 1,250,000. —
12 „ „ 250 „ à „ 500. —	=	„ 1,500,000. —
92 „ „ 500 „ à „ 100. —	=	„ 4,600,000. —
Zusammen		Fr. 7,350,000. —

Aus dem Verkehr wurden gezogen, weil zerrissen oder beschmutzt:

640 Noten à Fr. 1000. —	=	Fr. 640,000. —	
2214 „ à „ 500. —	=	„ 1,107,000. —	
27530 „ à „ 100. —	=	„ 2,753,000. —	„ 4,500,000. —
Es blieben daher in Umlauf			Fr. 2,850,000. —

und zwar:

610	à Fr. 1000. —
786	à „ 500. —
18,470	à „ 100. —

Vergeblich waren zunächst alle Bemühungen, durch eine Vereinbarung mit den anderen Emissionsbanken über den kostenlosen gegenseitigen Austausch der Noten, ihre Zirkulation im Innern der Schweiz zu erhöhen; die Kantonalbanken in Bern und Lausanne wollten hiervon nichts wissen; umsonst waren auch die Hinweise darauf, dass es im eigensten Interesse der Kaufmannschaft läge, sich an Stelle des Hartgeldes der Noten zu bedienen, da alle der Bank eingezahlten Beträge zur Ausdehnung des Diskontgeschäftes benutzt werden könnten. Dennoch verlor die Bank den Mut nicht und beharrte trotz der vielen Misserfolge auf dem eingeschlagenen Wege, der endlich doch zu einem Einvernehmen der Banken führen musste:

„Nous sommes sûrs que notre direction arrivera peu à peu à convaincre nos confédérés de la nécessité d'établir un système général d'entente entre les Banques des différents cantons.“ (Bericht vom 2. Februar 1861, S. 12.)

Und diese Hoffnung sollte in Erfüllung gehen. Am 1. September 1862 erbot sich die Kantonalbank von Bern zur kostenlosen Einlösung der Genfer Noten. Dieses Anerbieten, welches von Bern aus auch den anderen Banken unterbreitet wurde, fand fast überall günstige Aufnahme und bedeutete den ersten Schritt auf dem Wege einer allgemeinen kostenlosen Notenzirkulation im ganzen Umfange der Eidgenossenschaft. Durch den am 1. Januar 1866 erfolgten Beitritt der Banken in Basel, Zürich und St. Gallen kam man dem Ziele ein grosses Stück näher. Von der Banque du Commerce wurde mit diesen drei Banken ausserdem noch vereinbart:

1. die Ausstellung von Mandaten für jeden Betrag über Fr. 500. — unter Berechnung von 1/2 ‰ Kommission, die später auf 1/4 ‰ ermässigt wurde;

2. Diskontierung von Wechseln auf Basel, Zürich, St. Gallen und Winterthur, wo die Bank in Zürich eine Filiale unterhielt;

3. Einziehung von Wechseln auf vorgenannte Plätze gegen eine Gebühr von 1/2 ‰.

Die Vorteile dieses Abkommens lagen auf der Hand und sollten schon im nächsten Jahre in die Erscheinung treten. Abgesehen von der Belebung des Diskont- und Inkassogeschäftes (der Umsatz mit den drei Banken betrug 1866 14 Millionen) stieg der durchschnittliche Notenumlauf um Fr. 300,000. — Unter diesen Umständen war eine Neuausgabe von Noten erforderlich. Besonders schnell verbraucht waren die Abschnitte über Fr. 100. —, da sie öfter ihren Besitzer wechselten als die grösseren Noten. Ende 1872 wurde eine Maximal-Zirkulation von zirka 6 Millionen erreicht. Die Ursache dieser starken Steigerung war die von der Bank Ende Oktober eingeführte Änderung im Zahlungsmodus. Infolge des schon längere Zeit sich bemerkbar machenden Aufgeldes auf Napoléons d'or wurde nämlich der Beschluss gefasst, nicht mehr in Gold, sondern nur noch in Fünffrankentalern zu zahlen. Des weiteren wurde eine erste Emission von 50 Fr.-Noten, zu der die Bank laut abgeändertem Statut von 1865 ermächtigt war, vorgenommen, mit dem Erfolge, dass die ganze Serie von 24,000 Stück sofort vergriffen war.

Im Jahre 1874 liess man für $5^1/_2$ Millionen Franken neue Noten anfertigen:

„Nous n'estimons pas qu'un établissement de la nature du nôtre puisse se refuser à satisfaire aux besoins légitimes que le public a de ses billets.“ (Bericht vom 8. Februar 1875, S. 17.)

Abgenutzte, beschmutzte oder zerrissene Noten wurden stets rechtzeitig aus dem Verkehr gezogen. So fielen 1878 16,614 Noten im Betrage von Fr. 1,400,000. — der Vernichtung durch Feuer anheim. Neu ausgegeben wurden im gleichen Jahre 16,000 Noten à Fr. 100. — und 10,000 à Fr. 50. — auf besonders starkem Papier mit deutlichem Druck. Der Gesamtbetrag der Emission stieg damit auf Fr. 16,500,000. — Trotzdem sah sich die Bank schon bald nachher gezwungen, „à suspendre ses paiements . . . . en billets et les continuer en écus seulement“ (Bericht vom 14. Februar 1881, S. 13), zum grossen Verdruss der Kundschaft. Die stets wachsende Nachfrage erheischte eine weitere Erhöhung auf Fr. 19,700,000.—, und die Bank wäre selbst über diesen Betrag noch hinausgegangen, wenn nicht das Gesetz von 1881 mit seinen neuen Bestimmungen vor der Türe gestanden hätte.

Mit der Herstellung der kraft Art. 18 dieses Gesetzes anzufertigenden Noten wurden das Londoner Haus Saunders, welches auch das Papier für die alten Noten der Banque du Commerce mit dem genferischen Wappen stets lieferte, und die Firma Bradbury Wilkinson & Co., London, betraut. Der innere textliche Teil der Noten, für die einzelnen Banken nach Firma und Unterschrift verschieden, gelangte durch das typographische Institut Stämpfli in Bern zur Ausführung.

Die erste Sendung dieser neuen Noten, welche sowohl in künstlerischer Hinsicht als auch vom Standpunkte der Sicherheit gegen Fälschung betrachtet, allen Anforderungen entsprachen, traf im September 1883 in Höhe von Fr. 300,000. — ein und diente zur Abrundung der Emission auf 20 Millionen oder 15 % der Gesamtemission von 134 Millionen. Mit diesem Betrage marschierte die Banque du Commerce an der Spitze sämtlicher Banken; es folgten die Kantonalbank Zürich mit 15 und die Bank in Basel mit 12 Millionen.

In dem Masse, wie neue Noten eintrafen, wurden alte dem Verkehr entzogen und vernichtet. Ein über diesen Vorgang aufgenommenes notarielles Protokoll ging jedesmal zur Entlastung an das Eidgenössische Finanzdepartement.

Von diesen 1883 ausgegebenen Noten wurden zwecks Annullierung nach Bern gesandt:

Jahr	Stück	Betrag
		Fr.
1888	1,934	155,200. —
1889	14,059	1,047,800. —
1890	21,948	2,103,000. —
1891	20,650	1,700,000. —
1892	45,300	4,100,000. —
1893	29,000	2,850,000. —

Die der Bank durch Einführung der neuen Formulare entstandenen Kosten beliefen sich auf:

Fr. 12,500. — für Genfer-Stempel;
„ 25,860. — „ Kosten der 215,000 Formulare à 12 Cts.;
„ 5,640. — „ verschiedene Auslagen;
zusammen Fr. 44,000. —

Gemäss den gesetzlichen Vorschriften wurde der Gegenwert der am 31. Januar 1886 noch in Umlauf befindlichen „alten" Noten im Betrage von Fr. 265,750. — der Bundeskasse überwiesen, welche die nachträgliche Einlösung noch während eines Zeitraumes von 30 Jahren, vom Datum des obengenannten Termins an gerechnet, übernimmt. Ist diese Frist abgelaufen, so verfällt der Gegenwert der nicht präsentierten Noten zugunsten des schweizerischen Invalidenfonds.

Nach Mitteilung des Inspektorats der Emissionsbanken vom 1. Juli 1907 figurierte auf dem Ausstandsverzeichnis der Banque du Commerce der Betrag von Fr. 98,000. —, nämlich:

704 Stück . . . . à Fr. 50. — ;
493 „ . . . . à „ 100. — ;
15 „ . . . . à „ 500. — ;
6 „ . . . . à „ 1000. —.

Selbstverständlich wird sich obiger Betrag bis zum Jahre 1916, mit welchem Zeitpunkt die 30-jährige Einlösungsfrist abläuft, noch vermindern.

Die sich Mitte der 80er Jahre bemerkbar machende starke Steigerung des durchschnittlichen Jahresumlaufs der Noten wird auf Zunahme der Zirkulation ausserhalb des Kantons zurückgeführt, erblickte man doch den

Hauptvorteil der neuen Formulare darin, dass nunmehr das Publikum in der Annahme der Noten verschiedener Banken keinen Unterschied mehr machen würde.

Das Jahr 1886 brachte ungeachtet aller Bemühungen vonseiten der Bank die kantonale Banknotensteuer von 3 ‰, die eine Schmälerung der Dividende um Fr. 6. — per Aktie bedeutete. Zum ersten Male machte sich im gleichen Jahre, nicht nur in Genf, sondern in der ganzen Schweiz, die der Notenemission gezogene gesetzliche Schranke empfindlich bemerkbar. Waren doch im Monat Dezember nicht weniger als 99 % der bewilligten Notenemission in Umlauf. Die gleiche Knappheit trat im folgenden Jahre in die Erscheinung; zu wiederholten Malen sah sich die Bank gezwungen, aus Mangel an Noten in 5 Fr.-Stücken zu zahlen.

Unter diesen Umständen nimmt es nicht Wunder, wenn von verschiedenen Seiten der Wunsch nach einer Revision des Bankgesetzes laut wurde.

Der Bericht über das Jahr 1889 enthält dieselben Klagen: Gold läuft mit Agio um und fliesst nach dem Ausland ab, das Hauptzahlungs-Instrument, die Note, fehlt; die Gesetzesrevision kommt nicht zustande.

Nun hätte ja die Bank ihr Kontingent durch Kapitalerhöhung vergrössern können, allein hierzu war sie nicht geneigt, denn:

„Les billets de banque concordataires, depuis la nouvelle loi et par le fait de leur uniformité extérieure, tendent de plus en plus à se mélanger et à circuler indifféremment dans toute la Suisse, sans qu'il soit tenu compte par le public de la Banque émettante. L'augmentation de notre émission ne produirait par conséquent son effet que sur l'ensemble de la circulation de toutes les Banques. Le canton de Genève n'en aurait pas le bénéfice direct et complet, mais seulement sa part aliquote.“ (Bericht vom 24. Februar 1890, S. 7.)

Ausserdem würde die Verzinsung des neuen Kapitals infolge des wenig pulsierenden wirtschaftlichen Lebens nur gering sein.

Die erwähnte Revisionsbewegung scheiterte an der Annahme der Motion Keller, welche den Bundesrat einlud, den Art. 39 der Verfassung dahin zu ändern, dass der Bund das Banknotenmonopol einer zu schaffenden Zentralbank übertragen solle. Diese Verfassungsänderung wurde vom Volke gutgeheissen. Da aber die Verwirklichung dieser Idee noch in weiter Ferne lag, ausserdem das Jahr 1890 wieder das Ungenügende der gegenwärtigen Notenemission dartat, so wurde durch Erhöhung des Aktienkapitals um Fr. 2,000,000. — das Notenemissionsrecht auf 24 Millionen gebracht. Jetzt war die Bank in der Lage, die Notennachfrage ganz befriedigen

zu können, allein „cet accroissement de circulation ne correspond point à une augmentation d'affaires"; daneben stiegen die Unkosten bedeutend, so von 1891 auf 1892 allein die Noten-Herstellungskosten von Fr. 7500. — auf Fr. 12,400. — 1894 erreichte das Maximum der Zirkulation die bewilligte Emission. Um diese zu vergrössern, hätte es wieder der Neubeschaffung eigener Mittel bedurft, hieran war jedoch in Anbetracht des Mangels an Diskontmaterial und wegen der Ungewissheit über die Zukunft der Emissionsbanken nicht zu denken. Um aber die im Verkehr fehlenden Noten durch ein bequemes Zahlungsmittel zu ersetzen, liess die Direktion gegen Fünffrankentaler von Lyon für einen Betrag von mehr als Fr. 1,200,000 Gold kommen, wodurch vorübergehend eine fühlbare Erleichterung des lokalen Marktes erreicht wurde. Es zeigte sich also von neuem, dass die starre gesetzliche Grenze dauernd einem Mangel an bequemen Zahlungsmitteln gleichkam, und das Publikum sich wieder als Ersatz für das fehlende Gold an den Gebrauch der Silbertaler gewöhnen musste.

Eine ganz besonders schwierige Lage entstand für die Bank durch die Silberdrainage, von der später ausführlich die Rede sein soll. Um sich den ihre Existenz gefährdenden Einflüssen zu entziehen, versuchte die Verwaltung, den Notenumlauf einzuschränken, der 1898 bis auf ca. 13 Millionen reduziert war. Die gewünschte Wirkung blieb aus; zwar wurden nur

Fr. 7,665,000. — eigene Noten eingelöst, hiezu kamen aber noch für
„ 29,206,000. — fremde Noten, welche die Bank von Gesetzeswegen

nach Ablauf von drei Tagen ebenfalls in bar bezahlen musste. Da von Genf aus weit mehr Mandate auf die übrigen Plätze, namentlich Zürich und Basel, ausgestellt wurden, als umgekehrt, die Notensendungen sich daher zum grössten Teil mit Mandat-Trassierungen kompensierten, so konnten nur geringe Beträge baren Geldes von den übrigen Banken zur Einlösung ihrer Noten herangezogen werden. Hinzu kam, dass der durch die Notenreduktion der Banque du Commerce herbeigeführte Ausfall durch eine gesteigerte Notenausgabe der anderen Banken mehr als ausgeglichen wurde, übertraf doch die Gesamtzirkulation der Schweiz mit 194 Millionen die des Vorjahres um 9 Millionen. Wenn somit auch die eigentliche Absicht gescheitert war, so hatte doch die Bank durch ihre Massnahmen eine Abnahme der Bundes- und kantonalen Notensteuer um Fr. 9000. — erreicht.

Dass die Emission der Notenbanken nicht immer dem wirklichen Bedarf angepasst war, dafür einige Bemerkungen des „Bulletin Commercial" von 1903, S. 72:

„Cette augmentation des moyens fiduciaires n'a pas été occasionnée

seulement par les besoins naturels et réels du commerce; elle est due en bonne partie à une pratique qui consiste à profiter autant que faire se peut et sous toutes les formes du crédit bon marché qu'offre le billet de banque. La Suisse souffre d'une trop grande abondance de billets trop faiblement couverts."

Im Gegensatz hierzu sagt der Bericht des Komitees der schweizerischen Emissionsbanken vom 11. Juni 1904, S. 4:

„Wir können die Ansicht nicht teilen, dass die Gesamtnotenemission zu gross sei für die Bedürfnisse der grossen Zahlungsepochen, in denen es sich herausstellt, dass unsere industriellen Zentren, der ausgedehnte Kleinhandel und die Landwirtschaft zur Abwicklung ihrer Verbindlichkeiten und zur Zahlung von Löhnen etc. grosse Mengen Noten bedürfen, besonders solange Silber unsere hauptsächlichste Münze bleibt, und das Gold nur sporadisch bei niedrigem französischem Wechselkurs in den Verkehr dringt. Dagegen können wir der Behauptung nicht widersprechen, dass durch eine unkorrekte Verwendung der Banknote die Valuta des Landes schwer geschädigt werden kann."

Gemeint ist das, worauf das „Bulletin Commercial" hinweist, wenn es sagt, dass die schweizerischen Notenbanken sehr oft ihre Noten gebrauchen, um recht viele Geschäfte zu machen; l'idée du gain stehe im Vordergrund, so dass in ruhigen Zeiten bei fehlendem Diskontmaterial sie anderswo Verwendung für ihre Noten suchen, anstatt sie als Reserve für die grössere Nachfrage vom Martinstage an bis zum Jahresschluss aufzuheben.

Dass hier Abhilfe not tat, sahen auch die Konkordatsbanken ein; daher wurde 1901 in der Generalversammlung in Basel folgende Vereinbarung über die

Regulierung der Notenzirkulation

getroffen:

§ 77. Das Komitee ist befugt, sobald die allgemeine Lage des Geldmarktes es erheischt, und die Summe der Noten in den Kassen der Emissionsbanken stark anwächst, eine Beschränkung der gesamten Notenzirkulation anzuordnen.

§ 78. Eine einmalige Beschränkung darf 5% der bewilligten Emissionssumme nicht übersteigen. Eine weitere Beschränkung ist vor Ablauf von vier Wochen vom Datum der vorhergehenden nicht zulässig.

§ 79. Das Komitee setzt innerhalb der in § 78 gezogenen Grenze die aus der Zirkulation zurückzuziehende Summe in Prozenten der bewilligten Gesamtemission fest.

Die Beschränkung darf im ganzen 10 % der bewilligten Emissionssumme nicht übersteigen. Wenn ausserordentliche Verhältnisse eine weitere Beschränkung wünschbar machen, so kann eine solche von den Banken auf Antrag des Komitees durch Abstimmung auf dem Zirkularwege beschlossen werden. Zu einem gültigen Beschlusse bedarf es einer Mehrheit der Banken, welche mindestens 60 % der Gesamt-Emissionssumme repräsentiert.

§ 80. Die Banken sind verpflichtet, sofern sie die ihnen bewilligte Notenemission nicht schon durch Ablieferung von eigenen Noten an das Inspektorat der Schweizerischen Emissionsbanken um den beschlossenen Betrag reduziert haben, die auf ihre Emission entfallenden Quoten in eigenen Noten oder in Noten anderer Emissionsbanken jeweilen binnen längstens 14 Tagen nach erfolgter Aufforderung franko an das Inspektorat abzuliefern.

§ 81. Über die also an das Inspektorat der Schweizerischen Emissionsbanken abgelieferten Noten darf nur nach Massgabe der Beschlüsse des Komitees verfügt werden.

§ 82. Sobald die Lage des Geldmarktes eine Vermehrung der Notenzirkulation gerechtfertigt erscheinen lässt, beschliesst das Komitee, in welchem Umfange und auf welchen Zeitpunkt die Notenreserve wieder frei zu geben ist.

§ 83. In Vollziehung eines solchen Beschlusses stellt das Inspektorat der Emissionsbanken den Banken ihre Quoten wieder zur Verfügung. Das Inspektorat ist nicht verpflichtet, den Emissionsbanken dieselben Noten anderer Banken, welche sie seiner Zeit abgeliefert haben, wieder zur Verfügung zu stellen.

§ 84. Die Beschlüsse des Komitees betreffend Beschränkung bezw. Vermehrung der Notenzirkulation bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Zustimmung von wenigstens vier Stimmen, die zusammen mindestens 60 % der Emissionssumme vertreten, welche den dem Komitee angehörenden sieben Banken bezw. Plätzen bewilligt ist.

Dank dieser strengen Notenumlaufs-Regulierung wurde erreicht, dass an den Hauptzahlungsterminen, Martini und Jahresschluss, stets genügend Noten zur Verfügung waren.

Von der Befugnis, in geschäftsstillen Zeiten, wenn die Noten in die Kassen zurückfliessen, einen Teil derselben in Reserve zu stellen, hat das Komitee je nachdem einen beschränkteren oder ausgedehnteren Gebrauch gemacht. So wurden laut Bericht des Komitees über das Jahr 1903 von der Notenemission

eingefordert auf den	24. Januar:	die ersten	5 %
„ „ „	7. März:	weitere	5 %
freigegeben am	23. April:		5 %
wieder eingefordert auf den	23. Mai:		5 %
freigegeben am	22. Juni:		5 %
wieder eingefordert auf den	25. Juli:		5 %
freigegeben am	18. September:		5 %
„ „	26. Oktober:		2½ %
„ „	6. November:	die letzten	2½ %

Demnach war die Notenausgabe bei einer Gesamt-Emissionssumme von Fr. 240,000,000. —

während 131 Tagen eingeschränkt um 10 %
„ 140 „ „ „ 5 %
„ 10 „ „ „ 2½ %
„ 79 „ für die Bank ganz verfügbar.

Die Notenausgabe war eingeschränkt:

1904: 89 Tage: 7½ %
174 „ 5 %
7 „ 2½ %
90 „ gänzlich frei

1905: 86 Tage: 5 %
126 „ 2½ %
153 „ gänzlich frei

1906: 42 Tage: 5 %
163 „ 2½ %
160 „ gänzlich frei.

Gygax sieht mit Nationalrat Hirter die Ursache der hohen Notenemission in der Dezentralisation der Banken:

„Gerade wegen der Vielheit der Banken muss viel mehr Geld in Zirkulation sein, indem jedes Mal Ende oder Mitte eines Monats, wenn grosse Zahlungen zu machen sind, das Geld zur Ausgleichung hin und her geschickt werden muss, infolge dessen bedeutende Ansprüche an die Zirkulation gestellt werden, während, wenn ein einheitliches Institut mit Zweigniederlassungen auf den verschiedenen Plätzen existieren würde, sich dieser Ausgleich auf dem Wege der Überschreibung im Giroverkehr bewirken liesse.“ (Kritische Betrachtungen, S. 60.)

Zur Beseitigung der Misstände wurde von verschiedenen Seiten eine Ausgestaltung des Giro- und Abrechnungsverkehrs sowie des Scheckwesens vorgeschlagen. So schreibt auch der Bericht der Bank 1899, vom 12. Februar 1900, S. 14:

„Les chèques en particulier devraient tenir une plus grande place dans nos habitudes journalières de paiements."

Zu diesem Zwecke wird die Abschaffung des Scheckstempels von 10 Cts. empfohlen. Ausserdem erliess die Bank am 23. Dezember 1901 nachstehendes Zirkular, welches die Gründung einer Abrechnungsstelle für Schecks dem Publikum mitteilte und zum weitgehendsten Gebrauch dieser neuen Einrichtung einlud.

BANQUE DU COMMERCE

COMPENSATION DE CHÈQUES

GENÈVE, le 23 décembre 1901.

M

Dans la réunion qui a eu lieu le 15 avril pour examiner les voies et moyens à employer pour vulgariser dans notre canton *l'usage du Chèque*, il a été reconnu qu'il était nécessaire d'organiser une compensation facile et rapide de tous les chèques de la place.

Pour répondre à ce désir, et afin de faciliter en ce qui la concerne le plus possible l'emploi du chèque, la Banque du Commerce s'est décidée à créer dans ses bureaux un service gratuit de *compensation de chèques* pour toutes les maisons qui ont un compte à la Banque.

En outre des comptes déjà ouverts, la Banque du Commerce acceptera dans ce but l'ouverture de „*Comptes de compensation*", principalement avec les maisons de commerce, sous la seule restriction que ce compte sera toujours créancier.

Le service de compensation fonctionnera de la façon suivante *à partir du 1er janvier 1902:*

Les titulaires de comptes remettront *chaque matin avant 10 heures*, accompagnés d'un bordereau détaillé, *acquittés* et *revêtus de la mention „à encaisser par la Banque du Commerce"*, les chèques qu'ils ont à faire encaisser.

La Banque en opérera immédiatement le groupement, et après y avoir, au moyen d'une griffe, apposé la mention „Compensation", elle les fera présenter aux maisons sur lesquelles ils ont été émis.

Chaque maison recevra en même temps un bordereau, sur lequel seront inscrits, à gauche en détail les chèques qu'elle a à payer, à droite la somme totale des chèques de son versement du matin, la différence entre ces deux sommes étant à payer ou à recevoir.

La somme à payer devra être remise à la Banque avant 2 heures en un „bon de virement".

La somme à recevoir sera portée d'office au crédit de chaque compte le jour même à partir de 3 heures.

Les chèques qui ne seront pas en règle devront être immédiatement retournés à la Banque.

La Banque les rendra à son tour contre un bon de virement, aux maisons qui les auront présentés à l'encaissement.

Agréez, M , nos salutations empressées.

BANQUE DU COMMERCE.

Weil diese Einrichtung aber noch nicht „à la mode“ war und daher nicht die genügende Beachtung fand, so wies die Bank durch Rundschreiben vom 16. Mai 1904 nochmals darauf hin, indem sie u. a. ausführte:

„En se développant sur notre place, comme il s'est développé ailleurs, le chèque contribuera à réduire au strict nécessaire la circulation du numéraire et des billets de banque, et tout en rendant service à l'intérêt général, il procurera à chacun de sérieux avantages au double point de vue de la sécurité des paiements et d'une meilleure utilisation des fonds disponibles.

Nous vous rappelons à cette occasion, que la loi cantonale du 9 mars 1901 a affranchi du timbre tout chèque créé ou payable dans le canton.

Si malgré cela l'usage du chèque ne s'est pas davantage répandu à Genève, cela provient sans doute en partie de ce que l'on n'a pas encore suffisamment compris les avantages que présente ce moyen de paiement et de compensation.

Il serait désirable que les maisons qui délivrent des carnets de chèques voulussent bien attirer l'attention de leur clientèle sur ces avantages.

Le particulier devrait utiliser constamment son carnet de chèques pour payer ses fournisseurs.

Le négociant, ou en général tout homme d'affaires, qui reçoit des chèques en paiement devrait, au lieu d'aller les encaisser directement, les verser au crédit de son compte chez son banquier, ou bien les confier, pour la compensation, à la Banque du Commerce qui s'en charge gratuitement.

Alors seulement le chèque aura réellement atteint son but.

Die Bestrebungen der Bank, dem Mangel an Zahlungsmitteln durch Ausgestaltung des Scheck- und Giroverkehrs, die ja gerade in neuester Zeit wieder stärker gefordert wird, entgegenzuarbeiten, fand von fachmännischer Seite lebhafte Anerkennung. So schreibt z. B. das „Bulletin Commercial“ 1904, S. 173:

„En organisant un système de compensation des comptes par le moyen du chèque, et en réduisant ainsi la circulation du numéraire la Banque du Commerce fait œuvre vraiment utile.“

In welcher Weise sich der Abrechnungsverkehr beim Publikum allmählich einbürgerte, zeigen nachstehende Zahlen:

Jahr	Ein-reichungen	Zahl der Schecks	Zahl der Firmen	Betrag
				Fr.
1902	269	2,754	8	13,504,950. —
1903	959	6,046	60	31,598,665. —
1904	1,382	9,441	63	46,610,235. —
1905	1,468	10,651	59	63,691,695. —
1906	1,762	13,334	67	86,542,000. —

Doch zurück zur Notenzirkulation. Bei einer Würdigung der in der Tabelle von 1902 ab aufgeführten Zahlen der durchschnittlichen Zirkulation muss vor allen Dingen auf die Konkordatsbestimmungen über gemeinsame Festsetzung des Diskontsatzes hingewiesen werden, deren eingehende Erörterung den späteren Abschnitten über Diskontpolitik und Konkordate vorbehalten ist.

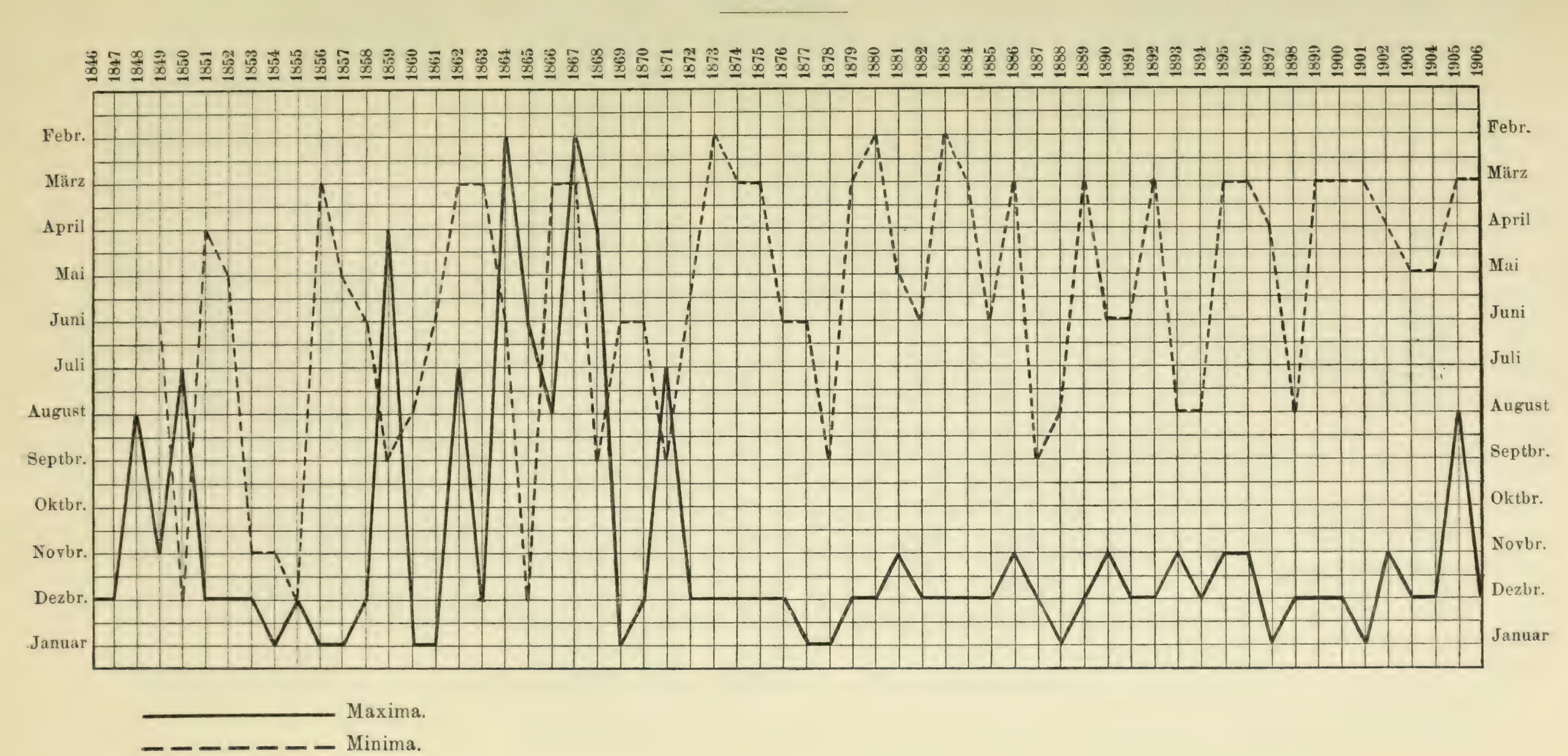
Wie die Bank den gesetzlichen Vorschriften über Notenzirkulation und Barvorrat entsprach, möge Tabelle 4 dartun. Der Barvorrat selbst bestand in den letzten Jahren fast ausschliesslich aus Gold.

Notenzirkulation und Barvorrat *No. 4.*

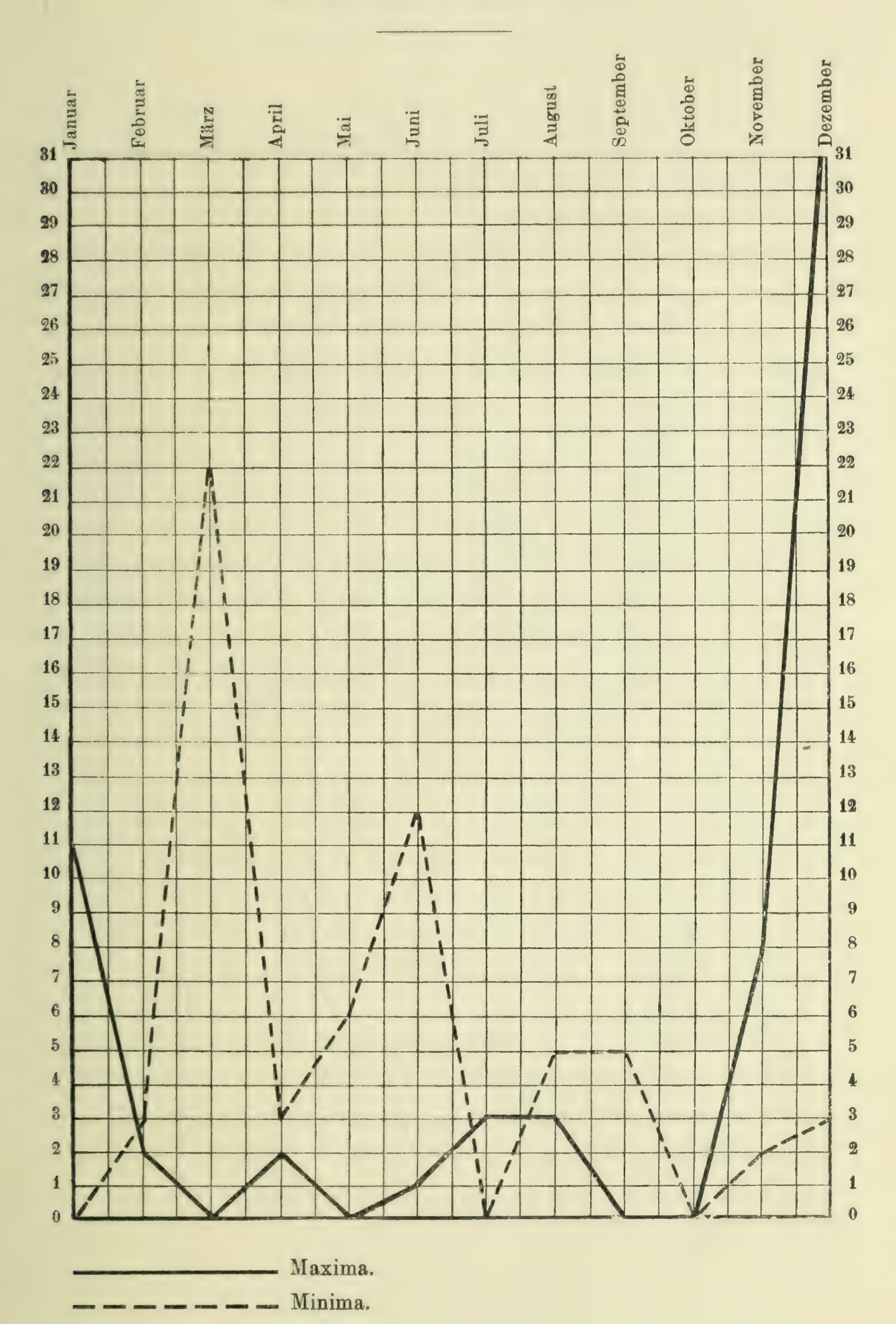
aufgestellt nach Massgabe der Wochensituationen vom Inspektorat der schweizerischen Emissionsbanken.

	Jahres-Durchschnitt der ausgewiesenen Zirkulation in 1000 Franken	Jahres-Durchschnitt des Barvorrates in 1000 Franken	Verhältnis in % zwischen Barvorrat und ausgewiesener Zirkulation	Rang-Ord-nung
	Fr.	Fr.		
10-jähriger Durchschnitt 1881—1890	16,338	7,793	47,7	25
10-jähriger Durchschnitt 1891—1900	20,595	9,590	46,6	28
1901	21,846	10,391	47,6	31
1902	22,546	10,005	44,4	33
1903	22,355	10,099	45,2	33
1904	22,886	10,260	44,8	32
1905	23,254	10,400	44,7	28
1906	23,196	10,671	46,0	24

Verteilung der Maxima und Minima der Notenzirkulation in den einzelnen Jahren.



Verteilung der Maxima und Minima der Notenzirkulation auf die einzelnen Monate.



Aus den vorstehenden graphischen Darstellungen ist ersichtlich, dass das Maximum des Umlaufs in der Regel mit der Jahreswende zusammenfällt; im Laufe des ersten Quartals fliessen die Noten allmählich wieder zurück, so dass die Zirkulation Ende März gewöhnlich den tiefsten Stand erreicht.

Während bis zum Jahre 1872 auch Ende Juni zuweilen eine Höchstumlaufsziffer aufweist, tritt seither deutlich eine Verschiebung auf den Schluss des Jahres hervor.

Kapitel 9. Fremde Guthaben.

Neben Aktienkapital, Reserven und Noten bilden die fremden Guthaben einen wichtigen Bestandteil der Betriebsmittel. Sie sind entweder verzinslich oder unverzinslich. Über die Bedeutung, welche diesen beiden Kategorien bei einer Notenbank zukommt, äussert sich der schon mehrfach zitierte Ernest Pictet wie folgt (a. a. O., S. 5/6):

> „Les dépôts avec intérêts ne jouent qu'un rôle secondaire dans l'organisation d'une Banque de Circulation. C'est, au contraire, en vue des dépôts sans intérêts que les premières banques se sont sans doute créées. Les négociants ont très-vite compris, dans les places d'une certaine importance commerciale, qu'il leur convenait de concentrer, dans un établissement digne de toute confiance, les sommes momentanément disponibles, qu'ils auraient été forcés, sans cela, de conserver chez eux, non seulement improductives, mais encore exposées à des risques auxquels la banque peut mieux qu'eux mêmes se soustraire. Celle-ci leur ouvre donc à cet effet des comptes courants qui, s'ils ne sont pas productifs d'intérêt, ne supportent par contre aucun frais. Ces comptes courants ne peuvent jamais être débiteurs, mais leur montant est toujours exigible à vue. De cette manière, la banque en attirant à elle les réserves métalliques des divers négociants, devient en quelque sorte leur caisse commune et leur sert d'intermédiaire dans leurs transactions de chaque jour; c'est ce qui a amené le système des virements."

Gleichwie die Banknoten gehören diese unverzinslichen Guthaben zu den täglich fälligen Verbindlichkeiten; darum sollten sie sich eigentlich auch in der Deckung nicht von den Noten unterscheiden. Aber nur in ganz seltenen Fällen enthielten die Statuten Vorschriften wie bei der Banque

du Commerce, wo von Anfang an sich die Dritteldeckung auf Notenumlauf einschliesslich dieser Verbindlichkeiten bezog.

Die Inhaber dieser Rechnungen sind zum grössten Teil Genfer Banken und Bankiers. Die Bilanzen führten daneben noch die übrigen Emissionsbanken getrennt auf. Beide Gruppen bezeichnen wir zusammenfassend mit Kontokorrent-Gläubiger.

Ihnen stehen zur Seite als „weitere Gläubiger" diejenigen Verbindlichkeiten der Bank, welche sich nicht aus einer laufenden Rechnung ergeben; sie können kurzfristig oder langfristig sein. Zu ersteren gehören die verfallenen noch nicht erhobenen Dividenden, die billets à ordre und récépissés à vue, zu letzteren die Depositen und die Spargelder der Beamten.

1. Die Kontokorrent-Gläubiger.

Von sämtlichen Geschäftszweigen haben sich die laufenden Rechnungen ohne Zinsvergütung am wenigsten entwickelt. Die Zahl dieser Konten war zu Beginn 1846 105, stieg im Krisenjahr 1882 bis auf 296, um 1906 nur noch 201 zu betragen. Weit wichtiger wie die Anzahl ist aber das durchschnittliche Guthaben auf diesen Rechnungen. Das Maximum verzeichnet ebenfalls das Jahr 1882 mit Fr. 4,676,572. — und einen Höchstbestand am 2. Februar von über 24 Millionen Franken.

Da diese Gelder zinslos waren, so ist es begreiflich, dass zu Zeiten teuren Geldes, z. B. 1857, jedermann sein Guthaben reduzierte, während bei billigem Gelde die Höhe der Guthaben stieg, wie 1866, 1870/71. Die Betriebsmittel der Bank wurden daher stets dann geschwächt, wenn sie sie am besten hätte gebrauchen können. So sagt z. B. der Bericht vom 2. Februar 1858, S. 5:

> „On comprend que les grands besoins d'argent de cette année ont dû engager nos maisons de commerce à ne laisser à la Banque que des soldes aussi réduits que possible; ces soldes étant improductifs pour eux."

Noch ungünstiger gestalteten sich die Verhältnisse für die Bank, als Ende der 90er Jahre andere Genfer Finanzinstitute dazu übergingen, gleichfalls solche Gelder auf Scheck-Konto anzunehmen und dafür eine Zinsvergütung gewährten. So kam es, dass 1900 die Höhe des durchschnittlichen Guthabens einer Rechnung sich auf nur Fr. 16,000. — stellte, ein Betrag, der in durchaus keinem Verhältnis zu den von der Bank geleisteten Diensten stand. Trotzdem sah man von der Einführung eines Mindestguthabens ab, obschon andere Banken es bereits vorschrieben, ja

man führte sogar noch eine besondere Erleichterung für die Konteninhaber in der Weise ein, dass sie gegen Hinterlegung von Wertschriften ihr Konto überziehen durften.

Dass diese Vergünstigung eine weitere Abnahme der unverzinslichen Guthaben im Gefolge hatte, ist selbstverständlich.

> „Il est vrai que nos clients n'ont plus le même intérêt à se conserver un avoir disponible à la Banque depuis que, par suite du jeu en quelque sorte automatique des comptes d'avances sur nantissement permanents, ils peuvent se procurer au jour le jour les fonds dont ils ont besoin.“ (Bericht vom 19. Februar 1906, S. 9.)

Es lag nahe, dass auch die Banque du Commerce sich mit der Frage befasste, ob sie eine Erhöhung der Guthaben durch Gewährung einer Zinsvergütung herbeiführen sollte. Da aber nur ein genügend hoher Zinssatz Aussicht auf Erfolg versprach, so gab man den Plan auf, weil

> „cette lutte pourrait avoir dans certaines circonstances de sérieux inconvénients en poussant la direction dans des placements trop rénumérateurs pour être tout à fait exempts de risques. (Bericht vom 16. Februar 1903, S. 15.)

Eine Übersicht über die Entwicklung der Kontokorrent-Gläubiger gibt nachstehende Tabelle. *No. 5.*

Jahr	Zahl	Durchschnittlicher Betrag in 1000 Fr.	Jahr	Zahl	Durchschnittlicher Betrag in 1000 Fr.	Jahr	Zahl	Durchschnittlicher Betrag in 1000 Fr.
		Fr.			Fr.			Fr.
1846	105	1,124	1867	?	1,084	1888	210	4,039
1847	112	814	1868	247	935	1889	213	3,334
1848	142	1,934	1869	233	1,266	1890	174	3,364
1849	191	1,381	1870	255	2,779	1891	195	3,199
1850	208	1,113	1871	254	3,578	1892	180	2,530
1851	224	1,109	1872	242	3,573	1893	175	2,373
1852	232	1,405	1873	237	2,918	1894	174	2,681
1853	234	1,777	1874	239	3,054	1895	152	3,344
1854	238	2,071	1875	241	3,328	1896	172	2,644
1855	266	1,820	1876	265	3,448	1897	146	2,399
1856	273	1,873	1877	271	3,743	1898	155	3,498
1857	252	1,475	1878	261	3,339	1899	137	2,947
1858	245	1,610	1879	247	4,519	1900	176	2,849
1859	245	1,942	1880	260	4,271	1901	139	2,738
1860	237	1,407	1881	265	4,193	1902	187	2,305
1861	223	1,196	1882	296	4,677	1903	205	1,966
1862	216	1,372	1883	272	3,267	1904	243	2,107
1863	213	1,298	1884	252	2,957	1905	206	1,804
1864	219	941	1885	228	3,165	1906	201	1,947
1865	205	1,180	1886	221	2,774			
1866	254	1,448	1887	213	3,353			

Infolge der seit dem ersten Konkordat von 1866 angebahnten gegenseitigen Beziehungen, die sich im Laufe der Zeit auf sämtliche schweizerischen Notenbanken ausdehnten, figurierte in den Bilanzen ein Teil dieser Banken als Gläubiger, während andere unter den Schuldnern erschienen. Von grösserer Bedeutung als die Höhe der Gesamtsalden am 31. Dezember sind die Umsatzziffern; diese sollen aber einem späteren Abschnitte vorbehalten bleiben.

2. Weitere Gläubiger.

a) Unbefristete Verbindlichkeiten der Bank.

Die verfallenen, noch nicht erhobenen Dividenden betrugen:

1847:	Fr.	320. —
1857:	„	661. —
1876:	„	4685. —
1886:	„	3150. —
1896:	„	4472. —
1906:	„	2600. —

Mit dem Anwachsen des Aktienkapitals stiegen naturgemäss auch diese Posten; sie hielten sich aber stets in engen Grenzen.

Eine wichtigere Rolle spielten eine Zeitlang die billets à ordre und die récépissés à vue, zu deren Ausgabe die Bank nach Art. 11 der alten Statuten befugt war. Die indossierbaren Abschnitte bewegten sich in der Regel zwischen Fr. 100. — und Fr. 5000. —, zahlbar drei Tage nach Sicht. Ihr Zweck war, die durch Versendung von Barbeträgen und Noten mittelst Wertbriefs mögliche Verlustgefahr zu beseitigen, da sie nicht wie Noten auf den Inhaber, sondern an Ordre lauteten. Allein die Entwicklung entsprach nicht den gehegten Erwartungen; grössere Bedeutung haben sie nie erlangt.

Direktor Appia schreibt über dieses Papier:

„Le billet à ordre équivaut à une acceptation. C'est une promesse de paiement qui sans porter dans le contexte les mots „de change“ est expressément créé à ordre et qui répond d'ailleurs aux diverses conditions essentielles que l'article 825 du Code Fédéral des Obligations exige pour les billets de change.

Ils sont assimilés à ceux-ci sauf les exceptions que mentionnent les articles 840 et 842 du Code.“

b) Befristete Verbindlichkeiten.

Von grösserem Erfolg war die Annahme verzinslicher Depositengelder, eine Neuerung, zu der sich die Verwaltung wahrscheinlich infolge der

Abhebung beträchtlicher Summen auf Kontokorrent-Konto aus Anlass der Krisis von 1857 entschloss.

Nachstehend die Jahres-Durchschnittszahlen:

Jahr	Betrag in 1000 Franken	Jahr	Betrag in 1000 Franken	Jahr	Betrag in 1000 Franken
1857	....*)	**1868**	678	**1879**	1605
1858	....*)	**1869**	530	**1880**	1003
1859	495	**1870**	455	**1881**	738
1860	484	**1871**	526	**1882**	648
1861	679	**1872**	520	**1883**	643
1862	871	**1873**	565	**1884**	727
1863	810	**1874**	520	**1885**	631
1864	726	**1875**	519	**1886**	412
1865	938	**1876**	695	**1887**	179
1866	1421	**1877**	1266	**1888**	108
1867	1104	**1878**	1902		

Bis 1866 wuchsen diese Beträge wegen der Geschäftsstille, dann starkes Fallen, weil die Bank Schwierigkeiten bei der Anlage dieser Gelder fand und deshalb den Zinsfuss herabsetzte. Im ersten Quartal 1889 wurden die letzten Beträge abgehoben und erst die Bilanz von 1906 führt wieder einen Posten von Fr. 386,024. 85 auf, der ein à $4^{1}/_{4}$ % verzinsbares Guthaben der Schweizerischen Nationalbank, herrührend aus der ersten Einzahlung von 20 % auf ihre Aktien, darstellt.

Hierhin gehört endlich noch die

Beamten-Sparkasse.

Sie wurde 1854 gegründet, ein besonderes Statut existierte nicht. Jeder Beamte zahlte monatlich $^{1}/_{10}$ seines Gehaltes ein; die Bank vergütete auf die Einlagen einen Zins, der sich nach der Jahresdividende richtete, ein Maximum von 6 % aber nicht überschreiten sollte.

Diese Spargelder sind von der bescheidenen Summe von Fr. 574.30, mit der sie in der Bilanz von 1854 figurieren, auf zirka Fr. 117,000. — Ende 1906 angewachsen.

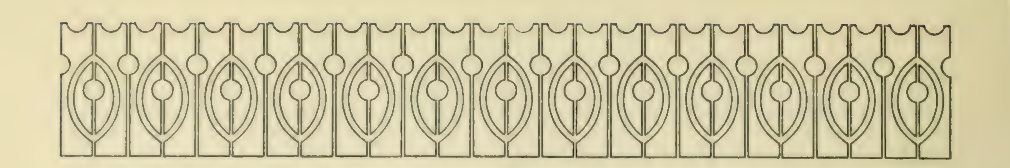
*) Bestand am 31. Dezember 1857 Fr. 67,000; am 31. Dezember 1858 Fr. 418,000.

Verhältnis der eigenen zu den fremden Geldern. *No. 6.*

Jahr	Eigene Gelder in 1000 Franken	Fremde Gelder in 1000 Franken	%	Jahr	Eigene Gelder in 1000 Franken	Fremde Gelder in 1000 Franken	%
	Fr.	Fr.			Fr.	Fr.	
1846	1,550	1,622	95,6	1877	10,053	16.634	60,4
1847	1,552	1,607	95,5	1878	10,099	16,391	61,6
1848	1,550	4,242 *)	36,5	1879	10,157	17,003	60
1849	1,554	3,291 *)	47	1880	10,200	17,531	58,2
1850	1,558	3,106	50	1881	10,347	19,005	54,4
1851	1,566	2,926	53,5	1882	10,513	20,077	52,4
1852	1,579	3,315	47,6	1883	10,480	19,883	52,7
1853	1,600	4,023	40	1884	10,467	18,775	55,7
1854	1,629	4,334	37,6	1885	10,513	20,268	51,9
1855	1,663	4,129	40	1886	10,555	19,986	53
1856	3,257	4,037	80	1887	10,555	21,800	48,4
1857	3,302	3,474	95	1888	10,555	20,594	51,3
1858	3,326	3,945	84,3	1889	10,555	20,936	50,4
1859	3,343	4,241	80	1890	10,505	21,082	50
1860	3,367	3,475	97	1891	12,505	20,398	61,3
1861	3,405	3,313	103	1892	12,505	20,902	60
1862	3,432	3,713	90	1893	12,505	22,891	54,6
1863	3,463	3,606	96	1894	12,505	23,897	52,3
1864	3,511	3,059	115	1895	12,505	26,513	47,2
1865	3,535	3,519	100,5	1896	12,505	25,601	49
1866	3,550	4,604	77,1	1897	12,505	23,512	53,2
1867	3,560	3,940	90,4	1898	12,505	20,506	61
1868	3,575	3,311	108	1899	12,505	25,558	48,9
1869	3,582	3,633	120,6	1900	12,500	24,457	51
1870	3,606	5,342	67,5	1901	12,525	24,565	51
1871	3,614	4,506	80,2	1902	12,500	24,852	50
1872	4,109	7,705	53,3	1903	12,580	24,316	51,7
1873	6,007	10,018	60	1904	12,580	25,037	50
1874	6,010	13,260	45,3	1905	12,580	25,052	50
1875	6,060	15,354	39,5	1906	12,580	25,517	50
1876	6,060	16,828	36				

*) Durchschnitt des 2. Semesters.





Dritter Teil: **Anlagen.**

I. Kassa.

Kapitel 10. Der Kassenbestand.

> Un des premiers résultats d'un système de banques de circulation bien organisé, est de réduire à son minimum, mais à son minimum suffisant, le chiffre des espèces improductives du pays. *Ernest Pictet.*

Durch die früher besprochene statutarische Dritteldeckung war die unterste Grenze des Kassenbestandes gegeben. Seine durchschnittliche Höhe und das Deckungsverhältnis der Noten ergibt sich aus Tabelle No. 7. Sie zeigt ferner den jährlichen Barumsatz, welcher von $^{1}/_{4}$ Milliarde 1846 auf zirka 4 Milliarden 1906 stieg. In dieser Zahl sind allerdings auch die Giro-Überweisungen mit nachgenannten Beträgen einbegriffen:

Jahr	Umsatz in 1000 Fr.	Überträge	Bar und Noten	Barbeträge in % des Umsatzes
	Fr.	Fr.	Fr.	
1900	2,576,929	2,167,304	409,625	ca. 16
1901	2,679,379	2,381,316	298,063	11
1902	2,571,247	2,342,106	229,141	9
1903	3,010,737	2,802,505	208,232	7
1904	2,785,375	2,559,818	225,557	8
1905	3,272,445	3,077,922	194,523	6
1906	3,980,916	3,779,308	201,608	5

Besonders interessant ist es, an Hand dieser Aufstellung die mehr und mehr eindringende Gewohnheit, sich an Stelle des Barausgleichs der Buchüberträge zu bedienen, konstatieren zu können. Neben dem früher besprochenen Scheckausgleich bilden diese Giroüberträge den besten Ersatz für bare Umlaufsmittel.

Kassenbestand.

No. 7.

Jahr	Umsatz (in 1000 Franken)	Durchschnittlicher Bestand (in 1000 Franken)	in % des durchschnittlichen Notenumlaufs	Jahr	Umsatz (in 1000 Franken)	Durchschnittlicher Bestand (in 1000 Franken)	in % des durchschnittlichen Notenumlaufs
	Fr.	Fr.			Fr.	Fr.	
1846	252,853	817	—	1877	1,194,056	5,536	47,6
1847	228.010	699	90	1878	1,274,784	4,258	38,2
1848	146.328	3,807	165	1879	1,531,120	4,832	44,4
1849	174,847	2,647	138	1880	1,816.560	5,268	43
1850	225,401	1,619	81	1881	1,954,261	4,771	33,9
1851	263,032	1,108	61	1882	1,869,721	7,282	49,4
1852	368,402	1,165	60	1883	1,286,438	8,992	56,3
1853	450,048	1,422	63	1884	1,243,097	8,051	53,3
1854	553,980	1,725	76	1885	1,275,208	8,084	49
1855	612,889	1,201	52	1886	1,429,343	8,060	48
1856	691,400	1,048	48,4	1887	1,383,578	8,954	49
1857	537,272	1,163	60	1888	1,677,006	7,819	47
1858	525,272	1,258	65,6	1889	1,582,806	6,902	44,4
1859	478,878	1.376	76	1890	1,693,070	8,188	46,1
1860	520,337	980	52	1891	1,564,735	6,963	45
1861	505,054	875	61	1892	1,350,162	8,326	45,3
1862	652,702	1,039	70	1893	1,463,445	9,536	46,4
1863	816,336	930	62	1894	1,690,262	9,873	46,4
1864	787,820	877	63	1895	1.917,533	10,603	45,7
1865	673,333	1,004	71,7	1896	1,914,264	10,430	45,5
1866	568,318	1,289	74,3	1897	1,986,419	9,958	47,4
1867	496,872	923	52,7	1898	2,176,106	9,026	53.7
1868	522,662	1,001	60	1899	2,637,618	10,217	45,1
1869	536,341	1,082	59	1900	2,576,929	9,998	46,3
1870	656.277	2,514	120	1901	2,679,379	10,506	47,6
1871	1,141,353	4,177	122	1902	2,571,247	10,071	44,4
1872	1,378,349	2,844	78,7	1903	3,010,737	10,161	45,2
1873	1,312,060	3.827	58,5	1904	2,785,375	10,328	44,8
1874	1,340,873	3,911	40,3	1905	3,272,445	10,429	44,7
1875	1,488,352	5,040	43,8	1906	3,980,916	10,723	46
1876	1,249,759	5,675	44,8				

Trotz der grossen Beträge, welche jährlich durch die Kassen der Bank liefen, scheinen gefälschte Noten nie vorgekommen zu sein. Dagegen wurden im Laufe des Jahres 1903 verschiedentlich falsche Geldstücke, vorwiegend Fünffrankentaler, angehalten.

In vielen Jahren übertreffen die Barvorräte die umlaufenden Noten; das sind die Zeiten grosser Geschäftsunlust und billigen Geldes, wo es an Anlagemöglichkeit fehlt. Die Dividenden sind dann gering

z. B. 1848: 165 % der Noten in bar vorhanden; Dividende Fr. 15. —
1849: 138 % „ „ „ „ „ „ „ 35. —

Ist das Verhältnis schlechter, so zeigen sich höhere Dividenden:

1868: 60 %; Dividende Fr. 43. —

1869: 59 %; „ „ 45. 50

Die starke Verminderung Anfang der 1850er Jahre hängt zum Teil damit zusammen, dass infolge Einführung des neuen Münzsystems namhafte Sendungen von Fünffrankenstücken nach Bern gemacht wurden.

Um eine, wenn auch nur geringe Verzinsung dieser unproduktiven Gelder zu erzielen, legte die Direktion vom Jahre 1869 ab einen Teil in erstklassigen Effekten an. Von den Kriegsjahren 1870/71 sagt der Bericht vom 23. Februar 1880, S. 3 und 4:

„Des capitaux considérables vinrent chercher un refuge dans la plupart de nos principaux établissements de crédit, à l'abri d'une neutralité que personne ne songeait à contester."

Nur zweimal, 1878 und 1881, sank die Bardeckung unter 40 %, als Folge des starken Angebots von Wechseln, welches seinerseits eine Erhöhung des Banksatzes und damit eine Steigerung der Dividende auf Fr. 61. 50 bezw. Fr. 67. 50 bewirkte.

Vom 1. Juli 1882 ab, dem Tage des Inkrafttretens des neuen Bankgesetzes, war die Minimalgrenze 40 %, die von der Banque du Commerce in beträchtlichem Umfange stets übertroffen wurde.

Auf die Aufrechterhaltung der statutarischen bezw. gesetzlichen Barreserven musste sich von jeher das Hauptaugenmerk der Verwaltung richten. Verschiedene Mittel standen ihr zu diesem Zwecke zu Gebote: einmal die Diskonterhöhung, welche in der Regel ein Nachlassen des Wechselangebots zur Folge hatte, dann die Weigerung, Diskontwechsel hereinzunehmen, und endlich Import von Barschaft aus dem Auslande.

Die Diskontpolitik wird später behandelt; von der Einschränkung der Diskontierungen machte die Bank nur sehr ungern Gebrauch, da sie es als ihre Hauptaufgabe betrachtete, nach Möglichkeit alles angebotene Papier zu diskontieren; hier sollen die Hartgeldbezüge, welche zuweilen mit einer Diskonterhöhung parallel gingen, und die von der Bank in ausgiebiger Weise getätigt wurden, eingehend erörtert werden.

Kapitel 11. Die Barschaftsbezüge.

Für das genferische Münzsystem war bei Gründung der Bank nachstehende Verordnung des Staatsrats vom 16. November 1838 massgebend:

„Monnaies d'argent, frappées dans le royaume de France et dans les états de S. M. le roi de Sardaigne spécifiées dans le tarif annexé au présent arrêté auront cours légal dans le canton de Genève à dater du 1er janvier 1839."

Die früheren Gesetze vom 21. März 1816 und 7. März 1838 wurden dadurch aufgehoben.

Wenn auch der Kleinhandel noch, wie J. E. Lombard erwähnt, nach Florinen rechnete, so herrschte doch der französische Münzfuss vor. Die Bank konnte daher von den ihr am nächsten liegenden Banken der beiden Nachbarländer, der Bank von Lyon und der Bank von Turin, von dieser allerdings nur bis Mitte der 60er Jahre, gegen Hingabe von Devisen Hartgeld beziehen. Das geschah denn auch in immer steigenderem Masse, wie aus Tabelle No. 8 hervorgeht; dort sind auch die Maxima und Minima der französischen Wechselkurse sowie die durchschnittlichen Banksätze, vergleichsweise auch die Kosten für je Fr. 100. — bezogener Barschaft in den verschiedenen Jahren eingestellt.

Barschaftsbezüge. *No. 8.*

Jahr	Betrag	Kosten	Französische Kurse		Banksatz in %	Kosten pro 100 Fr.
			Durchschnitt	Maximum		
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
1846	—	1,603. —	—	—	—	—
1847	—	140. —	—	—	—	—
1848	403,000. —	—	—	—	—	—
1849	—	—	—	—	—	—
1850	150,000. —	311. —	—	—	—	0. 21
1851	696,000. —	1,692. —	—	—	—	0. 24
1852	4,602,000. —	5,020. —	—	—	—	0. 11
1853	7,555,000. —	11,072. —	—	—	—	0. 15
1854	7,640,000. —	16,052. —	—	—	—	0. 21
1855	14,447,600. —	29,654. —	—	—	—	0. 21
1856	18,238,000. —	40,423. —	—	—	—	0. 22
1857	17,814,000. —	49,400. —	—	—	—	0. 28
1858	14,975,000. —	35,774. —	—	—	—	0. 24
1859	14,808,000. —	19,915. —	99. 96	100. 06	—	0. 13
1860	15,186,000. —	12,117. —	100. —	100. 06	—	0. 08
1861	14,302,000. —	17,588. —	100. 02	100. 12	5. 61	0. 12
1862	11,430,000. —	17,614. —	100. 01	100. 12	4. 41	0. 15
1863	14,354,000. —	22,626. —	100. 01	100. 09	5. 05	0. 16
1864	18,123,000. —	31,348. —	100. 03	100. 12	6. 26	0. 17
1865	16,111,000. —	30,444. —	100. 03	100. 15	4. 47	0. 19
1866	15,875,000. —	52,056. —	100. —	100. 12	4. 71	0. 33
1867	9,920,000. —	9,341. —	100. —	100. 06	3. 41	0. 09
1868	13,236,000. —	13,072. —	99. 97	100. 06	3. 33	0. 10
1869	9,808,000. —	9,394. —	99. 98	100. 06	2. 97	0. 10

Jahr	Betrag	Kosten	Französische Kurse		Banksatz in %	Kosten pro 100 Fr.
			Durchschnitt	Maximum		
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
1870	5,602,000. —	8,037. —	98. 97	100. 06	4. 38	0. 14
1871	1,700,000. —	2,484. —	99. 04	100. 03	3. 79	0. 15
1872	17,070,000. —	20,688. —	99. 62	100. 03	4. 53	0. 12
1873	33,120,000. —	194,319. —	99. 76	100. 50	5. 34	0. 59
1874	28,338,000. —	29,095. —	100. 09	100. 37	4. 59	0. 10
1875	21,430,000. —	21,293. —	100. 02	100 17	4. 13	0. 10
1876	14,775,000. —	12,119. —	100. 04	100. 17	3. 50	0. 08
1877	10,255,000. —	9,669. —	100. 06	100. 17	3. 52	0. 09
1878	10,105,000. —	8,616. —	100. 07	100. 17	3. 71	0. 08
1879	14,880,000. —	17,963. —	100. 01	100. 11	3. 31	0. 12
1880	20,070,000. —	21,588. —	100. 01	100. 12	3. 02	0. 11
1881	24,695,000. —	57,187. —	100. 08	100. 17	4. 11	0. 23
1882	23,440,000. —	21,477. —	100. 01	100. 42	4. 45	0. 09
1883	13,735,000. —	14,682. —	99. 98	100. 10	3. 04	0. 11
1884	8,135,000. —	11,854. —	100. 11	100. 18	2. 88	0. 15
1885	9,957,000. —	20,450. —	100. 22	100. 35	3. 09	0. 21
1886	14,548,000. —	27,457. —	100. 13	100. 32	3. 01	0. 19
1887	14,056,000. —	23,366. —	100. 14	100. 35	2. 93	0. 17
1888	13,535,000. —	43,946. —	100. 21	100. 31	3. 24	0. 32
1889	19,014,000. —	53,906. —	100. 18	100. 37	3. 72	0. 28
1890	13,880,000. —	47,916. —	100. 16	100. 32	3. 90	0. 34^{5}
1891	25,975,000. —	110,242. —	100. 22	100. 45	3. 94	0. 42
1892	18,880,000. —	67,949. —	100. 10	100. 31	3. 06	0. 36^{5}
1893	19,450,000. —	76,567. —	100. 13	100. 39	3. 37	0. 39
1894	10,545,000. —	22,214. —	100. 04	100. 26	3. 17	0. 21
1895	22,716,000. —	75,957. —	100. 10	100. 34	3. 27	0. 33
1896	26,137,000. —	114,174. —	100. 24	100. 48	3. 94	0. 44
1897	33,690,000. —	226,043. —	100. 35	100. 69	3. 92	0. 67
1898	33,100,000. —	224,576. —	100. 36	100. 71	4. 30	0. 68
1899	57,746,000. —	437,737. —	100. 49	100. 80	4. 96	0. 76
1900	35,575,000. —	387,462. —	100. 54	100. 78	4. 88	1. 09
1901	18,294,000. —	119,054. —	100. 18	100. 54	3. 98	0. 65
1902	27,697,000. —	196,010. —	100. 34	100. 72	3. 77	0. 71
1903	15,916,000. —	41,114. —	100. 08	100. 26½	4. 06	0. 26
1904	24,457,000. —	106,934. —	100. 20	100. 55	4. 05	0. 44
1905	22,338,000. —	71,786. —	100. 13	100. 37½	4. 04	0. 32
1906	16,854,000. —	38,916. —	100. 05½	100. 33	4. 75	0. 23

Eine ganz besonders starke Steigerung der Bezüge zeigt das Krisenjahr 1855; trotzdem war der Durchschnitt des Kassenbestandes kleiner als im Vorjahre, weil man sich von allen Seiten bei der Bank mit Talern in so starkem Masse versah, dass sie hierdurch sogar an einer weiteren Ausgestaltung ihres Diskontgeschäfts verhindert wurde. Ähnlich lagen die Dinge im folgenden Jahre: Grosse Barschaftsbezüge und nichts destoweniger Sinken des durchschnittlichen Kassenbestandes.

Eine gewisse Besorgnis erregte die Tatsache, dass seit Anfang 1851 die Goldmünzen mehr und mehr in die Schweiz eindrangen, und auch die

aus dem Auslande bezogenen Beträge nicht mehr wie früher aus Fünffrankenstücken, sondern vorwiegend aus Napoléons d'or bestanden. Das Eidgenössische Münzgesetz von 1850 bestimmte aber:

Art. 1.: Fünf Gramm Silber $^9/_{10}$ fein machen die schweizerische Münzeinheit aus unter dem Namen Franken.

Art. 8.: Niemand ist gehalten, andere (als schweizerische) Münzen anzunehmen, mit Ausnahme solcher Silbersorten, die in genauer Übereinstimmung mit dem durch das gegenwärtige Gesetz aufgestellten Münzsystem geprägt sind.

Charakteristisch für jene Zeit ist auch nachstehendes Gutachten, vom Bundesrat eingeholt, betreffend die Goldtarifierung, von 1854:

„Das Finanzdepartement von Genf (datiert den 3. Juni) hat in Ermangelung einer Handelskammer von verschiedenen Seiten und in verschiedenem Sinne Mitteilung verlangt und erhalten und spricht sich nach deren Prüfung für förmlich auszusprechende Aufrechterhaltung des Silbers als einzigem Wertmesser und gegen jede gesetzliche Wertung des Goldes aus, wobei jedoch letzteres Metall dennoch, aber seinem jeweiligen inneren Werte entsprechend, oder nach Konvenienz des Gebers oder Empfängers mit und neben dem Silber als Zirkulationsmittel benutzt werden möge. (Der Bericht des Bundesrates über die Goldtarifierung, Basel 1854.)

Zu dieser Überschwemmung der Schweiz mit Goldmünzen bemerkt der Bericht vom 4. Februar 1851, S. 8:

„Vers le milieu de janvier les pièces d'or de 20 fr. qui jusqu'alors avaient été négociées à prime sur notre place, sont devenues très abondantes, offertes au pair, et plusieurs maisons en ont présenté à notre caisse comme versement d'espèces. Avant de les recevoir, l'Administration a dû s'enquérir de la position légale de cette monnaie, et dans ce but, elle a nommé dans son sein une commission chargée de s'entendre avec le conseil judiciaire de la Banque pour éclaircir cette question.

Il résulte du rapport de cette commission que l'argent est la seule base monétaire reconnue, soit par les lois du canton de Genève soit par la nouvelle loi fédérale, et que la pièce d'or de 20 francs n'est nullement tarifiée, ni dans notre canton, ni dans la Suisse."

Demnach musste die Bank die Annahme von Napoléons d'or als gesetzliches Zahlungsmittel verweigern, sie nahm sie jedoch zum jeweiligen Marktpreis herein.

Zur Sicherung ihres Notenumlaufs sahen sich aber die Banken, voran die von Zürich und Basel nach dem Beispiel der öffentlichen Kassen bald gezwungen, das dem französischen Münzsystem gemäss geprägte Gold al pari anzunehmen; ihnen folgte auch der Handelsstand.

Veranlasst durch die Bestimmung des Bundesgesetzes von 1850, Art. 8 (zitiert nach Cramer-Frey, Münzfrage, S. 5): „Verträge, die nach Inkrafttreten dieses Gesetzes in bestimmten fremden Münzsorten oder Währungen abgeschlossen werden, sind ihrem Wortlaut nach zu halten," hielten es die Finanzinstitute für ratsam, zu erklären, dass sie von dem und dem Zeitpunkte an nur noch in Franken nach dem französischen Münzfusse, also in Silber und Gold verkehren würden, und dass jeder, der nach Schweizer Valuta in blossem Silber noch etwas zu fordern habe, bis zu jenem Termin sein Recht geltend machen könne. Die somit bereits bestehende Doppelwährung wurde nach längerem Zögern durch Bundesgesetz von 1860 sanktioniert.

Die Banque du Commerce erliess eine solche Bekanntmachung am 20. November 1856 und setzte den letzten Termin auf den 30. November fest. Wie überall, so war auch hier die verlangte Heimzahlung ganz verschwindend; nur eine einzige Person forderte ihr Guthaben, einen geringen Betrag, zurück.

Das Jahr 1857 zeigte eine grosse Steigerung in den Kosten der Bezüge. Die Erklärung ist darin zu suchen, dass die Verwaltung beim Ausbruch der Finanzkrisis vom Herbst des Jahres einen ihrer Beamten nach Genua und Turin sandte, um die Wechsel auf jene Plätze zu realisieren und den Erlös dafür einzusenden. Die Durchführung dieser Operation erwies sich als sehr schwierig, da die Bank von Turin ihre Noten ausschliesslich in Münzen einlöste, welche in Piemont gesetzlich tarifiert waren, aber in Genf nicht als Notendeckung dienen konnten. In Genua indess konnte die Bank ihren Zweck erreichen und soviel Hartgeld bekommen, dass sie mit ihrem Diskontsatz nicht über 7 % zu gehen brauchte, während er sich an den meisten europäischen Hauptplätzen bis auf 10 und 12 % belief; auch war sie die erste, welche ihren Satz wieder auf 5 % ermässigte.

Merkwürdigerweise brachte das nächste Jahr nicht die erwartete Abnahme der Importe. Es stellte sich vielmehr heraus, dass auch bei regulärem Geschäftsgang die der Bank eingezahlten Beträge bei weitem nicht genügten, um den Bedarf des Platzes an Zahlungsmitteln zu befriedigen. Man musste sich daher mit dem Gedanken vertraut machen, den

Platz auch weiterhin mit Metallgeld zu versorgen, trotz der immer schwieriger sich gestaltenden Verhältnisse. Infolge der geographischen Lage Genfs floss das Geld sehr bald wieder ins Ausland ab, von wo es die Bank nur mit grossen Kosten zurückholen konnte.

Die Finanzkrisis von 1864 machte Bezüge von Fr. 18,000,000. — erforderlich. Glücklicherweise brachten die nächsten Jahre eine Erleichterung, denn während des deutsch-französischen Krieges wäre der Import von Frankreich unmöglich gewesen; um so grösser waren die Beträge bald nachher, infolge des Bestrebens der Bank, alle Diskontierungsgesuche möglichst zu befriedigen. Da auch der Banksatz sehr hoch war, so erzielte die Bank bei einem durchschnittlichen Wechselkurs von 99. 76 beträchtliche Überschüsse und konnte die höchste Dividende seit ihrem Bestehen verteilen. Ganz besonders beachtenswert sind die Beträge deshalb, weil sie einem Lande entzogen wurden, wo die Noten Zwangskurs besassen, und daher Hartgeld sehr knapp sein musste. Transaktionen zweifacher Art waren jetzt vorzunehmen: Gegen Hingabe von Wechseln erhielt man französische Noten, welche zum Tagespreise in Fünffrankentalern oder Napoléons umgesetzt wurden. Der Importeur war somit den Kursschwankungen der Wechsel und denen des Metallgeldes ausgesetzt, und oft kam es vor, dass das Disagio jener das Agio dieser nicht ausglich. Im Jahre 1873 zeigte es sich, wie wenig eine Diskonterhöhung allein die Bankreserven zu schützen im Stande ist, denn bei einem zeitweiligen Satze von 7 % wurden über 33 Millionen eingeführt. Trotz des Zwangskurses der Noten waren Taler ohne Agio, zuweilen sogar mit Disagio zu haben. Ob diese Erscheinung mit der allgemeinen Entwertung des Silbers zusammenhing? Mehr Wahrscheinlichkeit liegt in der Erklärung, dass die Bank von Frankreich die Annahme von Fünffrankentalern italienischen Gepräges — um solche handelte es sich — verweigerte, unter dem Vorwande, sie gehöre nicht zu den öffentlichen Kassen im Sinne der lateinischen Münzunion von 1865.

Die nächsten Jahre brachten durch den stabilen Wechselkurs, der meist unter pari war, eine starke Abnahme der Kosten. Die importierten Summen setzten sich, wenn auch noch vorwiegend, so doch nicht mehr ausschliesslich aus Silber zusammen. Dieses Metall schien einen Abfluss nach anderen Ländern gefunden zu haben; der Preis für eine Unze Silber näherte sich mit 56^{d} wieder dem einem Verhältnis von $1 : 15^{1}/_{2}$ zugrunde gelegten von $60^{15}/_{16}{}^{d}$.

1877/78 weisen geringe Beträge auf, weil die Bank durch den höhern

Wechselkurs gezwungen war, Barschaft von den übrigen Konkordatsbanken kommen zu lassen, wozu der Bericht bemerkt (18. Februar 1878, S. 12 und 13):

„Il va de soi que nous ne leur réclamons ces envois que lorsqu'ils nous sont vraiment nécessaires, un des principaux avantages du concordat étant d'économiser le plus possible le transport du numéraire. Mais l'année dernière, le prix presque constamment élevé du papier sur France a quelque peu modifié le courant ordinaire de cette branche de nos opérations."

Das nächste Jahr verzeichnet wieder ein Anwachsen der Barschaftsbezüge, die vorzugsweise dem Innern des Landes zu gute kamen, stiegen doch die Metallreserven der Konkordatsbanken von zirka 32 auf 38,7 Millionen. Mit der Besserung des Wirtschaftslebens wurden erhöhte Zufuhren von 1880 bis 1882 nötig, die 1881 wegen des hohen Kurses auf Paris eine Steigerung der Kosten um mehr als 100 % nach sich zogen; dessen ungeachtet war der durchschnittliche Kassenbestand so niedrig, dass nur $^1/_3$ des Notenumlaufs metallisch gedeckt war, das schlechteste Verhältnis, welches je eingetreten ist. In den folgenden sechs Jahren sanken wegen der Geschäftsstille die Importe bedeutend; ein Aufschwung von Handel und Industrie setzte erst im Laufe des Jahres 1888 ein, den der Abschluss der mitteleuropäischen Zollverträge und die Weltausstellung von Paris, 1889, die ein Zeichen dafür war, dass der politische Horizont sich aufgeklärt hatte, wirksam unterstützten. Dieser dem wirtschaftlichen Leben gegebene Impuls machte sich in Genf nicht ganz so fühlbar wie anderswo; die Fremden wandten sich mehr nach Paris, und die wenigen, welche 1889 in die Schweiz kamen, zwang ein nasser Sommer ihren Aufenthalt abzukürzen. Immerhin konnte auch in Genf ein Aufblühen des Diskontgeschäftes konstatiert werden. Die Barschaftsbezüge beliefen sich auf 19 Millionen, von denen ein nicht unbedeutender Teil sofort wieder nach Frankreich auswanderte. Inwieweit hieran bei den hohen Wechselkursen auch die Arbitrage beteiligt war, lässt sich nicht feststellen.

Die ungeheure Zunahme der Metallgeldimporte im Jahre 1891, bei einem Pariserkurse, der bis auf 100. 47^5 stieg und im Durchschnitt 100. 22 war, und die Unkosten der Bank um Fr. 62,000. — anwachsen liess, führte dazu, den Ursachen dieser anormalen Erscheinung nachzuforschen.

„Der ungünstige Stand des Pariser Wechselkurses," sagt Gygax a. a. O., S. 4, „wird vielfach der ziemlich grossen Verschuldung der Schweiz gegenüber dem Auslande zugeschrieben. Man denkt dabei weniger an die Passiv-Handelsbilanz, als vielmehr an die Verschuldung, hervorgerufen

durch die Gründertätigkeit, den Finanzverkehr usw. In der Westschweiz, wo die Wechselkursfrage das breite Publikum infolge des Silberexportes am meisten beschäftigt, ist die Ansicht stark verbreitet, das Disagio habe seinen Grund in dem Umstande, dass sich die Schweiz in einem ihre Kräfte übersteigenden Masse bei ausländischen Industrie- und Trust-Unternehmungen beteiligt habe; dadurch sei das Geld in Massen zum Lande hinausgetrieben, und die Schweiz zum Auslande in ein Abhängigkeitsverhältnis versetzt worden."

Für die Ansichten der Bank zwei Belege:

„La cause générale est toujours la même. La Suisse a plus à payer à l'étranger qu'à recevoir et il ne nous est pas plus aisé que l'an dernier d'entrer dans les détails du pourquoi (Bericht vom 3. Februar 1899, S. 7) und (Bericht vom 31. Januar 1898, S. 9):

„Les statistiques douanières ne présentent qu'un des facteurs du problème. Il y a tout un mouvement de valeurs mobilières, qui échappent au contrôle de la douane . . . ."

Knapp äussert sich in „Staatliche Theorie des Geldes", S. 208/209, wie folgt:

„Der intervalutarische Kurs hängt ganz einfach in allen Fällen von den gesamten Beziehungen der beiden Länder ab; von allen Beziehungen, aus welchen Zahlungen entstehen, welche von einem Lande nach dem anderen Lande, und zwar in beiden Richtungen, zu leisten sind. Er ist in allen Fällen der Ausdruck für die augenblickliche Spannung, welche sich aus Angebot und Nachfrage inbezug auf Zahlungsmittel des fremden Landes auf der Börse ergibt . . . ."

„Der Kurs hat in der Regel eine gewisse Trägheit, aus welcher er nur durch grössere Ereignisse aufgerüttelt wird."

Zu diesen grösseren Ereignissen gehören nach Knapp Störungen in den geschäftlichen Beziehungen oder in den Stimmungen.

Was die Frage nach dem Verbleib dieser grossen Beträge anging, so liess sich nur mit Vermutungen antworten, unter diesen „il en est une qui a presque le caractère de la certitude," nämlich (Bericht vom 8. Februar 1892, S. 5):

„Quand la prime à payer pour acheter du papier sur France dépasse le coût du transport des espèces au-delà de la frontière, le débiteur suisse a un intérêt pécuniaire évident à se servir de ce mode de couverture. Il vient prendre là où il y en a de ces mêmes écus qui nous coûtent si cher et il les réexpédie dans ce même pays, d'où

nous les avons fait venir. Et plus la prime monte, plus cette réexpedition est avantageuse pour celui qui la fait et par conséquent plus l'obligation où est la Banque de combler ces vides devient onéreuse et étendue."

Ein Anziehen der Diskontschraube vermochte diesen Metallabfluss nicht zu verhindern, da jeder Noteninhaber den Umtausch seiner Noten in Metallgeld zu fordern berechtigt war. Auch konnte die Bank nicht durch Devisenverkäufe, wie es anderswo in ähnlichen Fällen geschieht, den Devisenkurs drücken, denn um das ihr entzogene Silber so bald als möglich wieder ins Land zu bringen, sah sie sich gezwungen, als Käufer von Wechseln auf Frankreich aufzutreten, wodurch natürlich der Kurs noch mehr anzog. Die nächsten Jahre brachten eine wenn auch nur geringe Besserung, von 1895 ab aber stieg der Wechselkurs wie nie zuvor und erreichte 1899 ein Maximum von 100.80, wodurch sich die Kosten der Importe von zirka 58 Millionen auf Fr. 0,76 pro Fr. 100. — und 1900 sogar auf Fr. 1.09 stellten.

Mit Recht nennt die Bank diese Barschaftsbezüge eine Danaiden-Arbeit, deren verhängnisvollen Folgen sie sich durch erneutes Studium dieser Frage zu entziehen suchte.

Kapitel 12. Die Silberdrainage.

Seit langem bildet für die Schweiz die Devise Paris das Hauptmittel zum Ausgleich ihrer internationalen Zahlungsverbindlichkeiten. Schon während einer Reihe von Jahren bewegten sich die französischen Wechselkurse stets über pari, so dass einerseits der schweizerische Schuldner, wenn er seinen französischen Gläubiger durch Rimessen befriedigen wollte, ein Agio zahlen musste, und andererseits der französische Gläubiger, falls er auf seinen schweizerischen Kunden trassierte, diese Tratte nur mit Verlust abzusetzen in der Lage war.

Die Ursachen dieses ungünstigen Wechselstandes glaubten die einen in der passiven Handelsbilanz der Schweiz erblicken zu müssen, welche 1896 allein gegenüber Frankreich $96^1/_2$ Millionen betrug; andere in der Tatsache, dass die Zinsscheine vieler schweizerischer Anleihen in Paris zahlbar gestellt waren; wieder andere in der Dezentralisation des Bankwesens der Schweiz. Noch andere endlich hielten die Ein- und Ausfuhr-Statistik allein nicht für ausschlaggebend, weil, wie bekannt, eine grosse Zahl von Wertbewegungen, z. B. sämtliche Effektentransaktionen, in dieser

nicht zum Ausdruck kamen. So sehr aber auch die Meinung über die Bedeutung dieser verschiedenen Faktoren auseinanderging, darin stimmten alle überein, dass infolge des Wareneinfuhr-Überschusses zwecks Deckung desselben eine rege Nachfrage nach ausländischen, in erster Linie französischen Banknoten und Wechseln entstand, hinter der das Angebot von Pariser Papier weit zurückblieb. Die Folge war ein starkes Anziehen der Kurse.

Durch die Nachbarschaft Frankreichs, besonders durch den Verkehr mit der freien Zone, litt Genf am meisten unter dieser Hausse, konnte doch hier bequem der schweizerische Schuldner den französischen Gläubiger durch Zahlung in bar befriedigen, und das Recht zu dieser Metallgeldausfuhr, in der Absicht eine Forderung zu tilgen, konnte ihm niemand bestreiten. Dennoch verzichteten viele einsichtige Kaufleute hierauf, mussten dann aber entweder das Agio selbst tragen oder auf ihren Verkaufspreis schlagen. Daneben gab es leider eine Reihe von Personen, die, durch das hohe Aufgeld verlockt, berufsmässig Agiotagegeschäfte betrieben; durch Silbersendungen nach Frankreich verschafften sie sich jenseits der Grenze ein Guthaben, über das sie mittelst Check verfügten, den sie zum Tagespreis Dritten abtraten. Sehr bald erkannte man diese berufsmässigen Draineurs und suchte ihnen ihr Handwerk auf alle mögliche Weise zu legen, oder doch wenigstens zu erschweren, jedoch ohne Erfolg.

So schrieb die „Neue Zürcher-Zeitung“ im Juni 1899 (zitiert nach Gygax, Kritische Betrachtungen, S. 27):

> „Es half den Emissionsbanken nichts, von dem gesetzlichen Recht Gebrauch zu machen, Banknoten mit Ausschluss der eigenen erst drei Tage nach Vorweisung gegen bar einzulösen. Die Draineurs liessen sich auch diese dreitägige Frist gefallen. Schliesslich waren aber die Banken nicht mehr so gutmütig, ihnen das Silber schön in Doppelsäcken verpackt zu geben, die man nur zur Post tragen oder fahren konnte, sondern zählten ihnen die Taler Stück für Stück an den Schaltern vor, was oft eine tagelange ermüdende Arbeit bedeutete.“

So wenig gegen den Silberexport der ersten Art einzuwenden war, um so unmoralischer musste man diese berufsmässige Agiotage finden. Hatte doch die Bank die ganzen Kosten dieser Spekulation zu tragen, da sie unter grossen Opfern das Metall aus dem Ausland wieder hereinholen musste, um ihren Kassenbestand auf der gesetzlichen Höhe zu halten. Durch diesen erzwungenen Import wuchs wieder stetig die Nachfrage nach Check Paris von Seiten der Notenbanken, die dadurch ihrerseits weitere

Kurssteigerungen bewirkten. Wie die Tabelle zeigt, hatten sich die Kosten für Barschaftsbezüge von 1896 auf 1897 beinahe verdoppelt und eine Schmälerung der Dividende von Fr. 19. — veranlasst. Es musste deshalb nach Wegen gesucht werden, um einen solchen, die Existenz der Bank gefährdenden Zustand zu beseitigen.

Bei der Erörterung der Frage wurde verschiedentlich die Notwendigkeit einer zentralen Notenbank betont. Auch Kalkmann in seinen Untersuchungen über das Geldwesen der Schweiz, St. Gallen 1901, stimmt dem bei, S. 81:

> „Der zukünftigen Bundesbank wird es bedeutend leichter fallen, nach innen und aussen eine richtige Diskontpolitik zu treiben als den gegenwärtigen Notenbanken. Sie wird ihre Ansprüche an die Qualität und Solidität der Wechsel bedeutend erhöhen und dadurch dem leichtsinnigen Kreditgeben ein Ende machen; auch wird sie sich, ohne auf irgendwelche Sonder-Interessen Rücksicht zu nehmen, in ihrer Geschäftsführung lediglich nach den Bedürfnissen der Gesamtheit richten. Ihre Herrschaft über den Geldmarkt wird dann eine grössere sein, als bei 34 einzelnen Banken, so dass sie auch von aussen kommenden Angriffen auf die schweizerische Valuta mit grösserer Energie und besserem Erfolge wird begegnen können."

Zu diesem Zwecke hält er allerdings eine Beseitigung des Abhängigkeitsverhältnisses von Frankreich in währungspolitischer Hinsicht durch Austritt aus dem lateinischen Münzbunde für erforderlich.

Wie die Verhältnisse aber lagen, glaubte man eine Änderung nur herbeiführen zu können durch:

1. Herabsetzung der Notenemission;
2. Gemeinsame Diskontpolitik;
3. Beteiligung sämtlicher Emissionsbanken an den Kosten der Barschaftsbezüge.

Mit der Notenreduktion wurde der Anfang gemacht, wie bereits früher gezeigt, ohne Erfolg; andere Banken sprangen mit ihren Noten in diese Lücke ein. Darum versuchte man es mit einer Diskonterhöhung, die in anderen Ländern meist die Kassenbestände wirksam verteidigte; aber auch dieses Mittel vermochte in Anbetracht des dezentralisierten Bankwesens nicht zu helfen; auf den Wechselkurs war der Einfluss kaum nennenswert; er erreichte die bis dahin nie gekannte Höhe von 100.83. Nur ein gemeinsames Vorgehen sämtlicher Banken hätte Aussicht auf Erfolg gehabt.

Kalkmann sieht den Fehler der Banken darin, dass sie ihren Satz nicht in zureichendem Masse erhöhten.

Wie aber auch ein starkes Anziehen der Diskontoschraube oft wirkungslos verläuft, zeigen gerade die jüngsten Ereignisse in Deutschland. Hierüber schreibt das Effektenkursblatt der Schweizerischen Kreditanstalt vom November 1907 folgendes:

> „Die Kursbewegung einzelner Valuten ist eine der landesläufigen Theorie direkt zuwiderlaufende. Namentlich leistete der Gang der deutschen Devise den Beweis für die Ansicht, dass man die Devisenkurse durch eine Verteuerung des Geldes mittelst Heraufsetzung des Wechseldiskontos wohl vorübergehend zu beeinflussen vermag, dass aber der Stand einer Landesvaluta durch künstliche Mittel dauernd nicht gehoben werden kann. Auch der Satz, dass die Internationalität des Kapitalmarktes Geld dahin abfliessen lässt, wo es am höchsten bewertet wird, ist sicher nur mit Einschränkung richtig. Der oberste Regulator einer Landesvaluta bleibt die Zahlungsbilanz; diese kann aber durch das künstliche Heranziehen von Geld durch Vergütung hoher Zinsen auf die Dauer nicht beeinflusst werden, und die vermeintliche Wirkung fremder Gelder auf die Landesvaluta schlägt ins Gegenteil um, wenn die fremden Geldgeber ihr Guthaben aus irgend einem Grunde zurückziehen wollen, sei es, dass sie befriedigende Verwendung im eigenen Lande haben, sei es, dass politische, wirtschaftliche oder finanzielle Befürchtungen derartige Dispositionen als wünschenswert erscheinen lassen."

Der letzte auf Abhilfe zielende Vorschlag ging von der Banque de Genève, der zweiten Genfer Notenbank, aus. Sie empfahl einer ausserordentlichen Generalversammlung der Konkordatsbanken im Februar 1898 eine Bestimmung über Beteiligung sämtlicher Emissionsbanken an den Kosten der Barschaftsbezüge zur Aufnahme in die Satzungen, unter der Begründung, dass die hohen Kurse eine Folge der wirtschaftlichen Lage der ganzen Schweiz seien. Weil daher die Banken an der Landesgrenze, besonders im Westen, die ganze Schweiz mit Metall versorgten, so müssten auch die Spesen dieser Importe gemeinsam getragen werden. Der Antrag fand keine Annahme, wurde aber Anfang 1899 durch die Banque du Commerce von neuem eingebracht.

Die Verhandlungen über diesen Punkt zogen sich sehr in die Länge, und erst am 3. Juni 1899 wurde ein diesbezügliches Abkommen getroffen, welches nachstehenden Wortlaut hatte:

Vereinbarung

zwischen den

Schweiz. Emissionsbanken zum Schutze ihrer Barbestände und zur Verteidigung der ökonomischen Interessen des Landes.

Beschlossen in der Generalversammlung der Schweizerischen Emissionsbanken in Lugano den 3. Juni 1899.

Art. 1. Die Emissionsbanken verpflichten sich mit allen ihnen zu Gebot stehenden Mitteln gegen den ungünstigen Wechselkurs anzukämpfen und alle Massregeln zu ergreifen, um die Ausfuhr von Barschaft zu verhindern. Zu diesem Zwecke beschliessen sie was folgt:

Offizieller Diskonto-Satz.

Art. 2. Die Emissionsbanken anerkennen als Basis für ihre Operation einen einheitlichen offiziellen Diskontosatz, der vom Komitee festgesetzt wird (unbeschadet der Vereinbarung, welche den Privatsatz regliert).

Art. 3. Nur Wechsel, welche länger als zwölf Tage zu laufen haben, dürfen unter dem offiziellen Satze diskontiert werden.

Art. 4. Bei den Diskontoberechnungen wird das Jahr zu 360 und der Monat zu 30 Tagen gerechnet.

Art. 5. Die Banken werden von den Abänderungen im offiziellen Diskontosatze telegraphisch in Kenntnis gesetzt, unter schriftlicher Motivierung.

Art. 6. Ueber die Einzelheiten der Ausführung dieser Bestimmungen werden sich die Mitglieder des Komitees unter einander verständigen.

Verteilung der Kosten verursacht durch den Bezug von Barschaft vom Auslande.

Art. 7. Die Banken kommen überein, denjenigen unter ihnen, welche Barschaft vom Auslande kommen lassen, einen Teil ihrer bezüglichen Auslagen zu vergüten.

Auf diese Vergütung haben ebenfalls Anspruch die Banken, welche durch besondere Abmachungen den Barexport verhindern. Das Komitee wird durch ein besonderes Regulativ das Nähere feststellen.

Art. 8. Zu diesem Zwecke verpflichtet sich jede Bank einen jährlichen Beitrag zu leisten in der Höhe von Maximum 1 ‰ ihrer wirklichen durchschnittlichen Emissionssumme.

Art. 9. Die Banken, welche, von Art. 22 des Bundesgesetzes über Ausgabe und Einlösung von Banknoten Gebrauch machend, nach Inkrafttreten der gegenwärtigen Vereinbarung von andern Emissionsbanken, welche dieser Vereinbarung angehören, gegen zurückgesandte Noten Barschaft verlangt haben, sind für das laufende Jahr von der Vergütung ausgeschlossen.

Art. 10. Die Banken haben im Laufe des Monats Januar ihren Beitrag an das Präsidium zu entrichten.

Art. 11. Der Beitrag kann nicht für weniger als ein Jahr bezahlt werden.

Im Jahre des Inkrafttretens jedoch, sowie in demjenigen der Auflösung der Vereinbarung, wird der Beitrag nur für die durchlaufene Zeit berechnet.

Art. 12. Die Totalsumme, welche an das Präsidium bezahlt worden ist, wird jedes Jahr unter die Banken, welche gemäss Art. 7 Anspruch auf Entschädigung haben, nach Massgabe ihrer Auslagen für Porto und Agio, verteilt.

Art. 13. Die Banken, welche eine Vergütung beanspruchen, sind gehalten, das Präsidium davon in Kenntnis zu setzen, unter Einsendung der bezüglichen Belege; worauf das Komitee beschliesst.

Art. 14. Die Vergütung darf keinesfalls mehr als die Hälfte der gehabten Auslagen betragen.

Organisation.

Art. 15. Das Komitee besteht aus sieben Mitgliedern. In demselben sind vertreten die Banken der Plätze Basel, Bern, Genf, St. Gallen und Zürich und zwei weiterer Plätze, welche jeweilen auf ein Jahr von der Generalversammlung bezeichnet werden. Die Vertreter desselben Platzes haben im Komitee nur eine Stimme.

Art. 16. Das Komitee beruft die Emissionsbanken jährlich ein Mal in der ersten Hälfte des Monats Juni zu einer ordentlichen Generalversammlung ein, und ausserordentlicher Weise so oft es die Generalversammlung oder das Komitee für nötig erachten, oder wenigstens sieben Banken das Begehren stellen.

Art. 17. Sämtliche gemäss Art. 43 des Banknotengesetzes an den Bundesrat zu leistenden Ausweise sind jeweilen gleichzeitig von jeder Bank an alle Banken zu senden, welche der Vereinbarung angehören.

Die Wochensituationen haben, ausser den vom Bundesrat verlangten Angaben, einen Ausweis über den Bestand an Noten von jeder der übrigen Emissionsbanken auf Ende der vorhergehenden Woche zu enthalten.

Art. 18. Eine Bank kann nur auf Ende eines Jahres aus der Vereinbarung austreten, nach erfolgter Anzeige an das Präsidium wenigstens einen Monat vorher.

Art. 19. Die Auslagen des Komitees werden von der Totalsumme der Beiträge in Abzug gebracht.

Art. 20. Diese Vereinbarung tritt sofort in Kraft und die Verteilung der Kosten wird vom *1. Juli 1899* an berechnet.

Leider sollte die Banque de Genève nicht mehr in den Genuss derselben treten, da sie unter dem Eindruck der besonders ungünstigen Verhältnisse des Jahres 1899 am 17. März den Beschluss fasste, auf ihr Notenemissionsrecht Verzicht zu leisten. Seit dem 15. Mai desselben Jahres gehörte sie nicht mehr den Emissionsbanken an.

Charakteristisch ist aus ihrem Jahresbericht folgende Bemerkung (angeführt im Bericht der Banque du Commerce vom 12. Februar 1900, S. 5):

„Le fait qu'elle est banque d'émission ne sert absolument qu'aux étrangers qui l'exploitent."

Aus demselben Grunde sah sich die Berner Kantonalbank gezwungen, ihre an der französischen Grenze in Pruntrut gelegene Filiale zu schliessen.

Ueber die Wirkungen dieses Verzichts äussert sich Gygax wie nachstehend (a. a. O., S. 25—27):

„Seitdem die Banque de Genève auf das Notenemissionsrecht verzichtete und die Banque du Commerce auf dem Platze Genf die alleinige Notenbank ist, hat die Silberdrainage sich mehr und mehr auch auf andere Plätze, Lausanne, Bern etc., ausgedehnt. Der Platz Zürich empfindet mehr und mehr die starken Barschaftsentnahmen von seiten ausländischer Agioteure. Die Wellen des Ansturmes auf die Kassen der westlichen Emissionsbanken verlaufen sich in neuerer Zeit stärker als zuvor bis in die Ostschweiz, wo sie sich durch den Rückfluss der im Westen zur Einlösung vorgewiesenen ostschweizerischen Noten zur Deckung durch Barschaft ankündigen."

1900 trat eine Abnahme der Barimporte ein; man geht wohl nicht fehl in der Annahme, dass sie neben der geschickten Zusammensetzung und Verwertung des Devisen-Portefeuilles hauptsächlich auch dem moralischen Eindruck dieser in Form der Konvention von Lugano betätigten gemeinsamen Abwehr sämtlicher Notenbanken zuzuschreiben ist. Eine weitere Abschwächung infolge Fallens des Kurses bis unter den Goldpunkt zeigt sich 1901, während das folgende Jahr mit einem Durchschnittskurse von 100.34 und einem durchschnittlichen Banksatz von 3,77 Bezüge in Höhe von 27,7 Millionen erheischte und von neuem die Frage anregte nach den Beziehungen zwischen Silberimporten, Pariser Wechselkurs und Banksatz.

Dass der Handelsbilanz keine ausschlaggebende Bedeutung zukommt, geht aus der Tatsache hervor, dass diese auch 1903 nach wie vor passiv war, trotzdem aber der französische Wechselkurs bis auf 99.91 sank. Im März und November dieses Jahres hatte das Eidgenössische Eisenbahn-Departement 220 Millionen Franken 3 % Titel an französische Banken verkauft, der Kanton Freiburg weitere 40 Millionen. Ein starkes Angebot Pariser Wechsel mit einem Sinken des Kurses unter pari war die Folge. Da auch in den folgenden Jahren die Devise Frankreich nie längere Zeit den Goldpunkt überschritt, so sank die Silberdrainage in sich zusammen.

II. Wechsel.

Kapitel 13. Die Diskontwechsel.

Von den beiden Zweigen des Wechselgeschäftes, dem Diskont- und Inkassogeschäft, steht das erstere bei allen Banken weitaus im Vordergrunde; es ist von ganz besonderer Bedeutung bei den Emissionsbanken mit beschränktem Geschäftsbetrieb.

Die Anlage der durch die Passivgeschäfte zugeflossenen Gelder hatte unter zwei Gesichtspunkten zu erfolgen; einmal war die Sicherheit, dann aber auch die leichte Realisierbarkeit zu berücksichtigen.

Diskontwechsel. *No. 9.*

Jahr	Umsatz	Durchschnittlicher Bestand	Jahr	Umsatz	Durchschnittlicher Bestand
	Fr.	Fr.		Fr.	Fr.
1846	14,121,344	2,344,103	1877	137,543,619	14,147,052
1847	18,580,293	2,465,877	1878	150,830,471	14,909,501
1848	7,031,400	1,454,655	1879	158,371,055	15,722,178
1849	9,904,898	2,267,142	1880	172,490,858	16,187,502
1850	14,339,172	3,114,675	1881	214,333,480	19,121,483
1851	16,971,652	3,471,437	1882	210,353,598	17,002,526
1852	20,287,849	3,695,582	1883	139,942,920	14,076,003
1853	29,708,032	4,084,376	1884	131,837,487	13,889,650
1854	31,852,827	4,033,141	1885	131,415,340	14,701,046
1855	41,161,919	4,094,992	1886	143,732,272	13,844,935
1856	53,706,405	5,052,429	1887	130,116,594	13,831,395
1857	53,580,872	4,750,101	1888	124,758,028	13,588,328
1858	43,986,302	5,234,558	1889	151,869,313	14,123,371
1859	44,494,271	5,605,152	1890	147,413,140	14,288,431
1860	44,227,920	5,409,929	1891	169,081,024	15,252,814
1861	45,109,242	5,351,749	1892	146,884,265	14,777,121
1862	43,916,047	5,561,071	1893	150,854,809	15,463,705
1863	47,382,326	5,445,098	1894	145,501,198	14,600,083
1864	52,598,822	4,951,471	1895	167,829,516	16,602,327
1865	50,649,318	5,259,553	1896	171,051,130	15,245,200
1866	46,145,336	5,494,550	1897	197,478,598	14,669,166
1867	39,584,354	5,470,795	1898	156,214,377	11,820,815
1868	39,492,692	4,808,965	1899	217,880,611	14,342,942
1869	39,565,681	5,178,525	1900	255,487,156	16,617,507
1870	44,673,255	5,719,818	1901	230,159,000	15,872,000
1871	52,893,461	6,781,515	1902	235,096,997	16,299,570
1872	77,625,047	8,596,508	1903	219,224,724	15,522,277
1873	125,887,060	11,876,274	1904	202,258,059	15,730,327
1874	144,424,472	13,449,075	1905	206,672,920	16,868,046
1875	160,994,054	14,460,920	1906	185,419,010	16,189,691
1876	138,474,387	13,832,663			

Als sicherste und liquideste Anlage galt von jeher der Wechsel; er bietet in hohem Grade den Vorteil der Risikoverteilung, und es ist selten, dass eine gutgeleitete Emissionsbank an ihrem Portefeuille Verluste von

grösserer Bedeutung erlitten hat. Daher legen denn auch die meisten Banken ihre disponibeln Mittel in Diskonten an.

Seit Inkrafttreten des Gesetzes von 1881 figuriert in den Bilanzen ein „Garantie-Portefeuille“ und ein „Nicht-Garantie-Portefeuille“. Für ersteres bestimmte Art. 15 des Gesetzes:

„Die Deckung durch das Wechsel-Portefeuille, welches den Noteninhabern gleichsam als Spezialfonds dient, erfordert Wechsel, welche längstens in vier Monaten fällig, mit wenigstens zwei soliden Unterschriften, darunter einer inländischen, versehen oder an Stelle der einen Unterschrift durch ein zureichendes Faustpfand gesichert sind.

Als Bestandteile dieses Portefeuilles sind gleich den Wechseln zulässig: Noten anderer schweizerischer Emissionsbanken, Checks und binnen acht Tagen zahlbare Depotscheine inländischer solider Banken, und binnen vier Monaten fällige schweizerische Staatskassenscheine, Staatsobligationen und Coupons von solchen.“

Die hier nicht aufgeführten Wechsel bilden das „Nicht-Garantie-Portefeuille“; es waren dies in der Hauptsache Devisen ohne schweizerische Unterschrift und städtische Kassenscheine (rescriptions municipales).

Die Entwicklung des Portefeuilles veranschaulicht Tabelle No. 9.

Die Diskontbedingungen waren laut Zirkular vom 20. April 1874 die folgenden:

Dispositions générales:

L'admission des effets présentés à l'escompte est entièrement du ressort du Comité d'Escompte, qui se réunit chaque jour à midi.

Les effets doivent être déposés à la Banque avant $11^1/_2$ heures, accompagnés d'un bordereau détaillé et signé. Passée cette heure-là, ils seront renvoyés au lendemain. Les endossements doivent être régulièrement remplis, sauf le dernier, qui ne doit porter que la signature du présentateur ou son acquit.

La Banque ne se charge pas des diligences à faire pour les effets impayés sur le Canton, lesquels sont restitués à ses clients de la place le lendemain de l'échéance dans la matinée.

ESCOMPTE.

La Banque admet à l'escompte les effets réguliers payables dans la ville de Genève et dont l'échéance n'excède pas 120 jours, revêtus de la signature d'au moins deux personnes domiciliées, ou élisant domicile, dans le canton de Genève, ou d'une personne domiciliée, ou élisant domicile, dans le Canton et de deux personnes étrangères au Canton.

Les effets sur la banlieue, au delà des limites de l'octroi (c'est-à-dire Plainpalais, la Coulouvrenière, la route de Carouge, la Terrassière et les Eaux-Vives), et ceux sur

Carouge (ces derniers seulement aux échéances des 15 et fin de mois), sont admis à l'escompte moyennant une taxe de fr. 1.— pour mille, au maximum de fr. 1.50 et au minimum de 20 cts.

L'escompte doit être chiffré pour chaque effet et produire un minimum de 20 cts. d'intérêt.

La Banque admet aussi à l'escompte, au pair, moyennant bonification du timbre, s'il y a lieu, et aux mêmes conditions que les effets sur Genève, les lettres de change régulières ayant au moins cinq jours à courir, sur les places suivantes:

Aarau.	*Fribourg.*	*Neuchâtel.*	*Soleure.*
Bâle.	*Glaris.*	*Olten.*	*Thoune.*
Berne.	*Langenthal.*	*Porrentruy.*	*Vevey.*
Berthoud.	*Lausanne.*	*Saint-Gall.*	*Zurich.*
Bienne.	*Locle.*	*Saint-Imier.*	*Winterthour.*
Chaux-de-Fonds.	*Lucerne.*	*Schaffhouse.*	

Le jour même de l'escompte, depuis 2½ heures, les présentateurs devront envoyer leur carnet à la Banque pour faire inscrire le produit net des effets admis à l'escompte et dont le montant est mis à leur disposition immédiate. Ils feront retirer en même temps, s'il y a lieu, les effets non admis.

Infolge des Sonderbundskrieges und der übrigen Zeitereignisse war in den ersten Jahren grosser Mangel an guten schweizerischen Wechseln; daher hatte die Bank einen Teil ihrer verfügbaren Gelder in Devisen auf Paris angelegt, die alle, trotz der Februar-Revolution 1848, ohne Verlust dank der Vermittlung eines Aktionärs der Bank, eingingen.

Die Krisis von 1848 bewirkte selbstverständlich einen Rückgang der diskontierten Beträge, die nachher bald wieder eine stetig steigende Linie aufweisen. Besonders stark sind die Zunahmen in den Jahren 1856, 1873 und zu Beginn der 1880er Jahre. In diese Zeit fallen die verschiedenen Kapitalvergrösserungen, als Ausfluss der Anschauungen, welche Ernest Pictet, der langjährige Präsident des Verwaltungsrates, in den Worten zusammenfasst (a. a. O., S. 11):

> „Ce qui doit importer à une banque de circulation, pour être fidèle au mandat qu'elle s'est donnée vis-à-vis du public, c'est de pouvoir constamment accepter tout le papier solvable qu'on lui présente, quitte à en fixer à sa guise les conditions d'escompte. Autrement sa clientèle, qui ne pourrait compter sur les ressources de la banque dans les moments difficiles, risquerait de lui faire défaut en temps ordinaire."

Interessant ist eine Bemerkung in dem Bericht vom 4. Februar 1851, Seite 10, wonach die Gewohnheit, Rechnungen durch Wechsel mit festem Verfall zu begleichen, in Genf noch ziemlich unbekannt war; es wird darauf hingewiesen, wie eine Einbürgerung dieses Brauches eine bedeutende Zunahme der Geschäfte der Bank bewirken würde und ausserdem den Kaufleuten die Gewissheit gäbe, an einem bestimmten Tage auf den Eingang ihrer Aussenstände rechnen zu können.

Der Aufschwung des wirtschaftlichen Lebens Mitte der 1850er Jahre bahnte immer regere Beziehungen zwischen Genf und den übrigen schweizerischen Hauptplätzen an; es zeigte sich daher die Notwendigkeit, die enggezogenen Grenzen des Diskontgeschäftes durch Satzungsänderung zu erweitern bis zu dem im Art. 3, Ziff. 7 gegebenen Wortlaut, wozu der Bericht vom 13. Februar 1893 auf Seite 6 bemerkt:

„L'administration cherchera encore plus à se mettre à la hauteur des circonstances nouvelles qui pourront se produire, son intérêt comme ses sympathies devront la pousser toujours davantage à augmenter ses relations d'affaires normales avec les autres centres commerciaux de notre pays."

Begünstigt wurde eine derartige Entwicklung namentlich dadurch, dass sich die verschiedenen Emissionsbanken durch Konkordate mehr und mehr an einander anschlossen.

Das Verhältnis der Platzwechsel, Inlandswechsel, Devisen und Kassenscheine im Portefeuille unterlag grossen Schwankungen; so waren vorhanden am 31. Dezember

Wechsel auf

Jahr	Genf	übrige Schweiz	Ausland	Rescriptions (Schatzanweisungen)
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
1872	8,7 Mill.	2,2 Mill.	—	—
1873	6,16 „	4,633 „	—	0,3 Mill.
1874	4,4 „	7,0 „	0,41 Mill.	0,2 „
1875	5,0 „	4,4 „	0,117 „	0,405 „
1876	6,4 „	7,4 „	0,032 „	0,400 „
1877	6,8 „	5,6 „	—	0,12 „
1886	6,1 „	4,7 „	0,225 „	0,100 „
1896	5,9 „	6,4 „	0,150 „	1,0 „
1899	3,2 „	7,5 „	0,745 „	2,0 „
1900	5,0 „	7,4 „	4,8 „	—
1901	4,0 „	9,8 „	3,0 „	—
1902	5,8 „	6,3 „	2,9 „	1,05 „
1903	4,1 „	4,27 „	3,8 „	1,9 „
1904	6,0 „	10,0 „	2,1 „	2,55 „
1905	4,8 „	12,2 „	0,5 „	2,1 „
1906	1,5 „	11,1 „	0,6 „	3,3 „

Hierzu einige Bemerkungen aus den Jahresberichten:

1874, S. 4: „Le manque d'activité dans les transactions s'est manifesté à la Banque par une diminution considérable dans notre portefeuille de papier sur Genève."

1877, S. 5: „Il n'y a donc rien que de très-naturel à ce que notre situation locale ait continué à se ressentir du malaise général. La conséquence forcée de cet état de chose a été une diminution dans les présentations du papier de la place. La compensation de ce déficit s'est trouvée plus ou moins dans l'escompte des lettres de change sur les autres villes de Suisse. Ce papier-là fait rarement défaut, soit qu'il nous vienne par nos clients de Genève, soit qu'il nous soit endossé par les banques concordataires."

Die Tatsache, dass die Zahl der zum Diskont angebotenen Wechsel auf Genf mehr und mehr zurückging, veranlasste 1890 zu der Frage: „Cela vient-il de ce que l'on paie davantage comptant ou de ce que les établissements, ou maisons, qui font le crédit direct, n'ont pas eu autant besoin que précédemment de se procurer des ressources en réescomptant ce papier?"

1899 heisst es (Bericht vom 12. Februar 1900, S. 8):

„Nous avons pu alimenter notre portefeuille, à côté du papier local, auquel nous accordons toujours la préférence, d'effets de change cédés par les grands établissements de crédit des autres places suisses, et souvent aussi par les Banques d'émission elles-mêmes. Le papier sur Paris et celui sur Londres nous ont procuré de temps à autre des retours avantageux en numéraire."

Charakteristisch ist ferner, besonders im Hinblick auf die Wechselkurse, folgende Äusserung vom 8. Februar 1904, S. 11:

„La concurrence des autres preneurs de papier sur le marché libre s'est fait tout spécialement sentir l'année dernière.

Les Banques d'émission y ont rencontré, en particulier, ces mêmes établissements acheteurs de fonds fédéraux, qui avaient intérêt à se pourvoir d'effets plus ou moins longs sur la Suisse pour faire face aux payements successifs qu'ils étaient engagés à effectuer entre les mains de la Confédération.

En revanche, la Banque a trouvé à ce déficit de notre papier commercial suisse une compensation importante dans le chiffre de rescriptions que notre département des finances, d'un côté, et la ville de Genève, de l'autre, nous ont demandé d'escompter dans le cours de l'exercice.

A la suite de renouvellements successifs il nous en restait au 31 décembre dernier fr. 1,900,000 de rescriptions cantonales, qui peuvent figurer dans notre portefeuille de garantie, et fr. 2,600,000 de rescriptions municipales inscrites dans la rubrique „autres créances à terme."

Über die zunehmende Konkurrenz klagt der Bericht von 1904:

„Nous avons toujours à lutter contre la concurrence sur le marché libre des autres preneurs de papier,"

und fährt dann fort:

„Le papier sur l'étranger, dont la présence dans notre portefeuille est une condition indispensable de sécurité, continue à tenir largement sa place dans nos opérations régulières d'escomptes. (Bericht vom 6. Februar 1905, S. 7.)

Für die durch Rückzahlung der Kassenscheine verfügbar werdenden Gelder musste anderweitige Anlage beschafft werden:

„C'est dans le papier étranger de tout premier ordre cela va sans dire, bien que sans signature suisse, que notre direction a pu utiliser avantageusement quelques-unes de ses ressources disponibles. La direction a profité de son expérience technique et de ses excellents et nombreux correspondants pour se procurer en Allemagne et en Angleterre du papier qui ne laissait rien à désirer comme sécurité de signatures, et qui, grâce aux taux élevés pratiqués dans ces deux pays, constituait des placements très rémunérateurs.

Notre directeur a été d'autant plus encouragé dans cette voie que la Banque Nationale s'est fait accorder par la nouvelle loi la même faculté pour le papier étranger, qui pourra figurer dans son portefeuille de garantie de billets, au même titre que les effets de change sur la Suisse." (Bericht vom 18. Februar 1907, S. 7.)

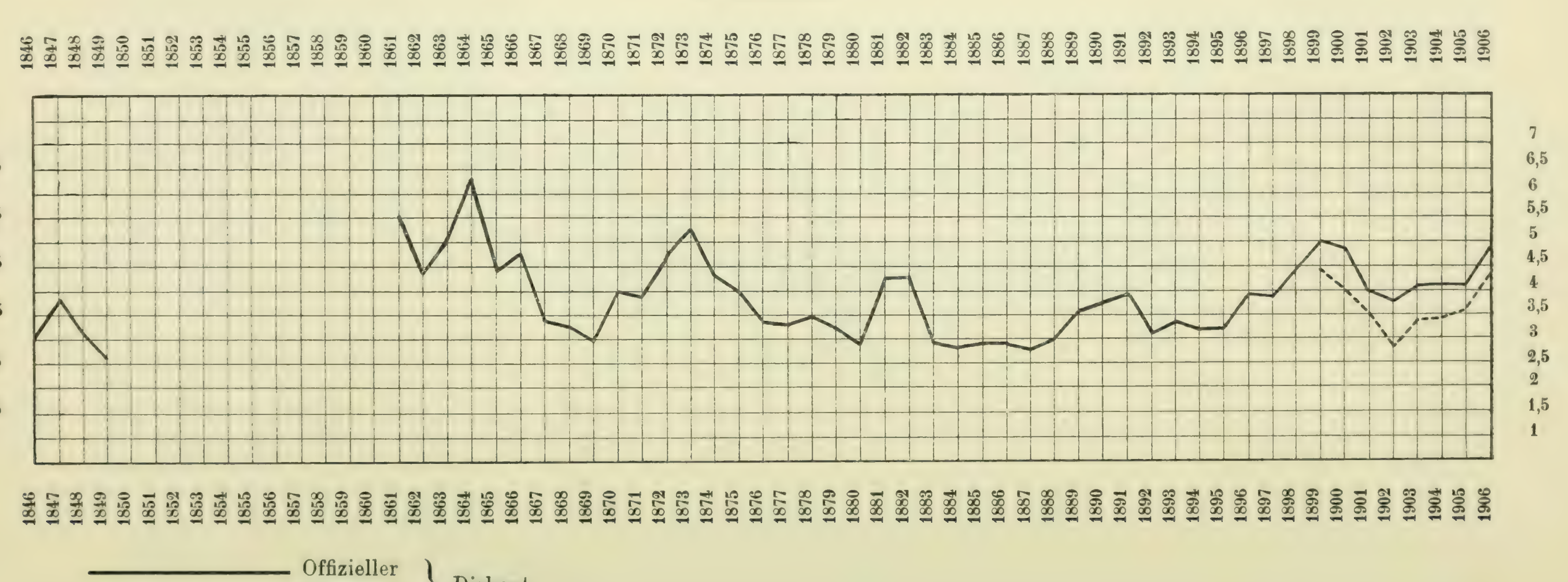
In welch hohem Masse die Bank bei ihrem Diskontgeschäft von Anfang an die kleinen Kaufleute berücksichtigte, geht aus nachstehender Aufstellung der Abschnitte unter Fr. 1000.—, die sich jeweilig in ihrem Portefeuille befanden, hervor:

Jahr	Zahl der Abschnitte	% aller diskontierten Wechsel	Jahr	Zahl der Abschnitte	% aller diskontierten Wechsel	Jahr	Zahl der Abschnitte	% aller diskontierten Wechsel
1857	5,797	45,42	1866	5,523	58,39	1875	14,833	67.55
1858	5,477	54,28	1867	4,840	56,39	1876	16,310	69,40
1859	7,210	58,42	1868	3,987	58,85	1877	17,098	68,75
1860	8,676	63,60	1869	3,780	61,10	1878	18,062	65,34
1861	9,670	63,75	1870	4,510	59,39	1879	19,194	61,56
1862	7,511	61,35	1871	4,696	55,44	1880	14,938	58,23
1863	7,658	62,39	1872	7,679	58,70	1881	16,078	57,91
1864	10,984	70,93	1873	11,446	62,68			
1865	9,009	65,91	1874	13,141	65,55			

Mitte der 1860er Jahre wurde das Verhältnis ungünstiger, weil der Kleinhandel unter der schlechten Geschäftslage ganz besonders litt; erst ein Jahrzehnt später erreichten die prozentualen Zahlen die alte Höhe.

Offizieller und Privat-Diskont

in Durchschnittssätzen.



Kapitel 14. Die Diskontpolitik.

Bei der Diskontpolitik sind drei Perioden zu unterscheiden:

1. von 1846—1893: selbständige Diskontpolitik;
2. „ 1893—1899: Diskontpolitik der Konkordatsbanken;
3. „ 1899 an Diskontpolitik der Emissionsbanken.

Die graphische Darstellung und nachstehende Tabelle geben einen Überblick über die Maximal-, Minimal- und Durchschnittssätze.

No. 10.

Jahr	Sätze			Jahr	Sätze			Durchschnittlicher Privatsatz
	Maximum	Minimum	Durchschnitt		Maximum	Minimum	Durchschnitt	
1846	3	3	3	1877	4,5	2,5	3,26	—
1847	4	3	3,9	1878	4,5	3	3,47	—
1848	3,6	2,5	3,1	1879	4,5	2,5	3,21	—
1849	3	2,5	2,6	1880	4,5	2,5	2,98	—
1850	—	—	—	1881	6	3	4,13	—
1851	—	—	—	1882	6	4	4,33	—
1852	—	—	—	1883	4	2,5	2,95	—
1853	—	—	—	1884	3,5	2,5	2,76	—
1854	—	—	—	1885	4	2,5	2,87	—
1855	—	—	—	1886	3,5	2,5	2,87	—
1856	—	—	—	1887	4	2,5	2,77	—
1857	—	—	—	1888	4,5	2,5	3,04	—
1858	—	—	—	1889	4,5	3	3,60	—
1859	—	—	—	1890	5	3	3,80	—
1860	—	—	—	1891	4,5	3,5	3,92	—
1861	—	—	5,61	1892	4,5	2,5	3,05	—
1862	—	—	4,41	1893	4,5	2,5	3,37	—
1863	—	—	5,05	1894	4	3	3,17	—
1864	7	—	6,26	1895	4,5	2,5	3,27	—
1865	—	—	4,47	1896	5	3,5	3,94	—
1866	5	4	4,71	1897	4,5	3,5	3,92	—
1867	4	3	3,41	1898	5	4	4,40	—
1868	3,5	3	3,33	1899	6	4,5	4,97	4,40
1869	3,5	2,5	2,97	1900	6	4,5	4,88	4
1870	6	3,5	4	1901	5	3,5	3,98	3,44
1871	5	3	3,83	1902	4,5	3,5	3,77	2,91
1872	6	4	4,64	1903	4,5	3,5	4,06	3,43
1873	7	4	5,27	1904	4,5	3,5	4,05	3,44
1874	6	3	4,32	1905	5	3,5	4,04	3,55
1875	5	3,5	3,97	1906	5,5	4,5	4,76	4,31
1876	5	2,5	3,33					

Während der ersten Periode der Diskontpolitik lag die Festsetzung des Banksatzes in Händen der Verwaltung, die ihn bei Eröffnung der Bank auf 3 % normierte, war es ihr doch vor allem darum zu tun, gute Wechsel zu mässigen Bedingungen hereinzunehmen. Allein die politischen Ereignisse in Paris mit ihren Folgen zwangen bald zu einer Erhöhung; diese höheren Sätze blieben, weil auch die Schweiz von inneren Schwierigkeiten heim-

gesucht wurde, bis Anfang 1848 in Geltung. Die dann eintretende Ermässigung um $^{4}/_{10}$ % vermochte aber den disponibeln Mitteln nicht genügende Anlagen zuzuführen. Weitere Herabsetzungen auf 3, später auf $2^{1}/_{2}$ % waren bei der Knappheit an Wechseln ebenfalls ohne grosse Wirkung; daher überstiegen die unbeschäftigten Gelder Ende 1848 drei Millionen. Die politischen Wirren hatten, wie leicht begreiflich, auch eine Handelskrisis zur Folge, die jedoch Genf im allgemeinen ohne grössere Verluste überstand, sind doch alle am 31. Dezember 1848 notleidenden Wechsel der Bank im Betrage von Fr. 29,534. 30 voll eingegangen. Die Seltenheit diskontfähigen Papiers veranlasste eine Satzungsänderung, wonach auch Abschnitte mit zwei Unterschriften zum Diskont zugelassen wurden. Da sich allmählich auch eine Besserung der Lage bemerkbar machte, so stieg das Wechselangebot, und der Banksatz zog ebenfalls an. Einige Zeit später klagen die Berichte sogar über Geldknappheit, die eine Reduktion der eingeräumten Wechselkredite erforderlich machte. (Bericht vom 3. Februar 1857, S. 5.) Empfindlich war diese Massregel besonders für die Caisse d'Escompte, welche durch übermässige Förderung der Bauspekulation in Schwierigkeiten geriet und dafür die Bank verantwortlich zu machen suchte, weil diese bei der Hereinnahme ihrer Wechsel eine schärfere Auswahl traf. Neben diesen Vorboten einer Krisis traten auch bald weitere Anzeichen eines Konjunkturumschwungs in die Erscheinung. Hierüber lesen wir in der Einleitung zu einem anonym erschienenen „Projet de Banque de Crédit et d'Echange“ aus dem Jahre 1854:

„La crise alimentaire se complique et s'aggrave; d'une part des conséquences fâcheuses de la guerre d'Orient, et d'autre part d'une autre crise, celle du numéraire, qui résulte de l'exploitation des gisements aurifères de la Californie et de l'Australie. Déjà les effets de ces calamités publiques se font sentir partout en Europe, et notamment à Genève. Sur notre place les ateliers de bijouterie commencent à chômer, ceux d'horlogerie exécutent leurs dernières commandes, les projets de construction s'ajournent, tandis que la hausse des denrées alimentaires marche de front avec les rigueurs de l'hiver. Et il faut oser s'avouer que cet état de choses ne peut qu'empirer à mesure que nous approchons des mois où s'épuiseront les provisions alimentaires et à mesure aussi que se compliqueront les événements du théâtre de la guerre.“

1857 konnten die bis auf 7 % gestiegenen Sätze wieder ermässigt werden. Der Krisis folgte eine Periode der Geschäftsstille mit

niedrigen Sätzen, erst Anfang der 1860er Jahre zog der Diskont wieder an; er erreichte in Genf 7 %, in Zürich und St. Gallen sogar 8 %. Die Kriegsfurcht Ende des 7. Jahrzehnts wirkte wieder lähmend auf alle Geschäfte; aus Mangel an Diskontwechseln wurden grössere Beträge in Effekten angelegt.

Die beiden Jahre 1870/71 standen unter dem Einfluss des deutsch-französischen Krieges. Gleich nach Beginn der Feindseligkeiten hörten die Barschaftsbezüge von Lyon für die Westschweiz, von Strassburg und Mülhausen für den Norden und Osten auf; die Folge war eine Geldkrisis schlimmster Art in der Nord- und Ostschweiz, der man durch Tarifierung englischer Goldmünzen zu begegnen suchte. Der Bundesrat setzte anfänglich den Preis für ein Pfund Sterling auf 25,20 fest, um sie nach der Schweiz zu ziehen. Da aber das Publikum diesen Kurs für zu hoch hielt, so erfolgte eine Reduktion auf 25.10, zu welchem Preise jedermann englische Sovereigns anzunehmen gehalten war. Die ausserdem geplante Vereinigung aller schweizerischen Emissionsbanken zwecks gegenseitiger Einlösung ihrer Noten scheiterte. Glücklicherweise änderte sich die Lage bald. Die Banque du Commerce blieb von dieser Geldklemme dank rechtzeitig getroffener Vorkehrungen verschont.

Die Nachwirkungen des Krieges waren für Genf eher günstig zu nennen, da dieser Platz als Vermittler zwischen den kriegführenden Mächten auftrat; vor allem galt dies für Börsenaufträge, welche ehedem nach Paris gingen, jetzt aber in Genf zur Ausführung gelangten. Viele Industriezweige blühten auf, während nur wenige unter den Einflüssen des Krieges zurückgingen. So berichtet die Handelskammer in Genf:

> „Les perturbations amenées par les hostilités, par l'interruption et la difficulté des transports, se sont fait grandement sentir à Genève. Toutefois il est quelques industries, notamment celles qui ont pour objet des articles de consommation ou d'une utilité générale, qui ont profité de l'état de guerre, ainsi les tanneries, les fabriques de chocolat, de tabac, les drogueries. Il en est de même pour certaines industries de luxe qui ont été appelées à fournir des objets que l'on ne pouvait pas se procurer dans les pays occupés par les hostilités, c'est le cas de la bijouterie, de l'horlogerie, de la lingerie; d'autres au contraire, et spécialement les industries de boîtes à musique ont éprouvé un notable ralentissement pendant la seconde moitié de l'année 1870, et pour plusieurs, si ce n'eût été les commandes déjà données, ou les travaux en cours de fabrication qui ne pouvaient s'interrompre,

la déclaration de guerre, aurait amené une cessation complète des travaux."

Dass aber Genf und die Schweiz nicht nur vorübergehend Nutzen aus den Verhältnissen zogen, zeigte sich sehr bald. Während früher die Importeure in Basel, Zürich und Genf ihre Lieferanten in Paris akkreditierten, liessen sie jetzt auf sich trassieren. So kam es, dass Schweizerwechsel aufhörten, im Ausland etwas Seltenes zu sein; sie wurden jetzt an den Börsen in New-York, London, Frankfurt a. M., Wien und Mailand offiziell notiert. Hinzu kam weiter, dass das Metall nicht mehr aus der Schweiz abfloss nach Frankreich, sondern nun umgekehrt infolge des Zwangskurses der Noten in Frankreich, Österreich und Italien, nach dem Satze: „le papier chasse la monnaie" in die Schweiz einwanderte.

Die Folge all dieser Ereignisse war ein starkes Anwachsen des Portefeuilles. Der durchschnittliche Diskont war 1870 4%, im nächsten Jahre 3,83%. Über den Gang der Geschäfte war es selbst der Handelskammer nur schwer möglich, Aufschluss zu geben: Nos industriels n'aiment pas toujours à être questionnés. An Stelle des Aufschwungs, der besonders in Deutschland sich einstellte, sprechen die Berichte der Bank und der Handelskammer von einer wenig befriedigenden Entwicklung. Das Jahr 1872 mit seinen grossen Kapitalbewegungen auf dem internationalen Geldmarkt, veranlasst hauptsächlich durch Auszahlung der französischen Kriegsentschädigung, zog auch Genf in Mitleidenschaft, nicht weniger als 15 Mal musste die Bank ihren Satz ändern und im folgenden Jahr machten die Finanzkrisen in verschiedenen Ländern sogar 28 solcher Änderungen erforderlich, mit einem Maximum von 7 und einem Minimum von 4%. Über die genferische Lokalindustrie sagt der Handelskammerbericht von 1873:

„Les embarras politiques de la France et la crise financière en Amérique surtout ont réagi désavantageusement sur la fabrique d'horlogerie; la bijouterie a été moins bien partagée encore, parce que, pour elle, aux causes déjà indiquées, est venue s'ajouter la grève de la fin de 1872, laquelle a porté ses fruits un peu plus tard. Bon nombre d'ouvriers avaient quitté Genève; ne trouvant pas au dehors les facilités d'existence auxquelles ils aspiraient, ils sont revenus, mais c'était trop tard: au détriment de tous, les commandes avaient pris une autre direction."

Die folgenden Jahre 1874—1877 sind für fast alle Industriezweige mit wenigen Ausnahmen schlecht. Der Bericht der Bank vom 12. März 1877, Seite 4, schildert die Lage mit den Worten: „Il n'y a pas d'affaires," die in

ihrer lakonischen Kürze die allgemeine Geschäftsunlust am besten kennzeichnen; trotzdem stiegen die Banksätze beim Herannahen des Martinitermins auf 5 %. Hierzu bemerkt die Verwaltung (S. 5):

„Ces variations, souvent un peu brusques, dans le prix de l'argent ne doivent point être mises à la charge exclusive de nos relations nouvelles avec les autres Banques suisses. Que les demandes d'espèces de celles-ci aient leur contre coup à Genève plus vite que ce n'était le cas naguère, c'est incontestable parce qu'il n'y a plus d'intermédiaires qui séparent la Banque et son réservoir de numéraire des établissements de crédit des autres cantons. Mais, avec ou sans concordat, le résultat final aurait toujours été le même: le taux d'escompte aurait toujours fini par hausser de proche en proche chez nous comme ailleurs. Et si, aujourd'hui, le niveau se rétablit plus vite, ce n'est certes pas un mal pour l'ensemble de ceux qui escomptent."

Im Jahre 1877 brach im Norden und Osten der Schweiz die Eisenbahnkrisis aus, im Westen blieb es bei der allgemeinen Lethargie. Grosse Kapitalien waren unbeschäftigt, daher Sinken der Leihpreise des Geldes bis auf $3^1/_4$ % im Durchschnitt. Nur langsam machte sich im nächsten Jahre eine Besserung bemerkbar; der Banksatz stieg auf 3,47 %. Da auch ein um $13^1/_5$ Millionen grösserer Betrag diskontiert worden war, so hätte das Ergebnis ein bedeutend günstigeres sein müssen, wenn nicht die durchschnittliche Laufzeit der Wechsel eine kürzere gewesen wäre als im Vorjahre. 1880 fiel der Banksatz auf 2,98 %; das war der tiefste Stand seit langen Jahren. Zahlreiche Konversionen wurden vorgenommen, die ihrerseits eine Kurssteigerung vor allem der Eisenbahnwerte bewirkten.

Es folgte eine kurze Periode des Aufschwungs mit Maximalsätzen von 6 %, der sich Anfang 1882 eine Börsenkrisis mit mehrjährigem Niedergang der Konjunktur anschloss. Die Ursachen dieses Umschlags erblickt die Handelskammer in folgendem:

„Le mal économique dont nous souffrons ne peut s'appeler une crise: il n'a rien d'aigu, en ce sens que le crédit n'est point ébranlé, que le taux de l'intérêt est plus bas que jamais et que nous ne sommes point sous le coup de ces événements politiques ou sociaux qui suspendent momentanément le jeu naturel des lois économiques. Nous sommes donc les victimes, bien moins d'une crise que d'une transformation dans la production et dans la répartition de ce qui se produit, transformation qui se manifeste depuis quelque temps dans presque tous les domaines et dans tous les pays. De là ce malaise

inhérent à tout état transitoire qui semble envahir l'Europe entière, et de là ces besoins impérieux de colonisation qui sera la caractéristique frappante de l'année actuelle. Genève ne fait donc que subir la loi commune, et c'est pour cela que nos négociants et nos industriels ne doivent ni se décourager ni rester inactifs au milieu de cette évolution qui comme le mot l'indique, doit aller du bien au mal pour revenir du mal au bien."

Die Kriegsfurcht, welche in der zweiten Hälfte der 1880er Jahre auf allen Gemütern wie ein Alb lastete, verhinderte ein Wiedererwachen von Industrie und Handel; infolgedessen sind die Erträge des Diskontgeschäftes noch mehr zurückgegangen; der durchschnittliche Satz war $2^3/_4$ %; je mehr aber die Pariser Weltausstellung sich näherte, desto mehr hellte sich der politische Himmel auf, und damit erblühten Handel und Industrie zu neuem Leben. Der Banksatz, welcher bis auf 2 % gesunken war, erreichte wieder eine Höhe von $4^1/_2$ % und stieg unter Einwirkung des Baringkrachs im November 1890 sogar für kurze Zeit auf 5 %. Treffend charakterisiert Landmann die damalige Diskontopolitik der schweizerischen Notenbanken (Das schweizerische Bankgesetz, S. 25):

> „Jeder Bankplatz publizierte einen eigenen Diskontosatz, und es kam nicht selten vor, dass eine Bank ihren Diskontosatz ermässigte, während eine andere ihn gleichzeitig erhöhte. Es kam sogar vor, dass auf ein und demselben Bankplatze zwei Banken verschiedene Sätze aufstellen zu sollen glaubten. Der Diskontoarbitrage zwischen den einzelnen Bankplätzen war Tür und Tor geöffnet und im Zusammenhange damit gingen wirtschaftlich völlig ungerechtfertigte Hin- und Herschiebungen von Hartgeld zwischen den einzelnen Plätzen vor sich."

Ähnlich urteilt H. Ernst, indem er gleichzeitig auf die Gefahren einer derartigen Festsetzung der Bankrate hinweist. (Eine schweizerische Bundesbank, S. 126 :)

> „Bei der Vielheit von Banken mit widerstreitenden Interessen ist eine einheitliche Diskontopolitik unmöglich. Keine derselben sieht sich als Hüter des Barschatzes und des Landeskredites an, jede sucht möglichst viele Geschäfte zu machen; um dies zu erreichen, hält sie den Diskont niedrig, während die allgemeine Lage eine Erhöhung erheischte. Dadurch entsteht die Gefahr des Abflusses unserer Barschaft nach dem Auslande, woher sie mit grossen Opfern wieder bezogen werden muss."

Die erhöhten Sätze der 1890er Jahre waren vorwiegend diesem Schutze der Kassenbestände zuzuschreiben, die durch die Silberdrainage arg reduziert wurden, sie sind der Ausdruck der gemeinsamen Diskontpolitik der Konkordatsbanken, welche im Jahre 1893 begann. Auf der Generalversammlung dieser Banken wurde beschlossen, um den mannigfachen Übelständen des bisherigen Systems, deren schlimmster der Kampf um das Diskontmaterial durch gegenseitige Unterbietung war, abzuhelfen, vom 1. Juli 1893 ab einen offiziellen Diskontsatz einzuführen, der von einem Komitee, bestehend aus den Banken der Plätze Basel, Bern, Genf, St. Gallen und Zürich, festgesetzt werden sollte. 28 Banken traten dieser Übereinkunft bei; sie verpflichteten sich, Wechsel mit einer kürzeren Laufzeit als zehn Tagen nicht unter dem offiziellen Satze zu diskontieren; für längere Sichten waren sie nicht gebunden. Wenn auch diese Vereinbarung durchaus nicht eine einheitliche Diskontopolitik der beteiligten Banken bedeutete, so war sie doch als Vorbote einer solchen zu betrachten und daher freudig zu begrüssen.

Das Ungenügende dieser Verständigung zeigte der Silberexodus der nächsten Jahre; daher die Aufnahme von Art. 2 bis 6 in die Seite 74 wiedergegebene Konvention von Lugano, der sich sämtliche Emissionsbanken anschlossen. Auf den schweizerischen Geldmarkt übten naturgemäss auch der Krieg in Südafrika und besonders die finanziellen Operationen Russlands und Japans ihren Einfluss aus.

Neben dem oben erwähnten Abkommen über den offiziellen Satz hielten es einige Banken für angebracht, den Privatsatz gleichfalls durch gewisse Vereinbarungen zu regulieren.

> „C'est dans leur pensée une mesure de défense contre la concurrence du marché libre et l'avilissement du taux de l'intérêt et contre la hausse du change.“ (Bericht vom 10. Februar 1902, S. 5.)

Trotzdem sich die Direktion von dieser Bestimmung keine grosse Wirkung versprach, ja sie später oft als lästige Fessel empfand, so trat sie doch im allgemeinen Interesse auch diesem Konkordat, dem 24 Banken angehörten, bei.

Über die Festsetzung des offiziellen Diskontsatzes heisst es im Bericht über das Jahr 1902, Seite 7:

> „Toutes les semaines, chacune des places qui fait partie du Comité central adresse à la présidence un préavis motivé sur la mesure à prendre à l'égard du taux officiel, lequel figure seul dans le concordat. Ces préavis, que la Banque de Bâle résume chaque fois en

un vote, sont lus à notre Conseil à sa séance du lundi. Ils sont le plus souvent pleins de renseignements utiles sur la situation monétaire de chacune des places qui les envoient. Mais ils ne concordent pas toujours, et la décision prise à la majorité ne satisfait donc pas tout le monde. Toutefois il faut reconnaître, qu'en ce qui concerne le taux officiel, les votes ont bien répondu en général à la situation moyenne du pays. On s'est attaché à modifier le taux le moins souvent possible pour lui conserver la stabilité relative d'un point de repère."

Die Resultate dieser gemeinsamen Diskontpolitik findet die Bank so gut, wie sie bei der Organisation der Konkordate nur hätten sein können; weniger Anerkennung zollt der gleiche Bericht dem Privatsatz (S. 7 u. 8):

„Le taux privé minimum dont la fixation en commun est assez discutable pour qu'il soit resté en dehors du concordat, donne lieu à des considérations très serrées et souvent à des divergences sensibles entre les places, suivant les besoins particuliers de chacune d'elles. La concurrence du marché libre d'un côté, qui peut enlever le papier au-dessous du taux minimum, et, d'un autre côté, l'obligation pour les Banques d'émission d'alimenter, en vue de la garantie de 60 %, leur portefeuille de change, rendent la détermination du taux privé très délicate. Aussi n'est-ce pas rare de voir les principes d'une saine politique d'escompte s'effacer devant des raisons d'opportunité immédiates. C'est naturellement dans les périodes d'abondance d'argent que ces inconvénients se font le plus sentir, et on ne peut guère y remédier que par la mobilité même de ce taux privé. Néanmoins, malgré toute l'attention que le Comité central apporte à l'étude de ces variations du taux privé, nous ne saurions affirmer qu'elles aient eu sur la circulation fiduciaire et sur les changes étrangers une influence appréciable."

Nachstehend die Diskontänderungen der letzten Jahre:

Offizielle Sätze

1903:	bis 23. Januar:	4½ %	Durchschnitt	4,06 %
	„ 7. Juli:	4 %		
	„ 25. August:	3½ %		
	„ 21. Oktober:	4 %		
	„ 31. Dezember:	4½ %		
			Privatsatz (Durchschnitt)	3,44 %
			Ecart	0,62 %

Offizielle Sätze

1904: bis 22. Januar:	$4^1/_2$ %			
„ 7. Juli:	4 %			
„ 9. September:	$3^1/_2$ %	Durchschnitt		4,05 %
„ 14. Oktober:	4 %			
„ 31. Dezember:	$4^1/_2$ %			
		Privatsatz (Durchschnitt)		3,44 %
			Ecart	0,61 %
1905: bis 20. Januar:	$4^1/_2$ %			
„ 10. März:	4 %			
„ 18. August:	$3^1/_2$ %			
„ 22. September:	4 %	Durchschnitt		4,05 %
„ 17. Oktober:	$4^1/_2$ %			
„ 31. Dezember:	5 %			
		Privatsatz (Durchschnitt)		3,56 %
			Ecart	0,49 %
1906: bis 9. Februar:	5 %			
„ 12. Oktober:	$4^1/_2$ %			
„ 23. „	5 %	Durchschnitt		4,76 %
„ 31. Dezember:	$5^1/_2$ %			
		Privatsatz (Durchschnitt)		4,31 %
			Ecart	0,45 %

Die geringe Spannung zwischen dem durchschnittlichen offiziellen und Privatsatze ist ein Beweis für die grosse Anspannung der verfügbaren Mittel; sie zeigt aber auch, dass die Banken fortwährend die Herrschaft über den offenen Markt besassen.

Zum Vergleiche seien nachstehend die Diskontsätze der hauptsächlichsten europäischen Länder nach einer Tabelle aus dem Bericht über das Jahr 1906 angeführt.

Moyenne annuelle de l'escompte. *No. 11.*

Années	Suisse	France	Italie	Belgique	Grèce	Angleterre	Allemagne	Autriche	Espagne
1870	4. 38	6. —	5. 12	3. 37	7. 50	3. 09	4. 89	5. 44	5. —
1871	3. 79	5. 72	5. —	4. 03	7. 60	2. 88	4. 16	5. 49	5. —
1872	4. 53	5. 16	5. —	3. 77	7. 57	4. 08	4. 29	5. 65	5. —
1873	5. 34	5. 15	5. —	5. 06	7. 70	4. 79	4. 95	5. 22	5. 55
1874	4. 59	4. 31	5. —	4. 38	7. 70	3. 68	4. 37	4. 87	6. —
1875	4. 13	4. —	5. —	3. 80	7. 50	3. 25	4. 72	4. 58	6. —
1876	3. 50	3. 40	5. —	2. 70	7. 50	2. 61	4. 15	4. 53	6. —
1877	3. 52	2. 27	5. —	2. 65	7. 50	2. 89	4. 41	4. 50	6. —
1878	3. 71	2. 21	4. 74	3. 15	7. 44	3. 77	4. 34	4. 50	4. 97
1879	3. 31	2. 58	4. —	3. —	7. 40	2. 52	3. 70	4. 17	4. 25

Années	Suisse	France	Italie	Belgique	Grèce	Angleterre	Allemagne	Autriche	Espagne
1880	3. 02	2. 83	4. —	3. 30	7. 06	2. 77	4. 23	4. —	4. —
1881	4. 11	3. 86	4. 14	4. 06	6. 94	3. 47	4. 42	4. —	4. —
1882	4. 45	3. 78	5. —	4. 37	6. 89	4. 15	4. 54	4. 20	4. 54
1883	3. 04	3. 07	5. —	3. 56	7. 14	3. 74	4. 05	4. 12	4. 82
1884	2. 88	3. —	4. 46	3. 27	7. 53	2. 96	4. —	4. —	4. 74
1885	3. 09	3. —	5. 13	3. 24	7. 50	3. 14	4. 12	4. —	4. 19
1886	3. 01	3. —	4. 71	2. 77	7. 50	3. 11	3. 27	4. —	4. —
1887	2. 93	3. —	5. 50	3. 06	7. 50	3. 38	3. 40	4. 11	4. —
1888	3. 24	3. 10	5. 50	3. 27	6. 90	3. 30	3. 33	4. 17	4. —
1889	3. 72	3. 10	5. 21	3. 54	6. 75	3. 56	3. 68	4. 18	4. —
1890	3. 90	3. —	6. —	3. 20	6. 64	4. 55	4. 52	4. 45	4. —
1891	3. 94	3. —	5. 84	3. —	6. 50	3. 33	3. 76	4. 39	4. —
1892	3. 06	2. 69	5. 21	2. 70	6. 50	2. 53	3. 20	4. 02	4. 94
1893	3. 37	2. 50	5. 17	2. 83	6. 50	3. 05	4. 07	4. 23	5. —
1894	3. 17	2. 50	5. 70	3. —	6. 50	2. 12	3. 12	4. 09	5. —
1895	3. 27	2. 10	5. —	2. 60	6. 50	2. —	3. 14	4. 30	4. 62
1896	3. 94	2. —	5. —	2. 85	6. 50	2. 47	3. 65	4. 10	4. 78
1897	3. 92	2. —	5. —	3. —	6. 50	2. 63	3. 81	4. —	5. —
1898	4. 30	2. 20	5. —	3. 04	6. 37	3. 25	4. 27	4. 15	5. —
1899	4. 96	3. 06	5. —	3. 91	6. —	3. 75	5. 04	5. 03	4. 59
1900	4. 88	3. 23	5. —	4. 08	6. —	3. 96	5. 33	4. 57	3. 70
1901	3. 98	3. —	5. —	3. 28	6. —	3. 72	4. 10	4. 08	3. 50
1902	3. 77	3. —	5. —	3. —	6. —	3. 33	3. 32	3. 55	4. —
1903	4. 06	3. —	5. —	3. 17	6. —	3. 75	3. 84	3. 50	4. 15
1904	4. 05	3. —	5. —	3. —	6. —	3. 30	4. 22	3. 50	4. 50
1905	4. 04	3. —	5. —	3. 17	6. —	3. —	3. 81	3. 70	4. 50
1906	4. 75	3. —	5. —	3. 84	6. —	4. 27	5. 15	4. 33	4. 50

Kapitel 15. Die Inkassowechsel.

Zu dem Geschäftskreis der Bank gehörte nach Art. 10 Ziffer 2 der Statuten von 1865:

„. . . . à se charger pour le compte des maisons de commerce, des particuliers et des établissements publics ayant compte à la Banque, du recouvrement gratuit des effets sur Genève qui lui sont remis pour l'encaissement."

Von dieser den Kunden eingeräumten Vergünstigung wurde von Beginn der Bank an in recht ausgiebigem Masse Gebrauch gemacht. Die Revolutionsjahre brachten eine merkliche Abnahme, und erst 1854 beläuft sich der einkassierte Betrag wieder auf eine Summe ähnlich der von 1846. Ganz besonders stark stieg die Stückzahl der Wechsel, die sich in dem Jahrzehnt 1852/1862 versechsfachte. Hierdurch wuchs die Arbeit der Kassenboten bedeutend; die Einstellung neuer Kräfte wurde erforderlich, die Folge war ein Steigen der Verwaltungskosten, und die Bank wies

öfter darauf hin, dass ihr dieser Geschäftszweig ausser viel Arbeit auch noch beträchtliche Mehrausgaben verursache. Trotzdem erklärte sie sich 1874 bereit, auch den Einzug von Wechseln auf die Vororte Genfs zu besorgen.

Die für Inkassowechsel geltenden Bestimmungen waren die folgenden:

„La Banque se charge du recouvrement gratuit des effets payables dans la ville de Genève. Les effets sur la banlieue et sur Carouge sont encaissés moyennant une taxe de 1 ‰, au maximum de fr. 1.50 et au minimum de 40 cts.

La Banque se charge également moyennant une commission de ½ ‰, au minimum de 50 cts. par effet, du recouvrement des lettres de change payables dans toutes les places, dont elle accepte le papier à l'escompte pourvu qu'elles lui soient présentées en temps utile."

Mit der wachsenden Ausdehnung Genfs konnte die Bank die Einziehung dieser Wechsel nicht länger kostenlos besorgen; ihre Mehrausgaben stiegen bedeutend, vor allem aber genügten die Räume der Bank nicht mehr dem Verkehr. Bei Ausarbeitung der neuen Statuten wurde deshalb das Wörtchen „gratuit" unterdrückt, so dass der Verwaltungsrat 1896 dazu übergehen konnte, eine Einzugsgebühr von 15 Cts. für den Abschnitt, die bald auf 10 Cts. ermässigt wurde, in Ansatz zu bringen. Der erwartete Erfolg trat ein: schon im gleichen Jahre ist eine Abnahme von ca. 22,000 Stück zu konstatieren, trotzdem die Massregel erst fünf Monate in Kraft war. Im folgenden Jahr sank die Stückzahl sogar um 64,000. Diese kleine Gebühr sollte keine Gewinnquelle darstellen, deckte sie doch bei weitem nicht die Selbstkosten, sondern nur dazu beitragen, den Verkehr so weit einzuschränken, als er bei den räumlichen Verhältnissen bewältigt werden konnte. Als durch Umbauten im Jahre 1900 die Lokalitäten vergrössert wurden, kehrte die Bank sofort zur kostenlosen Einziehung zurück, wodurch die Stückzahl sich rasch wieder verdoppelte.

Die damals in Kraft tretenden Bestimmungen sind in dem folgenden Rundschreiben enthalten:

Genève, le 1er novembre 1901.

M

Dans le but de faciliter notre contrôle, nous vous prions de bien vouloir dorénavant accompagner d'un *BORDEREAU RÉCAPITULATIF*, les bordereaux détaillés de chacune de vos remises journalières d'Effets à l'encaissement.

A cette occasion, nous vous rappelons que:

1° L'encaissement des effets payables *dans la ville de Genève* a lieu *gratuitement* pour les personnes ou les maisons qui ont un compte à la Banque.

2º *L'encaissement des effets sur la BANLIEUE, c'est-à-dire les communes de PLAINPALAIS et des EAUX-VIVES et CAROUGE, a lieu moyennant une taxe de **25 cent.** par effet.*

3º Les effets non payés à présentation à domicile le jour de l'échéance doivent être payés et retirés à la Banque le lendemain avant 4 heures.

4º Les effets impayés sont rendus en temps voulu pour le protêt, dont *la Banque ne se charge pas.* Ils sont grevés d'une commission de retour de *20 cent.* par effet.

5º Les effets confiés à la Banque pour l'encaissement doivent lui être remis *au plus tard l'avant-veille de leur échéance avant midi* (dimanches et jours fériés non compris).

6º Le montant des effets encaissés ne devient disponible au crédit des comptes courants que le *surlendemain de l'échéance* (dimanches et jours fériés non compris).

Agréez, M , nos salutations empressées.

Bemerkenswert ist, dass die Bank sich nicht mit der Beibringung eines Protestes befasste. Unbezahlt gebliebene Abschnitte wurden unter Berechnung von 20 Cts. Bankspesen den Einreichern zurückgegeben. Mit besonderer Genugtuung wird die Tatsache hervorgehoben, dass die Zahl dieser Wechsel, von denen noch viele vor Protesterhebung bezahlt werden, sehr gering ist, nämlich:

1901	6½ %	aller Wechsel.
1902	5,4 %	„ „
1903	4,5 %	„ „
1904	5,74 %	„ „
1905	4,87 %	„ „
1906	5,54 %	„ „

In Tabelle No. 12 sind Stückzahl und Gesamtbeträge der Inkassowechsel aller Jahre aufgeführt, denen die entsprechenden Zahlen für einkassierte Diskontwechsel gegenüberstehen.

Einkassierte Wechsel. *No. 12.*

Jahr	Inkasso-Wechsel		Diskont-Wechsel		Gesamt-Betrag	Gesamt-Stückzahl
	Stückzahl	Betrag	Stückzahl	Betrag		
		Fr.		Fr.	Fr.	
1846	—	8,113,352. —	—	11,224,698. —	19,338,050. —	—
1847	—	7,418,920. —	—	16,193,117. —	23,612,037. —	—
1848	—	3,626,614. —	—	5,668,720. —	9,295,334. —	—
1849	—	3,930,708. —	—	6,183,420. —	10,114,128. —	—
1850	—	3,855,869. —	—	10,794,650. —	14,650,519. —	—
1851	—	4,548,297. —	—	12,966,549. —	17,514,846. —	—
1852	—	5,169,306. —	—	14,420,861. —	19,590,167. —	—
1853	—	5,570,897. —	—	20,786,740. —	26,357,637. —	—
1854	—	8,238,286. —	—	21,750,445. —	29,988,731. —	—
1855	—	8,203,798. —	—	24,296,948. —	32,500,746. —	—

Jahr	Inkasso-Wechsel		Diskont-Wechsel		Gesamt-Betrag	Gesamt-Stückzahl
	Stückzahl	Betrag	Stückzahl	Betrag		
		Fr.		Fr.	Fr.	
1856	—	8,434,761. —	—	30,468,245. —	38,903,006. —	—
1857	—	10,805,228. —	—	33,204,885. —	44,010,113. —	—
1858	—	15,023,115. —	—	25,035,285. —	40,058,400. —	—
1859	—	14,823,637. —	—	27,409,323. —	42,232,960. —	—
1860	24,144	17,886,676. —	14,131	26,508,763. —	44,395,439. —	38,275
1861	25,276	19.724,213. —	15,618	27,679,147. —	47,403,360. —	40,894
1862	29,155	19,731,551. —	12,418	28,348,589. —	48,080,140. —	41,573
1863	29,994	18,247,052. —	12,476	29,637,532. —	47,884,584. —	42,470
1864	30,158	18,067,221. —	15,867	29,902,117. —	47,969,338. —	46,025
1865	30,858	16,869,068. —	13,982	27,465,776. —	44,334,844. —	44.840
1866	33,020	16,522,066. —	9,865	24,577,470. —	41,099,536. —	42.885
1867	35,028	15,837,142. —	9,009	22,874,058. —	38,711,200. —	44,037
1868	42,239	20,319,683. —	7,296	19,487,376. —	39,807,059. —	49,535
1869	46,027	19,022,073. —	6.184	18,444,883. —	37,466,956. —	52,211
1870	40,767	19,184,265. —	8,179	24,259,798. —	43,444,063. —	48,946
1871	39,110	22,990,797. —	9,105	28,606,475. —	51,597,272. —	48,215
1872	52,440	24,633,717. —	13,675	44,044,925. —	68,678,642. —	66,115
1873	56,084	25,917,361. —	18,913	61,789,486. —	87,706,847. —	74,977
1874	63,066	27,888,180. —	20,605	57,970,639. —	85,858,819. —	83,671
1875	64,904	25,247,835. —	22,490	67,970,373. —	93,218,208. —	87,394
1876	66.046	25,137,979. —	23,976	55,017,159. —	80,155,138. —	90,022
1877	74,562	28,805,840. —	25,355	58,416,935. —	87,222,775. —	99,917
1878	77,743	30,825,739. —	28,089	66,254,144. —	97,079,883. —	105,832
1879	81,977	29,267,230. —	31,634	90,440,470. —	119,707,700. —	113,611
1880	83,160	31,310,103. —	26,149	109,847,691. —	141,157,794. —	109,309
1881	81,465	28,159,766. —	28,158	131,926,607. —	160,086,373. —	109,623
1882	80,513	29,302,688. —	29,256	138,093,090. —	167,395,778. —	109,769
1883	77,966	28,137,122. —	25,597	92,573,332. —	120,710,454. —	103,563
1884	85,342	26,438,995. —	21,907	91,510,763 —	117,949,758. —	107,249
1885	89,894	29,546,495. —	18,240	79,978,905. —	109,525,400. —	108,134
1886	92,962	37,054,181. —	16,206	73,543,215. —	110,597,396. —	109,168
1887	102,429	49,058,270. —	11,877	55,404,946. —	104,463,216. —	114,306
1888	109,784	50,027,134. —	9,026	52,478,383. —	102,505,517. —	118,810
1889	110,293	47,452,175. —	9,485	57,123,882. —	104,576,057. —	119,778
1890	113,186	47,105,300. —	9,042	51,963,717. —	99,069,017. —	122,228
1891	120,075	57,754,196. —	9,295	56,301,552. —	114,055,748. —	129,370
1892	124,160	50,164,580. —	9,030	59,712,399. —	109,876,979. —	133,190
1893	119,528	46,338,892. —	6,566	57,263,233. —	103,602,125. —	126,094
1894	122,301	52,815,605. —	5,327	53,858,588. —	106,674,193. —	127,628
1895	134,778	61,373,380. —	4,333	64,654,449. —	126,027,829. —	139,111
1896	112,477	62,365,697. —	7,107	53,477,375. —	115,843,072. —	119,584
1897	48,166	48,814,215. —	6,082	42,732,177. —	91,546,392. —	54,248
1898	55,763	33,883,443. —	6,861	46,750,872. —	80,634,315. —	62,624
1899	68,600	32,197,570. —	5,870	49,603,416. —	81,800,986. —	74,470
1900	77,958	31,728,034. —	4,925	46,132,889. —	77,860,923. —	82,883
1901	117.119	38,297,000. —	4,693	39,801,000. —	78,098,000. —	121,812
1902	132,959	36,180,539, —	4,206	45,306,496. —	81,487,035. —	137,165
1903	140,917	41,988,036. —	2,969	60,242,227. —	102,230,263. —	143,886
1904	145,771	41,704,264. —	2,444	49,843,429. —	91,547,693. —	148,215
1905	144.621	36,899,608. —	1,537	60,661,799. —	97,561,407. —	146,158
1906	146,695	37,720,068. —	1,371	51,434,660. —	89,154,728. —	148,066

Kapitel 16. Die Konkordate.

Der Gedanke, eine Annäherung zwischen den verschiedenen schweizerischen Emissionsbanken herbeizuführen, ging von der Banque du Commerce aus. Schon 1860 hatte sie die ersten Schritte in diesem Sinne unternommen, welche, obgleich zuerst ergebnislos, 1862 zu einer Vereinbarung mit der Kantonalbank von Bern zwecks gegenseitiger kostenloser Einlösung ihrer Noten führte.

Einer der eifrigsten Vorkämpfer dieser Bewegung, Ernest Pictet, kommt in seiner mehrfach benutzten Untersuchung über die Notenbanken zu dem Schluss, dass in der Schweiz Handel und Industrie bei diesen Instituten nicht diejenige Unterstützung fanden, wie anderswo. Die Ursache erblickte er in der Isolierung der einzelnen Banken; er schlug daher Zusammenschluss aller Emissionsinstitute vor. Seine Worte verhallten nicht ungehört. 1866 traten die Banken in Basel, Zürich, St. Gallen, Bern und Genf zu dem ersten Konkordat zusammen, das durch Beitritt verschiedener anderer Banken sich 1872 auf zehn Institute erstreckte. Aus diesem Anlasse schreibt die Bank am 10. Februar 1873, S. 7:

> „Nous sommes convaincus que nos nouvelles associées se féliciteront, comme nous n'avons nous-mêmes cessé de le faire depuis plus de six ans, d'être entrées dans une voie qui répond évidemment aux besoins actuels du commerce et ne peut donc qu'être avantageuse aussi en définitive aux capitaux engagés dans nos établissements."

Der Wunsch und das Bestreben, dieses Konkordat noch umfassender zu sehen, verwirklichte sich mehr und mehr. 1876 gehörten 24 Banken ihm an. Mit dem Inkrafttreten des Bundesgesetzes von 1881 wurde von den Emissionsbanken eine Teilung des Konkordats beschlossen, in eines für den Banknotenverkehr, dem 19 von 33 Banken beitraten, und in ein anderes für den Inkasso- und Mandatverkehr mit 18 Teilnehmern.

Infolge der früher geschilderten Umstände wurde 1893 ein weiteres Konkordat über die Einführung eines offiziellen Diskontsatzes zwischen 28 Banken verabredet. Welche Bedeutung dieser Vereinbarung zukam, zeigt nachstehende Bemerkung im Jahresbericht der Bank vom 5. Februar 1894, S. 6 und 7:

> „Cette mesure, dont nous n'avons éprouvé jusqu'ici pour la Banque aucun inconvénient, car elle nous laisse notre entière liberté pour accepter un taux inférieur au taux officiel, peut toujours être dénoncée moyennant un mois de préavis."

Strenger waren die Bestimmungen des Konkordates über den offiziellen Banksatz von 1899 und 1901, welche von 1901 ab für alle schweizerischen Emissionsbanken massgebend waren. Auf der in jenem Jahre in Bern abgehaltenen Generalversammlung der Konkordatsbanken wurde der langjährige Präsident des Verwaltungsrates der Banque du Commerce, Ernest Pictet, in Anerkennung der grossen Verdienste, die er sich seit mehr als 40 Jahren um die Verbesserung des Notenbankwesens erworben hatte, zum Ehrenpräsidenten ernannt.

In welcher Weise sich der Verkehr zwischen der Banque du Commerce und den übrigen Konkordatsbanken entwickelt hat, mögen folgende Umsatzziffern veranschaulichen:

1866:	ca. 14	Millionen
1871:	ca. 45	„
1872:	ca. 86	„
1876:	ca. 187	„
1881:	ca. 270	„
1886:	ca. 202	„
1891:	ca. 246	„
1896:	ca. 264	„
1901:	ca. 497	„
1903:	ca. 376	„
1906:	ca. 263	„

Zu dem Rückgang 1903 gibt der Bericht die Erklärung, dass er auf die Banken in Basel und Zürich entfalle und auf Zufälligkeiten zurückzuführen sei, aber auch das letzte Geschäftsjahr verzeichnet eine beträchtliche Abnahme. Dagegen nahm der Verkehr mit den übrigen Banken stets zu und erreichte 1906 260 Millionen, die zu obigen 263 Millionen addiert, einen Gesamtumsatz von 523 Millionen ergeben. Bargeldbewegungen traten hierbei mehr und mehr zurück. In obigen Zahlen waren sie vertreten:

1901:	mit 7,8	Millionen
1903:	„ 5,2	„
1906:	„ 2,2	„

Im Konkordat von 1901 wurde auch die Ausgabe von Mandaten beschlossen; hiefür galten nachstehende Bestimmungen:

Mandate.

§ 10. Die Emissionsbanken können auf einander Mandate ausstellen und verpflichten sich, dieselben spesenfrei einzulösen, solange die Bank, welche die Mandate ausstellt, ihren Verpflichtungen pünktlich nachkommt.

§ 11. Die Mandate sind „nach erhaltenem Avis" zahlbar. Die bezogene Bank ist aber berechtigt, erst drei Tage nach Datum zu bezahlen, wenn sie sich veranlasst sieht, vom Aussteller Deckung zu verlangen.

§ 12. Der Gegenwert der Mandate ist fällig und ohne Beschränkung verfügbar vom Tage der Ausstellung an.

§ 13. Ausserdem kann eine Emissionsbank Mandate auf die „*Schweizerischen Emissionsbanken*" ohne Bezeichnung eines Zahlungsortes ausstellen.

Diese Mandate dürfen per Tag zu Gunsten ein und derselben Person oder Firma den Betrag von Fr. 5000.— nicht übersteigen.

§ 14. Bei Ausstellung solcher Mandate muss die emittierende Bank an demselben Tage bei der gemeinsamen Giro- und Abrechnungsstelle für das entsprechende Guthaben auf Konto B sorgen; sie muss ferner dieser letzteren sofort auf besonderem Formulare das Mandat avisieren.

Die Abrechnungsstelle wird sofort nach erhaltenem Avis die emittierende Bank für den Betrag des ausgestellten Mandats auf Konto B belasten.

§ 15. Die Emissionsbanken verpflichten sich, diese Mandate spesenfrei an ihren Kassen einzulösen; sie behalten sich vor, eventuell erst drei Werktage nach Vorweisung zu bezahlen.

Die Emissionsbanken können die Mandate nicht weiter indossieren, sondern haben sie der Abrechnungsstelle zur Gutschrift einzusenden.

§ 16. Fünfzehn Tage nach ihrer Ausstellung sind die genannten Mandate nur noch bei der emittierenden Bank zahlbar.

Nach Ablauf der fünfzehn Tage wird die Abrechnungsstelle die nicht vorgewiesenen Mandate der emittierenden Bank unter Anzeige wieder gutschreiben.

§ 17. Die Emissionsbanken benützen für den Mandatverkehr einheitliche Formulare.

§ 18. Es ist jeder Bank anheimgegeben, ob und in wie weit sie ihre Zweiganstalten zur Einlösung und Ausstellung von Mandaten von und auf Emissionsbanken autorisieren will. Die Banken haben ihre diesbezüglichen Dispositionen vor Inkrafttreten der Vereinbarung, beziehungsweise vor ihrem Eintritt in dieselbe, und später bei jeder Änderung den übrigen Emissionsbanken zur Kenntnis zu bringen.

Das Maximum eines Generalmandats wurde 1904 von Fr. 5000. — auf Fr. 10,000. — erhöht.

Diese Mandate bürgerten sich rasch ein; es wurden ausgestellt von der Banque du Commerce:

	Zahl	Betrag in 1000 Fr.
1902:	322	Fr. 728
1903:	1197	„ 2,569
1904:	1084	„ 2,799
1905:	1349	„ 3,536
1906:	1121	„ 2,955

Dagegen gelangten zur Einlösung durch die Bank:

	Zahl	Betrag in 1000 Fr.
1902:	578	Fr. 1,051
1903:	1756	„ 3,433
1904:	1666	„ 3,494
1905:	2095	„ 4,592
1906:	1865	„ 4,248

Zu mancher scharfen Kritik hat die Politik der Emissionsbanken Anlass gegeben, aber es muss ihr auch ein Wort der Anerkennung gezollt werden für das, was sie unter den gegebenen gesetzlichen Vorschriften geleistet hat.

III. Schuldner.

Kapitel 17. Ausländische Debitoren in laufender Rechnung.

Es ist bereits früher gezeigt worden, dass für Barschaftsbezüge hauptsächlich das Ausland in Betracht kam; anfänglich waren es die Städte Lyon und Turin, später ging die Rolle des Geldversorgers auf Frankreich allein über.

Zu diesem Zwecke musste nicht nur ein ausländisches Portefeuille angelegt werden, sondern es ergab sich auch die Notwendigkeit, bei den ausländischen Banken ein Guthaben in laufender Rechnung zu unterhalten. Daher eine entsprechende Bestimmung in Art. 3 Ziffer 8 (siehe Seite 13) der Statuten.

In Ermangelung von Zahlen über die durchschnittliche Höhe der ausländischen Guthaben möge hier eine Aufstellung der Saldi jeweilig am 31. Dezember folgen:

Jahr	Betrag in 1000 Fr.	Jahr	Betrag in 1000 Fr.	Jahr	Betrag in 1000 Fr.	Jahr	Betrag in 1000 Fr.
	Fr.		Fr.		Fr.		Fr.
1856	885	1869	611	1882	2326	1895	1321
1857	373	1870	610	1883	719	1896	456
1858	720	1871	1	1884	175	1897	1343
1859	449	1872	10	1885	329	1898	135
1860	215	1873	—	1886	910	1899	1329
1861	261	1874	119	1887	83	1900	772
1862	493	1875	1312	1888	79	1901	698
1863	446	1876	713	1889	337	1902	1037
1864	450	1877	—	1890	736	1903	1478
1865	805	1878	73	1891	1517	1904	428
1866	1248	1879	—	1892	3186	1905	1063
1867	869	1880	—	1893	1723	1906	352
1868	625	1881	837	1894	2666		

Wenn auch diesen Zahlen keine zu grosse Bedeutung beizulegen ist, da sie, wie alle Bilanzziffern, nur ein Augenblicksbild geben, und ihre Höhe ebenfalls von der Lage des Geldmarktes abhängt, so lässt sich doch wohl aus den beträchtlichen Schwankungen dieser Beträge auf ähnliche Bewegungen der durchschnittlichen Guthaben schliessen.

Kapitel 18. Tägliches und Ultimo-Geld.

Die Gewährung von Vorschüssen in laufender Rechnung gegen Verpfändung von Wertschriften wurde Ende der 1890er Jahre eingeführt.

Die Faustpfandverschreibung hatte nachstehenden Wortlaut:

Genève, le .... 18.....

Banque du Commerce, Genève.

Monsieur le Directeur,

Les titres que nous vous avons remis en nantissement et dont détail sur le certificat d'autre part, sont destinés à garantir jusqu'à dûe concurrence toutes sommes, dont, éventuellement, nous pourrons devenir débiteurs à la Banque.

En conséquence, nous vous autorisons à effectuer **d'office** les virements qui seront nécessaires dans ce but, de notre compte Avances, dans notre compte Ordinaire.

Recevez, Monsieur le Directeur, nos salutations empressées.

Im übrigen galt für diese Geschäfte das folgende:

RÈGLEMENT

pour l'ouverture de

CRÉDITS EN COMPTES-COURANTS

sur dépôts de

VALEURS EN NANTISSEMENT



1° L'importance du crédit ouvert est fixée par le Conseil d'Administration, après examen des titres offerts en nantissement, en réservant en faveur de la Banque une marge minimum de 10 à 20 %, suivant la nature des titres.

2° La Banque peut toujours, s'il y a lieu, réclamer un supplément de garantie pour maintenir la marge fixée.

3° Lorsque le crédit aura été ouvert, l'emprunteur aura en tout temps la faculté de l'utiliser ou de le rembourser en tout ou partie.

4° Dans la règle, l'intérêt est fixé à 1 % au-dessus du taux de l'escompte officiel dont il suit les fluctuations; il se règle à la fin de chaque mois.

5° Les coupons échus provenant des titres en nantissement seront, à chaque échéance, tenus à la disposition du déposant, contre quittance.

La Banque se réserve toujours le droit de dénoncer les ouvertures de crédit sous avertissement d'un mois.

***Genève,** le 27 mars 1899.*

Die Entwicklung dieses Lombardgeschäftes zeigen nachstehende Umsatzziffern:

Jahr	Umsatz	Zinsertrag
	Fr.	Fr.
1901	75,000,000. —	37,000. —
1902	72,000,000. —	31,000. —
1903	106,244,000. —	34,000. —
1904	95,545,210. —	38,000. —
1905	144,651,676. —	41,000. —
1906	145,916,781. —	30,700. —

Diese Vorschüsse in laufender Rechnung gegen Verpfändung von Wertschriften wurden nur von Banken in Anspruch genommen, die vorübergehend ihr Guthaben überzogen; es handelte sich hierbei also um tägliches Geld.

Infolge der zunehmenden Versteifung namentlich des deutschen Geldmarktes wurde es für die Bank sehr vorteilhaft, die dortigen höheren Zinssätze auszunützen.

Die Bilanzen von 1905 und 1906 weisen zum ersten Male unter dem Titel: Autres créances à terme „Correspondants étrangers débiteurs“ auf, mit Beträgen von Fr. 740,000.—, und Fr. 986,000.— als Anlage in Ultimogeldern, deren Ertrag 1906 in der Verlust- und Gewinn-Rechnung in dem Posten Fr. 48,720 enthalten ist (vgl. Tabelle No. 14, Spalte 24).

IV. Wertschriften.

Kapitel 19. Entwicklung und Zusammensetzung der Anlage-Effekten.

Als erstes und einziges Effektengeschäft, an dem die Bank partizipierte, ist die Beteiligung an dem Anleihen von 1857 aus Anlass der Neuenburger Wirren zu erwähnen. Die Bank zeichnete Fr. 1500.— Rente, die sie aber, infolge der friedlichen Erledigung jenes Handels, nicht abzunehmen brauchte.

Für die Anlagen auf unbestimmte Zeit in Effekten war früher massgebend:

Article 16.

> La réserve et le dixième du fonds capital peuvent être employés à l'achat d'effets publics et à celui d'immeubles situés dans la ville de Genève.

Später wurde dieser Betrag auf die Hälfte des eingezahlten Aktienkapitals zuzüglich Reserven erhöht, und in den letzten Jahren galt Art. 3 Ziffer 9 der im Abschnitt „Statuten“ wiedergegebenen Satzungen.

Zum ersten Male machte die Bank von dieser Befugnis im Jahre 1869 Gebrauch; wegen mangelnden Diskontmaterials legte sie einen Teil ihrer Gelder in erstklassigen Wertschriften an; eine Verdoppelung der Effektenanlage trat im Krisenjahr 1873 ein, und eine weitere bedeutende Steigerung begann Ende der 1870er Jahre und dauerte bis 1898. Hierzu sagt der Bericht:

„Cela nous permet d'améliorer un peu le rendement de vos actions qui, sans cela, serait presque dérisoire.“ (1885, S. 12.)

Über die in diesen Anlagen aufgespeicherten stillen Reserven äussert sich die Verwaltung wie folgt (am 14. Februar 1887, S. 12):

„Ces titres renferment en eux-mêmes, par la plus value qu'ils ont acquise, une réserve spéciale qui nous met, à vues humaines, à l'abri de toute inquiétude quant au sort final de ce compte.“

Ende 1890 gelangten diese Rücklagen mit Fr. 380,000.— aus Anlass der Kapitalerhöhung zur Verteilung.

Ein genaues Verzeichnis aller Effekten lag in der Generalversammlung zur Einsicht auf und wurde im Schweiz. Handelsamtsblatt veröffentlicht. Die Berichte geben erst ab 1903 Aufschluss über die Zusammensetzung dieses Aktivpostens; ihnen sind die Angaben von Tabelle 13 entnommen.

Effekten (Nennwert { 1 M. = 1.25 Fr., 1 £ = 25.— „, 1 $ = 5.— „ }) *No. 13.*

Jahr	Eidgenössische	Kantonale	Kommunale	Schweizerische Eisenbahnobligationen	Ausländische Staatspapiere	Diversi	Zusammen (Nennwert)	Buchwert
1846	—	—	—	—	—	—	—	—
1847	—	—	—	—	—	—	—	—
1848	—	—	—	—	—	—	—	—
1849	—	—	—	—	—	—	—	—
1850	—	—	—	—	—	—	—	—
1851	—	—	—	—	—	—	—	—
1852	—	—	—	—	—	—	—	—
1853	—	—	—	—	—	—	—	—
1854	—	—	—	—	—	—	—	—
1855	—	—	—	—	—	—	—	—
1856	—	—	—	—	—	—	—	—
1857	—	—	—	—	—	—	—	—
1858	—	—	—	—	—	—	—	—
1859	—	—	—	—	—	—	—	—
1860	—	—	—	—	—	—	—	—
1861	—	—	—	—	—	—	—	—
1862	—	—	—	—	—	—	—	—
1863	—	—	—	—	—	—	—	—
1864	—	—	—	—	—	—	—	—
1865	—	—	—	—	—	—	—	—
1866	—	—	—	—	—	—	—	—
1867	—	—	—	—	—	—	—	—
1868	—	—	—	—	—	—	—	—
1869	—	—	—	—	—	—	—	400,333. 95
1870	—	—	—	—	—	—	—	408,847. 50
1871	—	—	—	—	—	—	—	484,338. 55

Jahr	Eidgenössische	Kantonale	Kommunale	Schweizerische Eisenbahnobligationen	Ausländische Staatspapiere	Diversi	Zusammen (Nennwert)	Buchwert
1872	—	—	—	—	—	—	—	565,487. 90
1873	—	—	—	—	—	—	—	1,040,970. 90
1874	—	—	—	—	—	—	—	1,112,074. 45
1875	—	—	—	—	—	—	—	1,220,201. 25
1876	—	—	—	—	—	—	—	1,014,160. 30
1877	—	—	—	—	—	—	—	1,710,048. 15
1878	—	—	—	—	—	—	—	2,019,613. 15
1879	—	—	—	—	—	—	—	1,960,816. —
1880	—	—	—	—	—	—	—	2,172,751. 25
1881	—	—	—	—	—	—	—	1,858,495. 45
1882	—	—	—	—	—	—	—	2,323,258. 70
1883	—	—	—	—	—	—	—	2,995,419. 05
1884	—	—	—	—	—	—	—	3,994,321. 30
1885	—	—	—	—	—	—	—	4,741,977. 35
1886	—	—	—	—	—	—	—	4,726,457. 70
1887	—	—	—	—	—	—	—	5,158,212. 50
1888	—	—	—	—	—	—	—	5,305,611. 95
1889	—	—	—	—	—	—	—	5,288,644. 10
1890	—	—	—	—	—	—	—	5,002,619. 10
1891	—	—	—	—	—	—	—	5,720,905. 55
1892	—	—	—	—	—	—	—	6,004,647. 30
1893	100,000	735,000	200,000	3,206,500	550,000	2,158,000	6,949,500	6,195,584. 35
1894	—	730,000	305,000	3,205,000	675,000	1,965,000	6,880,000	6,095,199. 35
1895	—	530,000	305,000	3,301,500	675.000	2,505,000	7.316,000	6,441,456. 55
1896	—	503,000	573,000	3,861,000	675,000	3,060,000	8,672,000	7,724,480. 70
1897	—	503,000	453,000	3,080,000	675,000	3,061,000	7,772,000	6,834,901. —
1898	—	503,000	205,000	3,079.500	875,000	4,500,000	9,162,500	8,035,744. 90
1899	—	97,500	199,500	3,077,500	575,000	4,646,000	8,595,500	7,469,876. 95
1900	—	97,500	99,500	3,075,000	575,000	4,494,500	8,341,500	7,191,128. 15
1901	—	97,500	—	2,285,000	950.000	5,714,500	9,047,000	7,777,816. 20
1902	—	97.500	—	1,075,000	1,250,000	3,364,000	5,786,500	4,859,983. 60
1903	—	97,500	—	340,000	1,250,000	3,178,250	4,865,750	3,996,766. 75
1904	—	75.500	—	90,000	1,250,000	2,959,250	4,374,750	3,514,848. 45
1905	—	75,500	—	—	1,460,000	2,369,250	3,904,750	3,092,548. 80
1906	—	75,500	—	196,100*)	—	1,051,750	1,323,350	970,281. 65
1907	—	—	—	—	—	—	—	—

*) Nom. Fr. 980,500.— Nationalbankaktien mit 20 % einbezahlt.

Es handelte sich fast ausschliesslich um fest verzinsliche Papiere; den grössten Teil machten schweizerische Eisenbahnobligationen aus, dann folgten kantonale, vorwiegend genferische Werte, ausländische Staatspapiere, in der Hauptsache englische Consols und $3^1/_2$ % deutsche Reichsanleihe und Kommunalanleihen. Bei den unter „Diversi" aufgeführten Effekten überwiegen amerikanische, französische und italienische Eisenbahnpapiere.

In den letzten Jahren machte sich eine Verschiebung in der Zusammensetzung bemerkbar. Mit der Verstaatlichung der schweizerischen

Eisenbahnen verschwanden die Werte dieser Transportgesellschaften; an ihre Stelle traten ausländische Staats- und Eisenbahnpapiere.

Von 1902 ab zeigt das Gesamtportefeuille eine starke Abnahme, die sich teils daraus erklärt, dass die Besserung der Konjunktur die Bereitstellung neuer Mittel erforderlich machte, teils dadurch, dass ein Teil der Effekten in Devisen angelegt wurde, die bei den hohen Diskontsätzen namentlich Deutschlands und Englands eine höhere Verzinsung abwarfen.

Dividendenpapiere werden nur zweimal verzeichnet: 1896 als Folge der finanziellen Unterstützung der Genfer Ausstellung, welche neben der Beteiligung am Garantiekonsortium in der Übernahme von 50 Aktien à Fr. 100.— bestand, und zehn Jahre später, 1906, durch Zeichnung eines Betrages von Fr. 980,500.— Aktien der schweizerischen Nationalbank, gemäss Art. 6 Ziffer 3 des Bundesgesetzes von 1905.

V. Immobilien.

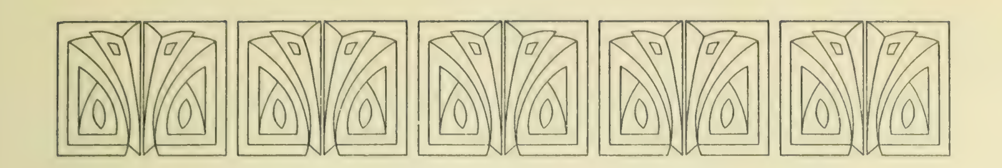
Kapitel 20. Bankgebäude.

Der für Effektenanlagen geltende Artikel der Satzungen enthielt auch die Ermächtigung zum Kaufe von Immobilien. Im Interesse einer guten Liquidität des Status wurde aber nur von dieser Befugnis Gebrauch gemacht, um ein eigenes Bankgebäude zu errichten.

Durch den 1876 ausgeführten Neubau erhöhte sich diese Position, da die Bank ihr altes Gebäude, welches gut vermietet werden konnte, beibehielt, bis die Bestimmung von Art. 16 des Banknotengesetzes von 1881, nach welcher den Emissionsbanken mit beschränktem Geschäftsbetrieb der Erwerb von Grundeigentum, sofern letzteres nicht zum eigenen Geschäftsbetrieb diente, untersagt wurde, zum Verkauf des alten Gebäudes zwang. Der Erlös von Fr. 360,000.— ergab Fr. 50,000.— über den Buchwert.

Von jenem Zeitpunkt an erscheint in den Bilanzen unter der Bezeichnung „Feste Anlagen“ nur noch der Wert des neuen Bankgebäudes, einschliesslich Mobiliar, welcher seit 1902 auf Fr. 400,000.— abgerundet wurde.

Gemäss dem im letzten Teil wiedergegebenen Vertrage zwischen der Bank und der Nationalbank ging das Immobile mit Tresor-Einrichtung und Mobiliar zum Preise von Fr. 875,000 in das Eigentum der Nationalbank über.



Vierter Teil: **Verlust und Gewinn.**

Kapitel 21. Die Aufwandposten.

Die Ausgaben zerfallen in drei Gruppen:

a. Verwaltungskosten;

b. Steuern;

c. Passivzinsen.

Die *Verwaltungskosten* setzten sich zusammen aus: Gehälter und Gratifikationen, Miete, Gebäude-Unterhalt und -Versicherung, Heizung, Beleuchtung, Schreibutensilien, Porti und Telegramme, Mobilienunterhalt, Kosten der Banknotenherstellung, der Barschaftsbezüge und Verschiedenes.

Mit der verhältnismässig bescheidenen Summe von noch nicht Franken 20,000. — erscheinen die Gehälter in der ersten Bilanz; ausgenommen die Jahre 1848 und 1849 zeigen sie fast durchweg von Jahr zu Jahr eine Steigerung und belaufen sich 1906 auf zirka Fr. 113,000. — Eine Erscheinung, die um ihrer Seltenheit willen wohl verdient, besonders erwähnt zu werden, ist, dass sich die Angestellten Ende der 1840er Jahre in Anbetracht der niedrigen Dividende erboten, auf einen Teil ihres Gehaltes so lange zu verzichten, bis die Dividende wieder 3 % oder mehr betrage. Die Verwaltung ging, so schwer es ihr auch wurde, auf dieses Anerbieten ein, um jedoch schon im zweiten Semester des nächsten Jahres die ursprünglichen Gehälter wieder auszuzahlen. Unter den Verwaltungskosten figuriert fast in allen Jahren ein Posten Miete, der, seitdem die Bank ein eigenes Gebäude besass, durch einen Einnahmeposten in Spalte 25 der beigefügten Tabelle No. 14 ausgeglichen wurde.

Die Notenherstellungskosten erscheinen besonders hoch 1883/84 als Folge der Einführung der durch Bundesgesetz von 1881 vorgeschriebenen neuen Formulare.

Ganz besonders interessant ist die Zusammenstellung der Kosten für Bargeldimporte. Veranlasst durch die grossen Schwierigkeiten in der Beschaffung von Hartgeld durch den Notenzwangskurs erhöhten sich diese

Unkosten 1873 von Fr. 20,000. — auf Fr. 194,000. — Erst die letzten Jahre des vergangenen Jahrhunderts mit den hohen Pariser Wechselkursen und der dadurch hervorgerufenen Silberdrainage übertreffen diese Summe um das Doppelte.

Die der Bank auf Grund der Konvention von Lugano vergütete Entschädigung gibt Spalte 26 an.

Bei der erstmaligen Erhebung der *Bundesbanknotensteuer* entstand zwischen der Bundesbehörde und der Bank eine Meinungsverschiedenheit bezüglich der Berechnung, über die sich der Bericht folgendermassen äussert (19. Februar 1883, S. 5/6):

„Si, sur le papier, cette loi est bien entrée en vigueur le 1er janvier 1882, en fait elle ne nous a été appliquée qu'à partir du 1er juillet. C'est cette date, en effet, que porte l'autorisation que nous avons reçue du Conseil fédéral de conserver notre émission de 18,900,000, élevée depuis lors par arrêté du 7 décembre 1882, à 19,700,000. Le contrôle fédéral n'a donc pu commencer à s'exercer qu'avec le second semestre de 1882, et l'impôt de 1 ‰, qui en est le corrélatif, à teneur de l'art. 45 de la loi, n'aurait dû se calculer que sur cette même période. Mais ce point de vue n'a pas été celui de l'autorité fédérale et, malgré notre réclamation, nous avons dû, comme du reste, les autres banques d'émission, payer l'année entière.“

Von dem im Gesetz den Kantonen eingeräumten Recht der Besteuerung machte Genf, gezwungen durch die ungünstige finanzielle Lage, von 1887 ab Gebrauch. Hierzu bemerkt der Bericht:

„Nous combattions en premier lieu la sanction que semblait donner à ce projet la loi fédérale de 1881, qui limite la compétence des cantons en ce qui concerne la quotité de l'impôt à percevoir sur les billets de banque, et nous cherchions à établir que cette disposition n'était, pour la plupart d'entre eux, que la consécration d'un état antérieur, et que son application au canton de Genève n'avait pas par conséquent sa raison d'être.“ (Bericht vom 14. Februar 1887, S. 4 u. 5.)

Es wurde weiter auf den geringen Gewinn der Emissionsbanken hingewiesen und auf die Ungleichheit in der Behandlung der verschiedenen Unternehmungen, alles umsonst, man musste sich vor dem Gesetz beugen.

Der Betrag der *Passivzinsen* ist verhältnismässig unbedeutend, erst das Jahr 1906 zeigt wieder wegen des Depositums der Nationalbank ein Anwachsen.

Für Verluste wurden im Laufe der Jahre zurückgestellt	Fr. 264,613
davon gingen wieder ein	„ 119,893
so dass sich ein wirklicher Verlust von	Fr. 144,720

in 61 Jahren ergibt, gewiss eine geringe Summe bei den Beträgen, welche die Bank durch ihr Portefeuille hat laufen sehen.

Zu den Verlusten von 1858 schreibt der Bericht auf Seite 7:

„Nous nous trouvons compromis, contre toute attente, dans le dérangement d'une personne, dont l'industrie paraissait bien cheminer, et qui avait joui, jusqu'alors d'une bonne réputation. Cette personne nous avait remis à l'escompte, des billets revêtus d'autres signatures que la sienne, signatures parfaitement bonnes et de tout repos si elles eussent été véritables, mais qui, malheureusement, ont été reconnues fausses. Ces billets n'ont donc pas été payés, et nous nous sommes trouvés vis-à-vis d'un seul débiteur qui a dû se constituer prisonnier, et dont les affaires étaient gravement dérangées ainsi que les expédients criminels auxquels il avait eu recours devaient le faire présumer."

Dass man sich gegen derartige Fälschungen nicht schützen kann, liegt auf der Hand.

Solchen trüben Erfahrungen gegenüber berührte ein Fall, wie der folgende, umso angenehmer. Die im Jahre 1851 abgeschriebenen Beträge wurden 10 Jahre später von dem Sohne des Schuldners der Bank voll zurückerstattet. Mit besonderer Anerkennung verzeichnet der Bericht diese Tatsache.

Eine Rückstellung von Fr. 40,000.— wurde 1866 erforderlich. Wegen der Hartgeldbezüge war man gezwungen, stets ein italienisches Portefeuille zu unterhalten; wenn dieses auch ebenso wie die Guthaben in Turin in Anbetracht der politischen Lage niedriger als gewöhnlich war, so belief es sich doch beim Ausbruch des italienisch-österreichischen Krieges auf Fr. 528,000. — Metallgeld war infolge des Zwangskurses der Noten nur gegen ein Aufgeld zu haben, das bis 20 %, im Durchschnitt 4,8 % betrug. Dank der Vermittlung eines Turiner Geschäftsfreundes konnte über obigen Betrag ohne grössere Verluste verfügt werden. Leider war die Bank aber noch beim Zusammenbruch eines Hauses in Turin mit Fr. 23,000. — beteiligt und erlitt hierdurch einen weiteren Verlust von 30 % ihrer Forderung.

Durch die Zahlungseinstellung eines Bankhauses wurde 1875 wieder eine bedeutende Rückstellung erforderlich; ebenso im Krisenjahr 1882, in dem Wechsel über Fr. 55,000.— notleidend wurden, sicher kein allzu hoher

Betrag in solch schwierigen Zeiten bei einem Umsatz von 210 Millionen. Von dieser Summe gingen in den nächsten Jahren grössere Beträge wieder ein.

Das Jahr 1899 verursachte durch den Zusammenbruch eines genferischen Hauses einen Ausfall von Fr. 19,000. — und 1901 erlitt die Bank aus gleichem Anlass einen Verlust von Fr. 43,649. —

In den meisten Jahren konnten aber die Berichte feststellen:

„Aucun effet n'est resté en souffrance."

Einen Posten, den man sonst regelmässig in der Verlust- und Gewinn-Rechnung von Aktiengesellschaften findet, sucht man unter den Ausgaben der Banque du Commerce vergeblich: die Entschädigung an den Verwaltungsrat. Die Mitglieder des Verwaltungsrates trugen die Verantwortlichkeit ihrer mühevollen Funktionen, ohne je eine Vergütung für ihre Arbeit zu beanspruchen, rein ehrenamtlich.

Kapitel 22. Die Ertragsposten.

Die Hauptgewinnquelle für reine Diskontobanken sind naturgemäss die Aktivzinsen aus dem Diskontgeschäft; dann folgt der Ertrag der Wertschriften und Kontokorrentdebitoren, welche erst in den letzten Jahren eine grössere Bedeutung erlangten.

Die Ursachen für die Schwankungen in dem Ertrage dieser Zinseinnahmen sind in den vorhergehenden Kapiteln auseinandergesetzt worden. In vielen Jahren trugen die Effekten wesentlich zur Aufbesserung der Dividende bei.

Zu den Gebühren sind auch die für Entschädigung der Barschaftsbezüge gewährten Beträge gerechnet; nächst ihnen sind unter den Einnahmen dieser Art die aus Aufbewahrung von Wertgegenständen herrührenden die wichtigsten; sie erreichten ihren Höhepunkt im Kriegsjahre 1871 mit Fr. 18,000. —, weil aus dem benachbarten Frankreich der Bank eine Menge Wertgegenstände zur Aufbewahrung anvertraut wurden.

Mit den Depotgebühren vereinigt sind die Erträge der Stahlkammer, welche seit 1902 in den Kellern der Bank eingerichtet war und dem Publikum unter nachstehenden Bedingungen zur Verfügung gestellt wurde:

BANQUE DU COMMERCE
GENÈVE

SERVICE
DES
COFFRES-FORTS EN LOCATION

Genève, 1er octobre 1902.

M

Nous avons l'honneur de vous informer que la Banque du Commerce possède dans ses caveaux un service spécial de

Location de Compartiments de Coffres-Forts

pour la garde des titres (papiers de valeur), papiers de famille, documents divers, bijoux, argenterie, etc.

Ces coffres-forts, installés d'après les exigences les plus modernes, sont placés dans le sous-sol de l'immeuble de la Banque, dans un caveau spacieux entièrement voûté; ils présentent ainsi toutes les garanties de sécurité désirables.

Les compartiments de ces coffres, de quatre grandeurs différentes, sont loués au public conformément au ***tarif ci-contre.*** *Ils sont accessibles tous les jours ouvrables de 9 heures du matin à midi et de 2 à 5 heures, sans aucun frais supplémentaire. (Le samedi seulement jusqu'à 3 heures.)*

Chaque compartiment est muni d'une serrure dont la clef n'existe qu'en deux seuls et uniques exemplaires, ***qui tous les deux sont remis au client.***

Le locataire peut à son gré désigner une ou plusieurs personnes autorisées par lui à ouvrir son coffre en son lieu et place et sous son entière responsabilité.

Nous vous invitons à visiter cette installation, et nous sommes bien à votre disposition pour vous donner tous les renseignements que vous pourriez désirer.

Agréez, M , nos salutations distinguées.

BANQUE DU COMMERCE:
Le Directeur: ***P. Appia.***

TARIF

	Hauteur	Largeur	Profondeur	Un Mois Fr.	Trois Mois Fr.	Six Mois Fr.	Un An Fr.
N° 1	0m 12	0m 20	0m 50	**5.—**	**10.—**	**15.—**	**20.—**
2	0m 15	0m 30	0m 50	**7.50**	**12.—**	**20.—**	**30.—**
3	0m 30	0m 30	0m 50	**10.—**	**25.—**	**40.—**	**60.—**
4	0m 60	0m 40	0m 50	**20.—**	**50.—**	**80.—**	**120.—**

Kapitel 23. Dividenden und Aktienkurse.

Es gelangten folgende Dividenden zur Ausschüttung:

Jahr	Betrag	Jahr	Betrag	Jahr	Betrag	Jahr	Betrag
	Fr.		Fr.		Fr.		Fr.
1846	25. —	1862	57. —	1878	61. 50	1894	38. —
1847	43. —	1863	60. —	1879	60. —	1895	36. —
1848	15. —	1864	70. —	1880	60. —	1896	41. —
1849	35. —	1865	55. —	1881	67. 50	1897	33. —
1850	45. —	1866	48. —	1882	70. —	1898	37. 50
1851	51. —	1867	46. 50	1883	55. —	1899	40. —
1852	57. —	1868	43. —	1884	45. —	1900	42. —
1853	66. —	1869	45. 50	1885	45. —	1901	45. —
1854	78. —	1870	51. 50	1886	45. —	1902	42. 50
1855	84. —	1871	69. —	1887	42. —	1903	50. —
1856	71. 50	1872	97. —	1888	43. —	1904	50. —
1857	69. —	1873	97. —	1889	50. —	1905	50. —
1858	56. —	1874	98. —	1890	57. —	1906	60. —
1859	50. 50	1875	89. —	1891	42. —	1907	31. —
1860	55. 50	1876	89. —	1892	35. —		
1861	65. —	1877	60. —	1893	35. —		

Aus Anlass der geringen Dividende des ersten Geschäftsjahres betont der Bericht die mannigfachen Schwierigkeiten, welche das junge Unternehmen zu überwinden hatte; ausserdem habe das eigentliche Geschäftsjahr nur $9^1/_2$ Monate gedauert. Dafür, dass der Anfang nicht auf die Zukunft schliessen lasse, wird auf die Bank in Lyon verwiesen, die 1837 nur 37 Fr., 1846 aber Fr. 244. — Dividende pro Aktie verteilt habe. Die politischen Zustände von 1848 wirkten selbstredend nicht befruchtend auf den kaufmännischen Unternehmungsgeist; das zeigt am besten die winzige Dividende des Jahres. Dann aber trat eine Besserung ein, die 1855 mit Fr. 84. — Dividende ihren Höhepunkt erreichte, um bis 1859 wieder auf Fr. 50.50 zu fallen.

Der starke Ausfall des Jahres 1865 wird zurückgeführt auf die schlechte Geschäftslage, das Sinken des Diskonts und die Steigerung der Spesen durch Einführung des Aktienstempels. Die Kriegsjahre in der zweiten Hälfte des siebenten Jahrzehnts mit ihren Folgen zeitigten weniger befriedigende Resultate; besonders 1868 klagt der Bericht über Lähmung

aller Geschäfte und Anhäufung unproduktiver Kapitalien. Um so günstiger beeinflusste der wirtschaftliche Aufschwung nach dem deutsch-französischen Kriege den Reingewinn der Bank; 1874 konnten als höchste je erzielte Dividende Fr. 98.— pro Aktie verteilt werden.

Infolge der vielfachen Erschwerungen, die das Bankgesetz gerade den reinen Diskontobanken brachte, dann aber auch durch die abnormen Verhältnisse, denen die Bank zur Zeit der Silberdrainage unterstand, sank der Reinertrag langsam aber stetig und erreichte 1897 seinen tiefsten Stand mit Fr. 33.— Dividende. Die letzten Jahre bewirkten dank der günstigeren Wechselkurse und infolge des steigenden Geldpreises wieder höhere Dividenden, und 25 Jahre nach dem Erlass des Bundesgesetzes von 1881 konnten zum erstenmale wieder 6 % gezahlt werden. Um eine grössere Gleichmässigkeit in die Erträge zu bringen, wurden mehrfach ausserordentliche Reserven zwecks Dividendenregulierung geschaffen.

Überschaut man die ausgezahlten Dividenden, so findet man wirklich „fette“ nicht darunter; es ist daher begreiflich, dass die Bank von ihrer „Industrie“ sagt:

> „Ce n'est point, en effet, une industrie aussi facile et aussi rénumératrice qu'on veut bien se l'imaginer. Ils sont très limités les bénéfices d'une banque d'émission qui ne veut avoir, pour la sécurité de ses créanciers d'autres profits que ceux de l'escompte . . .“ (Bericht vom 12. März 1877, S. 7)

und an anderer Stelle:

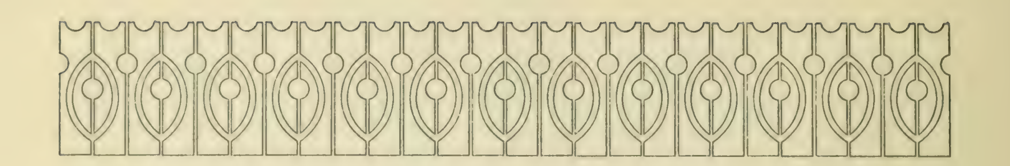
> „On se base sur une erreur de fait manifeste, quand on parle des bénéfices considérables de cette industrie;“ (a. a. O. S. 7 unten)

und endlich:

> „C'est une industrie qui n'est nullement enviable et que nous ne continuons guère que dans l'intérêt de la place.“ (Bericht vom 5. Februar 1894, S. 12.)

Nachstehende Aufstellung verzeichnet die Maximal- und Minimalkurse der Aktien, soweit sie erreichbar waren:

Jahr	Kurs		Jahr	Kurs		Jahr	Kurs	
	höchster	niedrigster		höchster	niedrigster		höchster	niedrigster
1890	1175	1120	1896	1040	1007	1902	1085	1010
1891	1210	1045	1897	1060	995	1903	1132	1045
1892	1090	1015	1898	1040	953	1904	1120	1025
1893	1059	985	1899	1010	950	1905	1165	1080
1894	1065	995	1900	979	920	1906	1140	1075
1895	1065	1005	1901	1050	950			



Fünfter Teil: **Die Liquidation.**

Kapitel 24. Die Liquidation.

Sämtliche Bilanzen der Bank zeichneten sich durch eine vorzügliche Liquidität aus.

Für die Zeit vor Inkrafttreten des Bankgesetzes waren die kurzfälligen Schulden durch sofort greifbare Aktiva in der Regel um mehr als ein Drittel überdeckt; hierfür einige Zahlen (in 1000 Franken):

Jahr	Kassa	Guthaben	Portefeuille	Effekten	Noten	Schulden	Summe der Aktiven	Summe der Passiven	%
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	
1849	2,080	—	3,079	—	2,500	1118	5,159	3,618	142,6
1855	4,060	—	4,782	—	5,500	1222	8,842	6,722	131,5
1861	6,009	261	5,369	—	6,000	1841	11,639	7,841	148,4
1873	5,903	977	13,260	1041	10,000	4896	21,181	14,896	142,2
1878	10,082	2423	14,338	2019	16,500	5025	28,862	21,525	134,0

Unter der Herrschaft des Gesetzes von 1881 wurde alljährlich das prozentuale Verhältnis zwischen den disponibeln Aktiven und den kurzfälligen und den Wechselschulden vom Inspektorat der Emissionsbanken ermittelt.

Der Durchschnitt des prozentualen Verhältnisses zwischen kurzfälligen Aktiven und Passiven betrug nach diesen Ausweisen für die Banque du Commerce:

Jahr	%	Jahr	%	Jahr	%	Jahr	%
1887	113,0	**1892**	115,6	**1897**	115,1	**1902**	111,9
1888	115,2	**1893**	117,0	**1898**	124,9	**1903**	114,4
1889	111,6	**1894**	110,3	**1899**	106,8	**1904**	114,4
1890	114,0	**1895**	110,1	**1900**	115,4	**1905**	116,9
1891	120,6	**1896**	111,2	**1901**	115,8	**1906**	113,0

Hierzu noch einige Berechnungen von Landmann (a. a. O. S. 36/37) betreffend den Gesamtstatus aller Banken:

„Während die die metallisch ungedeckten 60% der Notenzirkulation durch Wechsel deckenden Banken in jeder Beziehung nahe an den Status heranreichen, den man als den Normalstatus einer Notenbank bezeichnen darf, weichen die diese 60% durch Kantonsgarantie deckenden Banken von diesem Normalstatus am weitesten ab. Bei den ersteren sind Notenzirkulation und alle sonstigen kurzfälligen Verbindlichkeiten mit 33,65% metallisch gedeckt, bei den letzteren mit 17,24%; die metallische Deckung aller Schulden an Dritte erreicht bei den ersteren 33, bei den letzteren bloss 5,6%, die bankmässige Deckung aller Schulden an Dritte bei den ersteren 91,14%, bei den letzteren bloss 22,36%. Zieht man endlich die gesetzlich festgelegten 40% der Notenzirkulation von der Summe der Kassenbestände ab, so weisen bei den Wechselbanken die verbleibenden 60% der Notenzirkulation und die kurzfälligen Verbindlichkeiten eine metallische Deckung von 29,19%, bei den Banken mit Kantonsgarantie eine solche von 12% auf.“

Unter den Banken, welche eine Beseitigung der Misstände des dezentralisierten Bankwesens der Schweiz mit allen Kräften erstrebten, stand von jeher die Banque du Commerce obenan. Es braucht hier nur erinnert zu werden an die Bemühungen zur Herbeiführung der Konkordate und deren Ausbau.

Die Geldkrisis 1870 hatte die Aufnahme von Art. 39 in die Bundesverfassung von 1874 veranlasst, auf Grund dessen das Bundesgesetz von 1881 entstand.

„Ce qu'il nous faut, c'est une modification radicale de toute notre organisation monétaire et fiduciaire,“

sagt der Bericht vom 31. Januar 1898, S. 6 und 7.

Die Ausgestaltung der Konkordate konnte diese Neuorganisation nicht bedeuten, selbst nicht nach dem Beitritt sämtlicher Emissionsbanken im Jahre 1902; bemerkte doch die Bank selbst aus diesem Anlass:

„Ce n'est encore assurément ni la Banque Centrale unique, ni le billet unique." (Bericht vom 10. Februar 1902, S. 8.)

Wieder und wieder wurde die Frage der Schaffung einer Zentralbank aufgeworfen, und ein drittes diesbezügliches Projekt seitens der Bundesbehörden fand im Jahre 1905 die Zustimmung des Volkes, ohne dass dieses das Referendum ergriffen hätte.

In ihrem eigenen Interesse hätte die Banque du Commerce ja eine Fortdauer der bestehenden Verhältnisse vorgezogen, allein sie stellte ihre persönlichen Wünsche hinter den Vorteil und die Wohlfahrt des ganzen Landes.

„C'est bien parce que nous avons la conviction que pour le pays dans son ensemble la création de la Banque unique constitue un progrès économique nécessaire, que nous avons depuis longtemps cherché à appuyer les efforts de ceux qui travaillaient dans ce sens." (Bericht vom 6. Februar 1905, S. 17.)

Gemäss Art. 4 des Gesetzes von 1905 über die schweizerische Nationalbank:

„Die Nationalbank ist befugt, bestehende Banken mit ähnlichem Geschäftskreis im Wege freier Verständigung käuflich zu erwerben und unter Liquidation der nicht geeigneten Geschäfte als Zweiganstalten zu betreiben,"

trat das Komitee der Nationalbank mit diesbezüglichen Vorschlägen an die Verwaltung der Banque du Commerce heran. Diese Eröffnungen führten nach verschiedenen Unterhandlungen zwischen den beiden Parteien, in denen sowohl die berechtigten Interessen der Aktionäre als auch der Beamten und des Platzes Genf in weitgehendstem Masse berücksichtigt wurden, unter Vorbehalt der Genehmigung durch die Generalversammlung zu nachstehendem Vertrag:

„1° La Banque Nationale est autorisée à acquérir pour le prix de fr. 875,000. — le bâtiment de la Banque du Commerce à Genève, y compris les safes et y compris également tout le mobilier qui se trouve dans le bâtiment de la Banque.

2° A partir du jour de l'ouverture de la Banque Nationale, terme auquel la Banque du Commerce de Genève renonce à son droit d'émission de billets, et après que celle-ci aura remis à la Banque Nationale

la contre-valeur de son émission, à raison de 40 % en or et 60 % en effets de change bancables ou autres valeurs, la Banque Nationale assume sans aucune réserve l'obligation de rembourser les billets de la Banque du Commerce.

3° La Banque Nationale est autorisée, en se basant sur les conditions du marché monétaire du moment, à conclure une entente au sujet du taux d'escompte pour le réescompte des effets de change acceptés en couverture des 60 % de l'émission des billets.

La Banque reprend la plus grande partie du personnel actuel de la Banque du Commerce avec les mêmes traitements.

Le tout sous ratification de la prochaine assemblée générale des actionnaires de la Banque du Commerce."

Diesem Vertrage wurde nachher noch hinzugefügt:

„Enfin, le Conseil d'Administration de la Banque du Commerce a insisté auprès du Comité de Banque de la Banque Nationale pour que les facilités de virements gratuits de place à place que la Banque du Commerce a accordées à la place de Genève depuis quelques années, ainsi que les encaissements gratuits puissent être maintenues par la Banque Nationale, comme l'y invite du reste l'article 39 de la Constitution Fédérale qui l'a instituée."

Über die Auflösung der Gesellschaft und den Zeitpunkt, sowie den Hergang der Liquidation, fasste die ausserordentliche Generalversammlung vom 18. Februar 1907 nach einstimmiger Annahme vorstehenden Vertrages die folgenden Beschlüsse:

1° La *Banque du Commerce,* Société anonyme dont le Siège est à Genève, fondée le 10 novembre 1845, sera dissoute à partir du jour où la succursale de la Banque Nationale sera officiellement installée et commencera ses opérations à Genève; dès cette date, elle ne subsistera plus que pour sa liquidation.

2° La liquidation sera opérée, sous la raison: *Banque du Commerce en liquidation,* par le Conseil d'Administration actuellement en exercice, composé de MM. Ernest Pictet, Alexis Lombard, Théodore Bordier, Alexandre Ramu, Henri Chauvet, Gustave Ador, Barthélemy Bouvier, Jean-Jacques Gardiol, Henri Aubert et Ernest Hentsch, lesquels sont confirmés dans leurs fonctions pour la durée de la liquidation et reçoivent à cet effet les pouvoirs les plus étendus. En outre, les pouvoirs de M. Paul Appia, directeur, de M. Eugène Mussard, sous-

directeur et de M. Ami Dufour, fondé de pouvoirs du directeur, subsisteront aussi longtemps que le Conseil d'Administration n'en aura pas décidé autrement. En conséquence, la Société en liquidation sera valablement engagée par la signature de l'un des membres du Conseil d'Administration ou par celle de MM. Appia, Mussard ou Dufour, signant individuellement.

3° L'Assemblée déclare ratifier la Convention passée entre la Banque Nationale et le Conseil d'Administration de la Banque du Commerce, telle qu'elle résulte du procès-verbal du Conseil de la Banque Nationale du 22 décembre 1906, et approuve notamment la vente à la Banque Nationale de l'immeuble, sis à Genève, rue Diday 6, avec toutes les installations et le mobilier qui en dépendent, pour le prix de 875,000 francs.

Da die Eröffnung der Schalter der Nationalbank am 20. Juni erfolgte, so trat an diesem Tage die Banque du Commerce in Liquidation.

Die übernommenen Aktiva und Passiva verursachten folgende Buchungen auf dem

Soll **Konto der Nationalbank** **Haben**

	Fr.	Cts.		Fr.	Cts.
Kassa	13,573,015	04	Emission	24,000,000	—
Portefeuille	14,528,181	74	Depotkonti	2,121,944	20
Immobilien und Mobilien	875,000	—	Rückdiskont auf Portefeuille	44,005	60
			Überträge	521,416	60
			Kursdifferenz auf Wechsel	1,959	95
			Saldo	2,286,870	43
	28,976,196	78		28,976,196	78

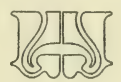
Die übrigen Aussenstände gingen so schnell ein, und die restlichen Aktiva waren in so kurzer Zeit realisiert, dass bereits am 10. Juli den Aktionären der Nennbetrag ihrer Aktien zur Verfügung gestellt werden konnte. Von den 1007 Zertifikaten, welche über die 12,000 Aktien der Bank ausgestellt worden waren, wurden alle, mit Ausnahme von drei über 65 Aktien lautend, bis zum 15. November 1907 zurückgezahlt. Da die rechtmässigen Inhaber dieser letzten Aktien sich nicht meldeten, bezw. nicht festzustellen waren, so wurde der Gegenwert dieser Aktien vorläufig bei der Nationalbank hinterlegt.

Folgende Posten zeigte das

Soll **Liquidationskonto** **Haben**

	Fr.	Cts.		Fr.	Cts.
Gratification au personnel	68,782	—	Solde du C. de profits et pertes	545,867	87
Pensions de retraites .	60,077	40	Bénéfice sur fonds publics	290,910	60
Frais généraux de liquidation	10,089	65	Plus value sur l'immeuble	475,000	—
Solde	1,813,240	32	Répart. du Dép. Féd. des finances sur la liquid. du compte de confection des billets de banque	35,705	—
Répartition: fr. 151.— sur 12,000 actions fr. 1,812,000.— Solde disponible „ 1,240.32			Montant de la Réserve statutaire	500,000	—
			Montant de la Réserve extraordinaire . . .	80,000	—
			Prod. de placements temporaires	24,705	90
	1,952,189	37		1,952,189	37

Durch einen letzten, einstimmig gefassten Beschluss erteilten die Aktionäre der Verwaltung Entlastung und bestimmten ausserdem, dass das gesamte Archiv bei der Filiale der Schweizerischen Nationalbank in Genf deponiert werden sollte.



Schlusswort.

Ehe wir von der Banque du Commerce Abschied nehmen, sei an dieser Stelle noch ihrer ungefähr gleichaltrigen Schwester, der Banque de Genève, gedacht, die während eines halben Jahrhunderts ebenfalls dem Platze Genf als Notenbank wertvolle Dienste geleistet hat.

Die Wünsche, welche der jungen Banque du Commerce mit auf den Weg gegeben wurden:

> „Puisse la réussite de cet établissement de crédit prouver ce que l'esprit d'association peut obtenir d'heureux résultats pour le pays et les intéressés lorsqu'il est dirigé par des hommes d'une probité sévère et d'une capacité éprouvée,“

sind voll und ganz in Erfüllung gegangen. Nie hat es ihr an Männern gefehlt, die sie mit kundiger Hand und sicherem Blick an allen Fährnissen vorübersteuerten, und mit Recht konnte man am Ende ihrer Tätigkeit sagen:

> „La Banque du Commerce peut disparaître avec le sentiment le plus complet du devoir accompli et celui d'avoir contribué de toutes ses forces, aussi bien par son exemple que par ses conseils, à la création d'une Banque Nationale digne et capable de marcher sur ses traces.“



Soll **Verlust- und Gewinn-Rechnung** [1] Haben *No. 14.*

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
	Verwaltungskosten								Steuern					Passiv-Zinsen			
Jahr	Gehälter und Gratifikationen	Miete	Gebäude-Unterhalt und Versicherung, Heizung und Beleuchtung, Schreib-Utensilien, Porti und Telegramme	Pension „Mare" [2]	Mobilien-Unterhalt Abschreibungen auf Einrichtungsspesen	Banknoten-Anfertigungskosten	Kosten der Barschaftsbezüge	Verschiedenes (Geschenke etc.)	Bundes-Banknotensteuer	Kantonale Banknotensteuer	Kantonaler Aktienstempel	Kantonale Gebäudesteuer	Städtische Steuern	Zinsen d. Beamten-Sparkasse und auf Reserven	Zinsen für Depots und Kontokorrent-Debitoren	Rückstellungen (bezw. Verlust)	Reingewinn und Reserve-Verteilung (einschliesslich Saldovortrag)
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
1846	19,836	1,800	2,208	1,000	284 451	900	1,603								446	110	39,283
1847	20,144	2,213	2,318	1,000	436 852	900	140								495		69,169
1848	15,870	2,500	1,981	1,000	497 770	900	—								267	275	2,325 28,892
1849	14,904	2,500	1,740	1,000	471 696	900	—								240		58,731
1850	16,493	2,500	1,670	1,000	526 772	900	311								240	3,065	75,006
1851	16,823	2,475	1,721	1,000	600 900	900	1,692								240		88,327
1852	18,365	2,450	1,991	1,000	600 900	900	5,020								303		101,627
1853	18,566	2,450	2,844	1,000	600 900	900	11,072								378		124,055
1854	19,069	2,450	2,635	1,000	600 900	1,200	16,052							9	94		151,905
1855	19,919	2,450	2,974	1,000	600 900	1,500	29,654							111	35		177,374
1856	24,724	2,450	4,861	1,000	600 900	1,500	40,423							216			252,006
1857	25,918	2,450	3,300		600 905	1,500	49,400							299	1,233		258,901
1858	26,835	2,450	3,907		600	1,500	35,774							366	13,151	10,000	199,485
1859	27,698	2,450	3,801		600	1,500	19,915							407	14,649		173,437
1860	28,813	2,450	3,479		800	758	12,117						800	572	16,490		197,411
1861	29,793	2,450	4,143		1,000	-	17,588						800	894	25,403		240,740
1862	29,642	2,450	3,895		1,000	—	17,614						800	815	32,681		204,217
1863	28,611	2,450	3,717		—	—	22,626						1,255	778	27,159		218,278
1864	30,126	2,450	4,868		—	—	31,348						800	1,022	28,540		268,926
1865	32,016	2,450	6,546		·	—	30,444				1,550		800	881	37,068		195,508
1866	34,722	2,920	5,914		—	—	52,056				1,550		800	941	54,521	39,950	162,747
1867	33,213	2,920	6,037		·	—	9,341				1,550		800	1,170	34,158		155,338
1868	30,127	2,932	7,258		—	—	13,072				1,550		800	1,351	14,895	14,050	143,092
1869	31,653	4,324	7,526		500	1,018	9,394				1,550		800	1,334	10,807	840	152,541
1870	37,885	4,066	6,489		1,349	600	8,037				1,550		800	1,070	9,586	6,225	180,485
1871	41,500	4,324	6,377		1,200	802	2,484				1,550		800	1,204	10,826	2,500	231,092
1872	46,919	4,400	7,690		4,800	5,050	20,688				1,550		800	1,503	15,612		803,104
1873	58,308	4,324	10,769		3,000	4,291	194,319				2,500		800	1,997	19,163		440,086
1874	65,113	4,324	15,263		2,000	4,669	29,095				2,500		800	2,279	16,278		496,392
1875	70,157	4,324	11,049		—	13,026	21,293				2,500		800	2,443	14,970	67,000	449,836
1876	74,709	4,399	15,981		—	6,015	12,119				2,500		800	2,702	19,520		456,530
1877	73,688	—	14,361		·	150	9,669				5,000	729	800	2,595	33,116	7,734	427,408
1878	72,476	—	14,012	Konkordats-Spesen und Abrechnung	—	13,898	8,616				5,000	—	800	2,140 2,140	53,802		435,688
1879	75,563	—	11,414		—	2,970	17,963				5,000	—	800	4,460 2,438	41,500	10,000	426,038
1880	78,260	—	10,891		5,000	1,520	21,588				5,000	—	800	6,790 2,659	24,593	5,000	425,994
1881	83,277	—	12,144		15,834	1,767	57,187				5,000	—	800	9,260 2,938	18,081		627,080
1882	86,104	—	10,490	Fr.	355	1,497	21,477		18,920		5,000	690	800	12,850 3,125	16,581	30,000	828,420
1883	86,837	12,000	6,193	15,908	1,503	18,626	14,682	139	19,762		5,000	724	3,000	17,650 3,831	15,536		80,257 494,476
1884	86,882	12,000	7,554	12,550	1,238	20,273	11,854	121	20,000		5,000	690	3,000	19,760 3,078	17,143		34,726 438,850
1885	87,163	12,000	5,779	12,091	697	1,308	20,450	378	20,000		5,000	719	3,000	21,850 3,342	14,959		748,857
1886	86,765	12,000	8,191	8,436	546	5,073	27,457	377	20,000		5,000	756	3,000	3,344	8,809		498,647
1887	88,870	12,000	7,386	7,519	937	—	23,366	1,142	20,000	60,000	5,000	686	3,000	3,118	5,047	5,005	420,678
1888	88,132	12,000	6,057	8,446	1,080	—	43,946	391	20,000	60,000	5,000	702	3,150	3,224	1,728		431,968
1889	94,106	12,000	5,877	7,084	1,119	—	53,906	384	20,000	60,000	5,000	702	3,150	3,432	291		522,721
1890	93,398	12,000	7,734	6,047	586	1,500	47,916	394	20,000	60,000	5,000	648	3,150	4,205	—		430,000 580,608
1891	90,846	12,000	7,397	6,739	667	7,540	110,242	1,802	20,029	60,000	6,000	648	3,150	7,201	.		511,112
1892	89,168	12,000	6,777	6,974	1,677	12,400	67,949	1,268	20,747	60,000	6,000	718	3,150	3,227	—		434,181
1893	88,605	12,000	7,227	6,292	2,546	5,750	76,567	395	22,735	68,204	6,000	691	3,150	3,142	—		429,251
1894	88,109	12,000	5,994	5,868	1,234	5,250	22,214	518	23,077	69,231	6,000	680	3,150	3,078	—		475,658
1895	87,984	12,000	6,664	5,231	1,061	3,750	75,957	330	23,969	71,908	6,000	648	3,150	2,541	—	208	441,203
1896	88,878	12,000	7,200	6,056	1,524	5,250	114,174	422	24,000	72,000	6,000	724	5,150	2,425	—		499,035
1897	84,991	12,000	6,538	5,515	2,245	9,750	226,043	499	22,975	68,926	6,000	686	5,150	2,597	-		397,293
1898	88,210	12,000	5,688	5,792	2,919	8,100	224,576	718	20,587	61,760	6,000	675	5,150	2,678	—		36,000 415,545
1899	95,125	12,000	7,723	5,355	2,018	13,150	437,737	880	23,753	71,259	6,000	740	5,150	3,034	36	19,002	489,064
1900	97,525	12,000	14,309	5,708	2,334	6,000	387,462	923	23,794	71,383	6,000	756	6,150	3,638	65		506,529
1901	96,970	12,000	11,728	5,217	3,909	5,250	119,054	1,222	22,548	67,644	6,000	788	6,150	3,387	46	43,649	576,216
1902	104,146	12,000	12,062	7,091	2,360	13,500	196,010	1,218	23,200	69,600	6,000	878	6,150	3,742	718		514,777
1903	112,775	12,000	19,150	5,772	3,520	7,500	41,114	932	22,844	68,533	6,000	816	8,911	4,100	1,498		686,258
1904	112,507	12,000	13,537	4,357	3,058	7,500	106,934	732	23,320	69,959	6,000	753	11,514	4,560	1,105		604,000
1905	113,398	12,000	11,831	3,874	2,938	7,500	71,786	725	23,599	70,797	6,000	753	10,265	5,030	1,017		628,407
1906	113,110	12,000	12,156	3,390	2,614	3,600	38,916	1,175	23,642	70,927	6,000	753	10,678	6,016	13,340		836,010
1907 b. 19 Juni	54,207	6,000	6,433	2,174	1,642	—	16,988	320	10,887	32,660	3,000	436	6,705	2,902	8,313		545,868
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17

	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	
	Aktiv-Zinsen								Gebühren						
Jahr	Wechsel	Devisen	Vorschüsse auf Wertpapiere	Vorschüsse auf Hypotheken	Eidgenössische und kantonale Schatzanweisungen	Städtische Schatzanweisungen	Kontokorrent-Debitoren und Vorschüsse auf Gold und Silber	Ertrag von Effekten und Gebäuden	Entschädigung für Barschaftsbezüge Wieder-Eingänge	Depotgebühren (einschliesslich Coffres-Forts)	Verschiedenes: (Agio auf ausländische Münzen und Noten, Commission, Spesen, inkl. Gebühren auf unbezahlte und Inkasso-Wechsel)	Saldovortrag	Dividende	Reserven	Jahr
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	
1846	67,690						231					533	38,750		1846
1847	96,562						443		25	104		194	66,650	2,325	1847
1848	49,823						1,542			386	1,007	7,967	23,250		1848
1849	72,430						183			553	49	606	54,250	3,875	1849
1850	100,591						569			717		1,381	69,750	3,875	1850
1851	112,050						185		123	939		752	79,050	8,525	1851
1852	127,337						146	3,182		1,500	239	102	88,350	13,175	1852
1853	154,284							7,555		824		1,605	102,300	20,150	1853
1854	182,096							10,918		849	446	1,555	120,900	29,450	1854
1855	217,934							14,967		900	1,161	131	143,143	34,100	1855
1856	309,591							16,662		979	1,317	1,894	206,712	43,400	1856
1857	322,555							18,276		1,156	625	51	213,900	44,950	1857
1858	273,570							18,448		1,221	778	1,085	173,600	24,800	1858
1859	223,612							18,348		1,141	271	612	156,550	16,275	1859
1860	242,726							18,316		1,211	825	1,336	172,050	24,025	1860
1861	299,788							18,315	759	1,400	1,213	490	201,500	38,750	1861
1862	270,638							18,182	2,052	1,510	242	1,167	176,700	26,350	1862
1863	282,003							19,352		1,638	714	1,278	186,000	31,000	1863
1864	342,920							3,000 18,861		1,805	216	2,426	217,000	3,000 J. [3] 46,500	1864
1865	282,766							19,285		2,021	765	1,758	170,500	23,250	1865
1866	331,523							1,500 18,453		2,347	540	47	148,800	1,500 J. 12,400	1866
1867	205,200						17,237	18,603		2,730	710	1,113	144,150	10,075	1867
1868	185,123						19,708	600 18,347		3,584	652	4,542	133,300	600 J. 4,650	1868
1869	169,023						13,532	26,002		6,577	2,611	2,966	141,050	8,525	1869
1870	198,084						5,955	38,846	2,695	8,075	1,521	3,010	159,650	17,825	1870
1871	226,688							1,000 45,840	9,875	17,926	320	2,117	213,900	1,000 J. 14,075	1871
1872	348,643							1,000 38,568 7,385	6,000	8,020	500,383 [5]	1,404	300,700	1,000 J. 500,000	1872
1873	658,090							66,327	2,000	11,108	628	2,586	437,500	—	1873
1874	547,497				6,604			70,290	400	10,960	376	1,392	490,000	5,000 J.	1874
1875	563,288				10,562			73,174	80	8,652	250	4,836	445,000	—	1875
1876	484,926				23,378			73,411		8,351	373	1,530	445,000	—	1876
1877	434,590				13,122			91,864	27,763	6,023	358	9,608	375,000	42,800	1877
1878	470,952				4,875			111,862	3,902	6,122	1,251	2,088	390,000	43,600	1878
1879	479,794				1,598			107,868		5,653	1,145	8,238	375,000	42,800	1879
1880	463,207				789			108,773		5,968	1,120	8,394	375,000	42,600	1880
1881	694,043				1,233			123,094		5,306	1,298	1,880	487,500	75,000 a.R. [4] 62,700	1881
1882	851,834			22,106	16,301			18,750 119,631		4,528	1,279	5,570	700,000	40,000 a. R. 82,850	1882
1883	332,580	15,451	117,248	15,995	5,142		42,665	157,525	18,626	4,267	798	33	550,000	24,700	1883
1884	325,890	3,318	87,226	13,639	5,139		16,838	180,888	20,274	5,280	1,468	1,576	450,000	22,000	1884
1885	347,352	387	86,829	8,865	8,012		9,668	218,494	883	5,070	457	4,997	450,000	23,860	1885
1886	247,656	4,022	162,883	7,523	6,105	2,696	26,220	215,356	4,440	5,280	1,223	1,317	450,000	17,330 30,000 a. R.	1886
1887	230,758	725	149,579	3,745	498	3,446	38,184	229,976		5,146	380	678	420,000	—	1887
1888	239,592	15,333	154,075	1,544	436	17,572	10,811	240,259		5,144	380	1,968	430,000	—	1888
1889	326,874	720	177,349	2,820	—	5,482	22,131	246,617		5,395	416	22,721	500,000	—	1889
1890	332,465	852	191,453	7,012	4,488	838	28,285	249,570		5,136	366	10,608	1,000,000	—	1890
1891	372,095	4,901	183,434	9,238	—	14,093	17,598	227,755		5,578	73	7,112	504,000	—	1891
1892	242,727	4,622	167,367	8,361	—	12,688	27,956	245,856	3,709	5,310	528	14,181	420,000	—	1892
1893	284,721	8,275	131,476	8,350	4,641	3,948	20,947	250,192		5,266	558	9,251	420,000	—	1893
1894	226,438	9,765	134,982	13,143	—	1,825	50,269	271,137		4,675	576	19,658	456,000	—	1894
1895	243,072	11,581	111,457	16,195	15,787	15,206	52,429	251,323	187	4,477	1,232	9,203	432,000	—	1895
1896	307,260	1,063	107,071	20,866	38,577	19,433	62,243	267,347		4,710	7,065	7,035	492,000	—	1896
1897	330,999	11,092	81,350	23,315	40,476	4,419	54,554	287,362		4,072	6,534	1,293	396,000	—	1897
1898	294,865	3,749	83,340	24,109	47,862	28,405	52,990	311,865		4,456	7,464	1,545	450,000	—	1898
1899	440,788	24,550	100,577	16,690	75,763	92,621	56,763	324,122	41,794	3,563	13,250	9,064	480,000	—	1899
1900	440,904	142,669	109,831	15,762	5,853	53,288	52,879	296,450	5,000 2,793	3,614	6,469	2,529	504,000	25,000 J.	1900
1901	338,072	106,453	50,893	13,551	10,735	23,651	59,080	291,185	76,539 2,002	3,703	3,385	11,216	540,000	—	1901
1902	339,609	129,331	36,786	11,653	17,376	33,958	31,212	314,750	31,870 3,880	6,204	5,607	4,777	510,000	80,000 a. R.	1902
1903	318,150	125,527	34,257	12,243	53,938	52,627	50,180	270,113	65,966 970	6,784	6,191	6,258	600,000	—	1903
1904	333,971	94,756	28,969	9,841	13,951 81,468	98,961	45,256	238,945	14,382 970	7,333	6,775	4,000	600,000	—	1904
1905	415,098	62,819	24,214	6,015	78,117	51,817	41,022	232,783	40,072	8,220	5,738	28,407	600,000	—	1905
1906	486,947	68,675	27,711	6,584	98,771	—	48,720	348,083	26,325	8,617	5,487	116,010	720,000	—	1906
1907 b. 19 Juni	258,791	16,331	23,329	3,112	75,185	—	17,345	159,522	485 20,295	5,476	2,654	—	—	—	1907 b. 19 Juni
	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	

[1] Beträge mit 50 Cts. und mehr sind um 1 Franken erhöht worden; [2] vgl. Seite 5; [3] J. = Immobilien-Reserve; [4] a. R. = ausserordentliche Reserve; [5] hiervon sind Fr. 475,000 Mehrerlös bei der Ausgabe neuer Aktien und weitere Fr. 25,000 aus der stillen Reserve auf Wertschriftenkonto.

Summarische Jahresschluss-Bilanzen.

(vgl. hierzu die früher aufgeführten Tabellen)

No. 15.

	Aktiva							Passiva							
Jahr	Kassa [1]	Debitoren [1]	Befristete Guthaben	Portefeuille (einschliesslich Inkassowechsel)	Wertschriften	Gebäude und Mobilien	Ordnungskonten [2]	Notenemission Récépissés à vue und billets à ordre	Kreditoren	Befristete Verbindlichkeiten	Ordnungskonten [2]	Aktienkapital	Reserven	Saldo	Jahr
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	
1846	869,452. 10	22,995. —		2,515,785. 10	—	nur Mobilien: 4,454. 65	9,512. 65	1,011,025. —	801,282. 60	12,500. —	46,858. 80	1,550,000. —	—	533. 10	1846
1847	1,630,365. 85	80,800. —		2,146,121. 60	—	7,544. —	12,671. —	1,517,025. —	752,554. 65	10,000. –	45,404. 15	1,550,000. —	2,325. —	193. 65	1847
1848	4,972,653. 35	29,534. 30		1,257,030. 20	—	7,902. 60	11,122. 40	2,705,517. 20	1,978,878. 85	6,000. —	29,879. 05	1,550,000. —	—	7,967. 75	1848
1849	2,080,128. 55	1,458. 30		3,091,026. 20	—	7,533. 75	9,506. 90	2,587,948. —	990,479. 70	6,000. —	50,745. 30	1,550,000. —	3,875. —	605. 70	1849
1850	2,526,024. 45	5,387. 50		3,708,927. 25	—	7,007. 75	10,063. 50	3,599,290. 35	1,038,472. 50	6,000. —	58,391. 60	1,550,000. —	3,875. —	1,381. —	1850
1851	2,398,097. 15	15,510. —		3,792,762. 15	—	6,266. 75	8,772. 50	3,557,140. —	1,032,974. 95	6,000. —	58,266. 80	1,550,000. —	16,275. —	751. 80	1851
1852	2,435,206. 15	—		3,755,185. 40	—	171,226. 05	6,902. 50	3,570,096. 55	1,143,984. 10	13,000. —	61,887. 30	1,550,000. —	29,450. —	102. 15	1852
1853	2,220,442. 65	—		4,400,081. 45	—	247,395. 30	5,574. 05	3,538,150. —	1,655,349. 10	4,000. —	74,789. 35	1,550,000. —	49,600. —	1,605. —	1853
1854	3,352,121. 25	11,000. —		4,180,887. 85	—	313,038. 60	8,495. —	4,519,576. —	1,622,743. 40	2,574. 30	90,043. 90	1,550,000. —	79,050. —	1,555. 10	1854
1855	4,060,438. 65	—		4,813,856. 40	—	313,341. 90	8,448. —	5,517,000. —	1,122,085. 05	2,714. —	112,702. 45	2,325,000. —	116,452. 55	130. 90	1855
1856	4,727,226. 40	884,781. 25		5,307,319. 30	—	313,249. 45	4,893. —	6,005,500. —	1,812,440. 90	4,420. 05	151,664. 30	3,100,000. —	161,550. —	1,894. 15	1856
1857	6,073,013. 95	374,458. 45		4,689,938. 95	—	313,714. 55	5,081. 75	6,000,000. —	1,936,178. 20	73,090. 75	140,856. 60	3,100,000. —	206,030. 65	51. 45	1857
1858	5,092,854. 35	744,072. 95		5,511,201. 85	—	313,325. 55	6,023. 70	6,004,000. —	1,793,417. 20	431,363. 95	107,227. 40	3,100,000. —	230,385. 30	1,084. 55	1858
1859	5,113,273. 20	450,030. 75		5,361,786. 55	—	312,787. 55	4,150. 35	6,001,500. —	1,371,651. 30	410,583. 75	112,513. 15	3,100,000. —	245,168. 05	612. 15	1859
1860	5,697,931. 30	216,561. 60		5,778,896. 20	–	313,314. 65	5,376. 95	6,026,000. —	1,962,853. 95	536,418. 85	117,743. 40	3,100,000, —	267,728. 05	1,336. 45	1860
1861	6,009,138. 85	261,051. 25		5,496,992. 70	—	311,834. 65	8,183. 75	6,020,000. —	1,714,370. 65	807,371. 90	139,457. 90	3,100,000. —	305,510. 35	490. 40	1861
1862	5,672,641. 35	513,253. 05		5,830,585. 85	—	311,047. 65	7,646. 25	6,020,000. —	1,735,900. 50	1,031,929. 20	114,477. 35	3,100,000. —	331,700. —	1,167. 10	1862
1863	5,347,671. 85	449,490. 20		5,247,785. 80	—	311,185. 05	7,745. 75	6,020,000. —	955,962. 70	793,495. 95	130,441. 75	3,100,000. —	362,700. —	1,278. 25	1863
1864	2,724,998. 20	453,819. 70		4,859,979. 65	—	311,531. 05	7,202. 80	2,850,000. —	1,102,834. 25	744,136. 25	146,934. 45	3,100,000. —	411,200. —	2,426. 45	1864
1865	2,325,021. 85	808,813. 60		5,477,222. 60	—	311,711. 05	12,454. 50	2,545,000. —	1,647,936. 90	1,096,544. 30	108,534. 55	3,100,000. —	435,450. –	1,757. 85	1865
1866	2,719,520. —	1,313,924. 15		5,336,640. 85	—	311,711. 05	11,444. 55	3,295,000. —	1,389,914. 40	1,346,175. 20	112,753. 85	3,100,000. —	449,350. —	47. 15	1866
1867	2,720,171. 95	967,670. 80		5,261,492. 10	—	311,711. 05	11,217. 40	3,481,333. 20	1,255,499. 85	882,601. 70	92,290. 80	3,100,000. —	459,425. —	1,112. 75	1867
1868	3,378,190. 55	727,881. 70		5,426,710. 65	—	311,711. 05	14,131. 10	3,936,300. —	1,703,714. 35	545,311. 95	90,031. 40	3,100,000. —	478,725. —	4,542. 35	1868
1869	4,169,986. 95	794,383. 70		5,041,802. 95	400,333. 95	316,381. 20	8,035. 35	4,295,000. —	2,166,292. 25	590,611. 85	93,804. 05	3,100,000. —	482,250. —	2,965. 95	1869
1870	6,212,283. 40	720,550. 55		6,194,989. 25	408,847. 50	322,200. —	7.883. 30	5,138,800. —	4,418,990. 70	578,531. 05	121,122. 45	3,100,000. —	506,300. —	3,009. 80	1870
1871	5,401,609. 95	78,478. 50		8,036,504. 05	484,338. 55	321,000. —	12,050. 15	5,209,900. —	4,800,420. 50	543,543. 70	163,000. 45	3,100,000. —	515,000. –	2,116. 55	1871
1872	4,625,835. 90	42,053. 30		11,013,382. —	565,487. 90	316,200. —	8,282. 60	6,805,000. —	4,846,593. 30	566,377. 50	242,867. 10	3,100,000. –	1,009,000. —	1,403. 80	1872
1873	5,903,068. 85	990,787. 45		13,373,078. 55	1,040,970. 90	313,200. —	10,661. 45	10,015,000. —	4,644,180. 95	655,385. 40	307,614. 45	5,000,000. –	1,007,000. —	2,586. 40	1873
1874	8,839,524. 70	596,542. 60		14,418,462. 40	1,112,074. 45	311,200. —	17,600. 60	14,750,000. —	3,666,225. 35	536,362. 85	331,424. 85	5,000,000. —	1,010,000. —	1,391. 70	1874
1875	9,119,844. 65	1,928,656. —		12,740,044. 65	1,220,201. 25	311,200. —	6,384. 60	15,500,000. —	2,863,987. 65	584,399. 45	313,107. 70	5,000,000. —	1,060,000. —	4,836. 35	1875
1876	8,701,533. 70	1,758,930. —		15,845,144. 30	1,014,160. 30	638,281. 50	25,122. 85	16,700,000. —	4,012,137. 35	923,984. 60	285,521. 10	5,000,000. —	1,060,000. —	1,529. 60	1876
1877	9,353,433. 30	5,590,755. 20		14,581,971. 50	1,710,048. 15	695,000. —	13,804. 40	15,800,700. —	4,413,273. 95	1,460,412. 25	308,218. 70	10,000,000. —	52,800. —	9,607. 65	1877
1878	10,082,294. 60	6,173,423. 40		14,427,688. 30	2,019,613. 15	695,000. —	9,185. 80	16,500,000, —	4,631,595. 25	1,731,946. 80	443,034. 75	10,000,000. —	98,540. —	2,088. 45	1878
1879	10,671,797. 15	1,068,987. 15		19,431,941. 95	1,960,816. —	695,000. —	7,779. 80	16,000,000. —	5,819,208. 95	1,419,466. 90	433,008. 20	10,000,000. —	156,400. —	8,238. —	1879
1880	8,270,392. 05	3,794,455. 05		17,001,122. —	2,172,751. 25	690,000. —	5,798. 35	16,500,000. —	4,008,983. 60	757,524. 65	459,426. —	10,000,000. —	200,190. —	8,394. 45	1880
1881	9,544,808. 90	4,627,180. 95		19,318,527. 80	1,858,495. 45	676,000. —	3,126. 80	18,900,000. —	5,581,970. 30	620,251. 75	576,887. 55	10,000,000. —	347,150. —	1,880. 30	1881
1882	11,862,100. 55	3,261,678. 75		17,972,092. 65	2,323,258. 70	676,000. —	2,151. —	19,700,000. –	4,440,493. 10	641,461. 85	796,906. 60	10,000,000. —	512,850. —	5,570. 10	1882
1883	10,617,936. 30	1,529,168. 20	575,000, —	19,429,400. 10	2,995,419. 05	366,000. —	4,561. 75	20,000,000. —	3,694,692. 90	735,840. 80	606,718. 35	10,000,000. —	480,200. —	33. 35	1883
1884	9,710,912. 80	2,333,736. 65	575,000. —	18,305,998. 25	3,994,321. 30	366,000. —	4,522. 85	20,000,000. —	3,545,090. 50	766,118. 40	510,746. 60	10,000,000. –	466,960. —	1,576. 35	1884
1885	9,598,647. 45	3,123,044. 70	275,000. —	17,677,699. 40	4,741,977. 35	366,000. —	—	20,000,000. –	4,125,630. 45	622,612. 35	516,459. 45	10,000,000. —	512,670. —	4,996. 65	1885
1886	9,257,260. 45	2,586,826. 25	500,000. —	18,072,560. 25	4,726,457. 70	366,000. —	—	20,000,000. —	4,099,595. 65	343,855. 75	509,336. —	10,000,000. —	555,000. —	1,317. 25	1886
1887	9,360,553. 75	1,592,885. 80	250,000. —	19,666,931. 35	5,158,212. 50	366,000. —	—	20,000,000. —	5,193,686. 65	148,363. 30	496,855. 30	10,000,000. —	555.000. —	678. 15	1887
1888	8,898,405. 45	2,041,748. 70	416,750. —	19,359,641. 35	5,305,611. 95	366,000. —	—	20,000,000. —	5,194,578. 70	127,445. 55	509,164. 65	10,000,000. —	555,000. —	1,968. 55	1888
1889	9,548,516. 15	1,091,881. 55	375,000. —	18,458,187. 40	5,288,644. 10	366,000. —	—	20,000,000. —	3,897,858. 35	76,976. 45	575,673. —	10,000,000. —	555,000. —	22,721. 40	1889
1890	8,351,344. 40	3,243,377. 25	100,986. 30	19,728,279. 35	5,002,619. 10	366,000. —	—	20,000,000. —	5,120,329. 45	81,320. 75	1,075,347. 90[3]	10,000,000. —	505,000. —	10,608. 30	1890
1891	9,628,241. 85	2,282,375. 70	225,000. —	20,053,510. 30	5,720,905. 55	366,000. —	—	21,500,000. —	3,600,362. 10	86,312. 80	577,246. 50	12,000,000. —	505,000. —	7,112. —	1891
1892	10,499,332. 95	4,417,065. 60	1,329,600. —	17,494,411. 20	6,004,647. 30	366,000. —	—	23,000,000. —	4,047,781. 20	77,319. 20	466,776. 10	12,000,000. —	505,000. —	14,180. 55	1892
1893	11,445,299. 55	4,181,991. 30	552,489. —	17,966,984. 10	6,195,584. 35	366,000. —	—	23,400,000. –	4,210,784. —	82,632. 25	500,680. 50	12,000,000. —	505,000. —	9,251. 55	1893
1894	10,598,590. 35	4,204,700. 35	1,167,890, 95	19,279,206. 40	6,095,199. 35	366,000. —	—	24,000,000. —	4,596,561. 55	73,468. 50	516,899. —	12,000,000. —	505,000. —	19,658. 35	1894
1895	10,682,224. 50	2,245,713. —	2,912,349. —	19,163,623. 35	6,441,456. 55	366,000. —	—	24,000,000. —	4,729,990. 10	58,988. 15	508,185. 55	12,000,000. —	505,000. —	9,202. 60	1895
1896	11,097,645. —	1,883,746. 30	2,275,640. 20	17,812,200. 45	7,724,480. 70	366,000. —	—	24,000,000. —	4,010,851. 90	63,344. 35	573,481. 80	12,000,000. —	505,000. —	7,034. 60	1896
1897	10,244,817. 05	3,027,739. 25	2,585,449. 40	18,374,840. 25	6,834,901. —	366,000. —	–	23,700,000. —	4,676,679. 15	65,878. 10	484,896. 45	12,000,000. –	505,000. —	1,293. 25	1897
1898	10,556,168. 35	726,135. 40	4,197,732. 85	17,628,033. 95	8,035,744. 90	366,000. —	—	24,000,000. —	4,395,242. 20	69,415. 95	538,612. 65	12,000,000. —	505,000. —	1,544. 65	1898
1899	10,984,644. 30	1,808,336. 55	3,847,063. 95	17,605,100. 55	7,469,876. 95	366,000. —	—	24,000,000.	4,905,763. —	74,495. 50	586,699. 60	12,000,000. —	505,000. —	9,064. 20	1899
1900	10,208,990. 30	2,295,448. 40	1,652,314. 45	21,138,990. 95	7,191,128. 15	366,000. —	—	24,000,000. –	5,692,489. 75	65,281. 80	592,571. 60	12,000,000. —	500,000. —	2,529. 10	1900
1901	11,286,772. 70	1,157,739. 15	2,404,632. 35	19,732,050. 80	7,777,816. 20	366,000. —	—	24,000,000. —	5,466,956. 70	72,517. 75	649,320. 50	12,000,000. –	525,000. —	11,216. 25	1901
1902	10,233,031, 50	1,743,368. 05	4,988,294. 90	19,354,516. 85	4,859,983. 60	400,000. —	—	24,000,000. —	4,394,935. 15	79,131. 25	600,351. 05	12,000,000. —	500,000. —	4.777. 45	1902
1903	10,907,608. 40	2,537,865. —	6,439,782. 35	17,488,801. 95	3,996,766. 75	400,000. —	—	24,000,000. —	4,388,259. 85	87,506. 95	708,799. 65	12,000,000. —	580,000. —	6,258. —	1903
1904	10,293,573. 15	1,134,634. 90	5,445,944. 40	23,413,624. 20	3,514,848. 45	400,000. —	—	24,000,000. —	6,789,259. 30	97,757. 75	731,607. 80	12,000,000. —	580,000. —	4,000. 25	1904
1905	11,056,639. 15	1,940,430. 20	5,051,375. 35	22,464,076. 80	3,092,548. 80	400,000. —	—	24,000,000. —	6,581,505. 50	105,274. —	709,883. 70	12,000,000. —	580,000. —	28,407. 10	1905
1906	10,856,423. 40	2,047,475. 90	9,055,819. 40	19,372,730. 90	970,281. 65	400.000. —	—	24,000,000. –	4,669.928. 95	502,926. 70	833,865. 45	12,000,000. —	580,000. —	116,010. 15	1906

[1]) Die verfallenen, noch nicht einkassierten Wechsel sind bis 1882 unter Kassa aufgeführt, von 1883 ab unter Debitoren; hier auch die notleidenden Wechsel und Resteinzahlungen auf Aktien.

[2]) Die Ordnungskonten enthalten die Rückstellungs- und Ergänzungsposten sowie die Dividenden.

[3]) Dieser Betrag enthält ausser einer Reserveverteilung von Fr. 50,000. — den ausgeschütteten Gewinn auf realisierte Effekten mit Fr. 380,000. —.


UTL AT DOWNSVIEW
D RANGE BAY SHLF POS ITEM C
39 10 18 08 13 001 8